

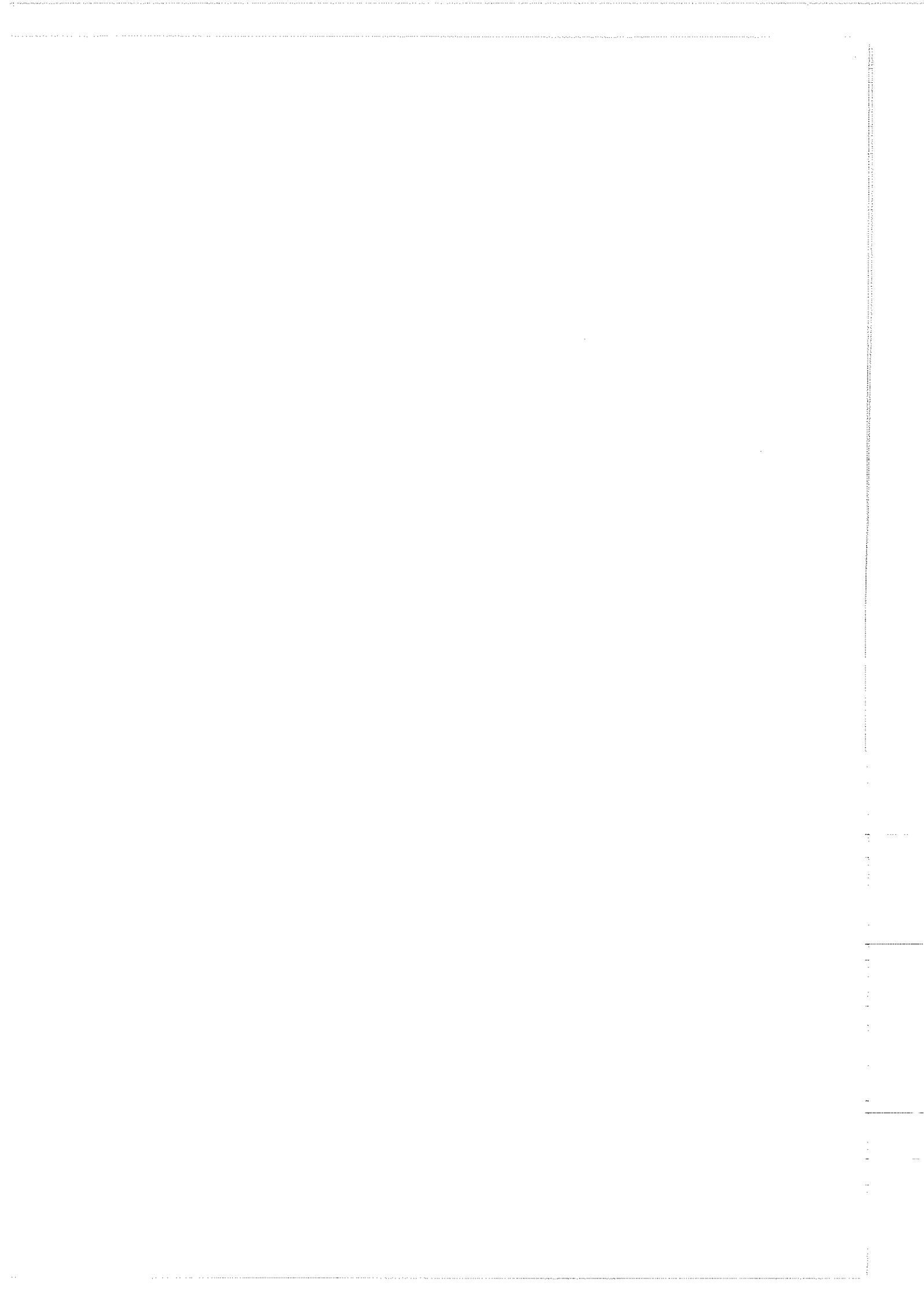
**CONSIGLIO REGIONALE DEL TRENTINO-ALTO ADIGE
REGIONALRAT TRENTINO-SÜDTIROL**

VIII Legislatura - VIII. Gesetzgebungsperiode
1978-1983

Atti Consiliari
Sitzungsberichte des Regionalrates

SEDUTA **90.** SITZUNG

24.6.1982



(Presidenza del Presidente Achmüller)

(Ore 9.44)

PRESIDENTE: Ich bitte um den Namensaufruf.

MARZIANI (Vicepresidente - D.C.) (Fa l'appello nominale)

PRESIDENTE: Die Sitzung ist eröffnet. Ich bitte um die Verlesung des Protokolls.

La seduta è aperta. Prego dare lettura del processo verbale della seduta 17 giugno 1982.

FEDEL (Segretario questore - PPTT-UE): (Legge il processo verbale).

PRESIDENTE: Osservazioni al processo verbale? Nessuna. Il processo verbale si intende approvato.

Hanno giustificato la loro assenza i consiglieri: Angeli, Betta Claudio, Betta Mauro, Binelli, Cadonna, Malossini e Paris.

Ich bitte die Abgeordneten, sich von ihren Plätze zu erheben.

Prego i signori Consiglieri di volersi alzare.

Am 20. Juni 1982 ist in Arco Herr Doktor Gabriele Santoni im Alter von 51 Jahren verstorben.

Auf der Liste der D.C. gewählt, gehörte der Verstorbene in der 5. Gesetzgebungsperiode vom 14. Dezember 1964 bis zum 12. Dezember 1968 dem Regionalrat an und war Mitglied der 1. Gesetzgebungskommission.

In meinem persönlichen Namen und in Namen des Regionalrates drücke ich der Familie mein aufrichtiges Beileid aus.

In data 20 giugno 1982 è deceduto ad Arco, all'età di 51 anni, il dott. Gabriele Santoni.

Egli aveva fatto parte del Consiglio regionale nella 5^a legislatura dal 14 dicembre 1964 al 12 dicembre 1968, eletto nella lista della D.C.. E' stato membro della Prima Commissione legislativa.

A nome mio personale e di tutta l'Assemblea, porgo alla famiglia le più sentite condoglianze.

Am 4. Juni ist in Brixen Herr Dr. Johann Stanek im Alter von 82 Jahren verstorben.

Auf der Liste der S.V.P. gewählt, gehörte der Verstorbene in der 4. Gesetzgebungsperiode vom 13. Dezember 1960 bis zum 13. Dezember 1964 dem Regionalrat an.

In meinem persönlichen Namen und in Namen des gesamten Regionalrats drück ich der Familie mein aufrichtiges Beileid aus.

In data 4 giugno 1982, è deceduto a Bressanone, all'età di 82 anni, il Dr. Johann Stanek.

Egli aveva fatto parte del Consiglio regionale nella 4 legislatura, dal 13 dicembre 1960 al 13 dicembre 1964, eletto nella lista della S.V.P.

A nome mio personale e di tutta l'Assemblea, porgo alla famiglia le più sentite condoglianze.

Ich bitte die Abgeordneten, kurz in stillem Gedenken zu verweilen.
Prego i signori Consiglieri di volerlo commemorare, osservando un breve silenzio.

(I Consiglieri osservano un minuto di raccoglimento)

Wir gehen zur Tagesordnung über. Wir sind in der Generaldebatte beim Gesetzentwurf Nr. 69: "Ordnung der Handels-, Industrie-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern von Trient und von Bozen".

Punto 31) dell'ordine del giorno: "Disegno di legge n. 69: Ordinamento delle Camere di Commercio, industria, artigianato e agricoltura di Trento e di Bolzano."

Es hat Regionalassessor Dubis das Wort.

Ha la parola l'assessore Dubis.

DUBIS (Assessor für die Handelskammern - S.V.P.): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe bereits das letzte Mal, als ich aufgefordert wurde, mit meiner Replik zu beginnen, diese dann jedoch wegen Zeitmangel nicht beginnen konnte, darauf hingewiesen, daß ich die wenn auch etwas lange Diskussion in der Generaldebatte über diesen Gesetzentwurf grundsätzlich als positiv und konstruktiv ansehe, wenngleich von verschiedener Seite und mit ganz verschiedenen Überlegungen die Initiative als solche kritisiert wurde und wenngleich die Kammer selbst, um die es hier geht, von verschiedener Seite als solche und als Institution in Frage gestellt wurde. Konstruktiv ist diese Diskussion schon rein deshalb, weil sie es uns gemeinsam ermöglicht, über Sinn, Zweck und zukünftige Aufgaben der Kammer nachzudenken. Ich werde bei meiner Replik nicht auf alle einzelnen, hier gestellten Fragen eingehen - dazu würde die Zeit nicht reichen und die werten Kollegen mögen es mir auch nachsehen, wenn ich nicht bei der Behandlung der einzelnen Themenkreise jeweils auch die Namen der Kollegen nenne, die zu diesen Themen gesprochen haben -, ich habe mich vielmehr bemüht, aus der Vielzahl der gestellten Fragen die wichtigsten Fragen jeweils zu Fragenkomplexen zusammenzukonstruieren, um eine allgemeine, möglichst allumfassende Replik zu geben, was natürlich nicht ausschließt, daß einzelne Probleme, die im Detail näher erörtert werden, dann in der Artikeldebatte neuerdings aufgeworfen und neuerdings besprochen werden.

Lassen Sie mich beginnen mit der Entstehungsgeschichte dieses Gesetzentwurfes - ich wiederhole selbstverständlich nicht, was be-

reits im Bericht zur Gesetzesvorlage drinnen steht, daß wir seit der Zeit des Faschismus hier keine neue Regelung mehr haben; das haben wir alles gelesen -, ich möchte nur noch kurz einmal zurückkommen auf die Arbeiten des Regionalausschusses und der Region im Zusammenhang mit dieser Gesetzesvorlage und auf die Vorgangsweise.

Nach Erlaß der Durchführungsbestimmungen zum Autonomiestatut auf dem Sachgebiet der Handelskammern hat die Region unverzüglich eine Studienkommission eingesetzt, die zuerst die rechtlichen Möglichkeiten der Gesetzgebung auf dem Gebiet der Handelskammer theoretisch abzugrenzen und zu definieren versucht hat. Nach dieser präliminären juridisch-theoretischen Arbeit hat sich die besagte Kommission und auch die Regionalverwaltung mit allen interessierten Kreisen in Verbindung gesetzt, um in Erfahrung zu bringen, welche die Vorstellungen der interessierten Kreise im Zusammenhang mit dieser neu zu ordnenden Handelskammer sind. Ich darf in diesem Zusammenhang betonen, weil wiederholt hier auch diese spezifische Frage aufgestellt worden ist, daß bei den entsprechenden Arbeiten und Konsultationen auch die Gewerkschaften beigezogen worden sind und daß auch die Gewerkschaften angehört worden sind. Ich muß allerdings sagen, daß der Beitrag der Gewerkschaften nicht besonders konstruktiv war und daß ich das auch gut verstehe, denn eine Vertretung - und das wurde auch aus den Reihen der Opposition bestätigt - der Gewerkschaften im Rahmen der Gremien der Handelskammern, die nicht paritätisch ist, ist sinnlos. Da muß ich den Kollegen der

Opposition recht geben und ich muß auch den Gewerkschaften recht geben, die bereits heute auf nationaler Ebene vielfach ihre Vertretungen aus den Kammern mit derselben Begründung einfach de facto zurückgezogen haben, mit der Begründung eben: Was sollen wir hier, wenn wir nur einen Vertreter haben? Alternativen also drei: entweder eine paritätische Vertretung zwischen Gewerkschaften und Unternehmerverbänden in diesen Kammerorganen oder eine Vertretung wie bisher, die aber von den Gewerkschaften abgelehnt wurde, mit nur einem Vertreter oder aber überhaupt keinen Vertreter, so daß dann die Kammern nur mehr Ausdruck eben der Unternehmerschaft sind und nicht Ausdruck der Wirtschaft, wie hier irrtümlicherweise von einem und anderen gesagt worden ist, denn unter Wirtschaft versteht man ja beide Komponenten, sei es die Unternehmenseite, sei es auch die Arbeitnehmerseite. Wenn wir der Anregung Folge geleistet hätten, eine paritätische Vertretung zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern in den Kammerorganen vorzusehen, dann hätten wir aus den Kammern etwas völlig Neues gemacht im Verhältnis zu dem, wie die Kammern geschichtlich gewachsen sind nicht nur in Italien, sondern vor allem auch in unserem Raum und im österreichischen Raum, wo die Kammern gewachsen sind und funktioniert haben als Ausdruck, als Vertretung der Unternehmerschaft. Wir hätten aber gleichzeitig etwas gemacht, was wahrscheinlich aus rein juridischer Hinsicht sehr sehr umstritten gewesen wäre. Wir hätten nämlich ein Parallelorgan, ein "doppione" - wie der eine oder andere von Ihnen gesagt hat - zum Wirtschafts- und Sozialbeirat, der ja paritätisch zusammengesetzt ist und der im Zusammenhang mit ge-

wissen Gesetzen gegenüber dem Land Gutachten abgeben muß. Wir hätten also zwei Parallelorganisationen konstruiert, was auch rein rechtlich sehr sehr fraglich wäre. Auf jeden Fall haben die Fragebögen, die wir unter den Unternehmern verteilt haben, ausdrücklich und ausnahmslos ergeben, daß die Unternehmer nicht interessiert sind, vom bisherigen Modell der Kammer als Vertretung der Unternehmerschaft abzuweichen, sondern daß sie über dieses Modell weiterhin verfügen wollen und dieses Modell noch mehr potenzieren wollen. Das also in groben Zügen das Ergebnis unserer präliminären Arbeit! Erst nachdem wir uns, wie gesagt, mit Gewerkschaften und Unternehmerverbänden wiederholt konsultiert haben, sind wir an die Erarbeitung des ersten Entwurfes geschritten, unter Berücksichtigung soweit als möglich - alles konnte nicht berücksichtigt werden - der dort geäußerten Wünsche.

Wir kommen natürlich, wenn wir nun zur konkreten Arbeit der Gestaltung des Gesetzentwurfes schreiten, zur ersten Frage: Was ist eigentlich die Kammer? Welches ist die rechtliche Natur der Handelskammer? Hier sind im Rahmen der Generaldebatte die Meinungen zwischen Rechts und Links total auseinandergegangen. Von seiten des Kollegen Mitolo wurde die Behauptung aufgestellt, man würde mit diesem Gesetz einen Schlußstrich hinter das Kapitel der Handelskammern ziehen wollen; somit die Handelskammern de facto eliminieren. Kollege Mitolo! Ich kann verstehen, daß nicht alle Artikel dieses Gesetzes Ihren Vorstellungen entspre-

chen. Es entspricht aber mit Bestimmtheit nicht dem Willen des Gesetzgebers, einen Schlußstrich zu ziehen, sondern vielmehr die Handelskammern zu potenzieren. Ich werde beim nächsten Punkt, wenn ich dann die Zielsetzungen dieses Gesetzes näher erläutere, Ihnen das auch klar beweisen. Wenn also auf der Seite der Rechten hier ein zu wenig uns vorgeworfen wird, dann wird von der Seite der Linken überhaupt die Möglichkeit in Frage gestellt, ob man ein **Ens** einer Körperschaft öffentlich-rechtlicher Natur überhaupt bilden kann und vorsehen kann, die gleichzeitig als Vertreter von Interessen einer bestimmten Gruppe, eines bestimmten Teils der Gesellschaft ~~xxxx~~ auftreten soll. Es wurde in Abrede gestellt und es wurde gleichzeitig gesagt, daß solche Aufgabenbereiche, wie sie für die Kammer vorgesehen sind, einzig und allein den lokalen Körperschaften örtlicher Natur zuerkannt werden könnten, die da Region, Provinz oder Gemeinden sein könnten, nie und nimmer jedoch lokalen Körperschaften öffentlich-rechtlichen Charakters, die nicht auch territorieller Natur sind.

Die Interventionen der Abgeordneten der Kommunistischen Partei in diesem Zusammenhang sind sehr konsequent und stimmen genau überein auch mit dem Gesetzentwurf, den der kommunistische Abgeordnete Cappelloni in der Kammer eingebracht hat. Ich habe hier eine Sammlung und eine vergleichsweise Aufstellung der verschiedenen Gesetzentwürfe, die im Parlament eingebracht worden sind und es ist ganz interessant, die unterschiedlichen Auffassungen diesbezüglich von seiten der einzelnen Parteien bzw. von seiten der einzelnen Einbringer festzustellen.

Nicht konsequent scheint mir jedoch die Äußerung der Kommuni-

stischen Partei im Zusammenhang mit ihrer gestrigen Haltung im Südtiroler Landtag, wo wir über das Behindertengesetz gesprochen haben und wo man gerne eine Dezentralisierung haben möchte also weg von der örtlichen Körperschaft Provinz und Errichtung eines Verwaltungsrates, der mit bestimmten Aufgabenbereichen betraut wird, die ja auch die Allgemeinheit betreffen. Ich persönlich bin gegen diesen Zentralismus, wie er aus der Kritik, aus der Opposition der kommunistischen Partei ersichtlich geworden ist. Ich bin der Meinung, daß sowohl die Region als auch die Provinz auf gewissen Fachgebieten dezentralisieren soll. Ich habe aus diesem Grunde vor Jahren einen Gesetzentwurf eingebracht, der beispielsweise die Verbreitung der Fernsehprogramme aus dem deutschen Kulturraum zum Gegenstand hat; auch eine Aufgabe der öffentlichen Hand, die einer eigenen Körperschaft übertragen worden ist mit eigenem öffentlich-rechtlichen Charakter, mit eigener öffentlich-rechtlicher Natur und mit eigener Rechtspersönlichkeit. Also ähnlich wie die Kammern ein eigenes Ein lokalener Natur, aber ohne Territorium, ohne territoriellen Bezug. Etwas Ähnliches könnte man sagen, was das Institut für Musikerziehung in deutscher Sprache und das Institut für Musikerziehung in italienischer Sprache in Südtirol anbelangt oder das Kulturinstitut für die Ladinier. Das sind alles ähnlichen Erscheinungen, Formen einer Dezentralisierung von Befugnissen, die bei der Provinz liegen. Wenn aber grundsätzlich überhaupt auch rechtlich die Möglichkeit in Abrede gestellt wird, werte Kollegen der kommunistischen Partei, weil es im Widerspruch zur Verfassung stünde, dann

muß ich schon auf das Autonomiestatut verweisen, welches ja die Ordnung der Handelskammern positiv als Zuständigkeit der Regionen aufweist und wenn das Autonomiestatut eine Körperschaft positiv vorsieht, dann sicherlich nicht in der Form, wie sie von den Kommunisten verlangt wird, und zwar als private Organisation der Unternehmer. Eine private Organisation der Unternehmer ist etwas, was von unten nach oben wächst, was frei ist und was folglich nicht Gegenstand einer ausdrücklichen Bestimmung, einer ausdrücklichen Zuständigkeit des Autonomiestatutes sein kann.

Der Kollege Tomazzoni hat immer im Zusammenhang mit dieser Definition die Behauptung aufgestellt, daß die Diktion des Artikels 4 nicht klar sei - Entschuldigung, Kollege Tomazzoni -, die Diktion der Seite 4 des Berichtes zum Gesetz nicht klar sei. Ich verstehe das nicht; ich habe mir diese Seite 4 dreimal noch durchgelesen; klarer, glaube ich, geht es nicht mehr. Wenn es hier heißt: "... figura soggettiva delle Camere, in quanto strutture rappresentative di interessi, non sono suscettibili, nè di configurazione organica (di altri soggetti), nè di riduzione a entisstrumentali o di servizio", bedeutet das also, daß auf der einen Seite die Kammern als Subjekte nicht vergleichbar sind mit einem "ente organico di altri soggetti", wie beispielsweise ein Gemeindekonsortium, das gewisse Gemeinden vertretet, auf der anderen Seite aber auch nicht degradiert werden müssen zu einem reinen Dienstleistungsbetrieb. Das ist hier gesagt und ich glaube,

recht viel klarer kann man das nicht ausdrücken. Wenn man das verstanden hat, dann sind die restlichen Absätze eine klare Folge der Definition der Kammern, wie sie dann positiv ihren Niederschlag findet im Artikel 1 der Kammern selber.

Nun zu den Zielsetzungen dieses Gesetzes. Abgesehen von der Notwendigkeit, die Kammern als solche einmal klar zu definieren und diese Definition finden, wie im ersten Artikel, erscheint es meines Erachtens auch sehr sehr wichtig, daß man die Aufgabenbereiche der Kammern endlich näher beschreibt und aus den beiden Artikeln 2 und 3 geht eine klare Beschreibung dieser Aufgabenbereiche hervor, wobei ich auf die Aufgabenbereiche selbst noch konkret inhaltlich zu einem späteren Zeitpunkt zu sprechen komme. Ich möchte hier nur eines festhalten: Die Tragweite des Artikels 3 in ihrer konkreten Auswirkung hängt meines Erachtens von zwei wesentlichen Dingen ab. Die erste Frage ist diejenige, inwieweit werden morgen die Autonomen Provinzen von Bozen und Trient sich der Kammern bedienen wollen für die Durchführung bestimmter Aufgaben, wie sie im Artikel 3 vorgesehen sind. Hier hängt also das morgige Funktionieren nicht vom Willen der Kammern ab, sondern vom Willen der jeweiligen Provinzen, die den Kammern mehr oder weniger Aufgaben übertragen können je nach politischem Willen, die sich der Kammern öfter oder weniger oft für die Erarbeitung gewisser Gutachten oder die Durchführung bestimmter Richtlinien bedienen können. Also in diesem Sinne war meinerseits der Begriff "vestito possibilmente largo", also ein möglichst breiter Rahmen, verstanden, der dann konkret auszufüllen ist von den Autonomen Provinzen, oder auch nicht auszufüllen ist; wie schon

gesagt, das hängt vom politischen Willen ab. Umgekehrt aber bietet derselbe Artikel 3 den Kammern die Möglichkeit, aktiv zu werden. Die Kammern haben das Recht, sich zu äußern. Sie haben das Recht, bei Gesetzentwürfen ihre Stellungnahmen abzugeben und in diesem Fall wird es von den Unternehmerorganisationen abhängen, die in der Kammer vertreten sind, inwieweit sie im Rahmen der Kammern sich zusammenraufen und eine einheitliche Stellungnahme im Zusammenhang mit der gesetzgebenden und Verwaltungstätigkeit der beiden Provinzen zum Ausdruck bringen. Denn ein großer Vorteil der Kammerorganisation besteht meines Erachtens darin und auch die verschiedenen Verbände, die in den Kammern vertreten sind und diesbezüglich befragt worden sind, sind hier mit mir einig, daß im Rahmen der Kammern die unterschiedlichen Meinungen der einzelnen Kategorien, der einzelnen Wirtschaftskategorien zusammenfließen sollen, daß man im Rahmen der Kammerorgane versuchen soll, eine möglichst einheitliche Stellung des Unternehmertums in der Wirtschaft zu erarbeiten, um dann diese Stellungnahme der Provinz bei ihrer Gesetzgebung zu unterbreiten. Ich glaube, da liegt der Vorteil auch beim Landesgesetzgeber, insofern daß er in diesem Falle einen einheitlichen Gesprächspartner findet und nicht, wie wir bei den letzten Gesetzen erfahren mußten - siehe LEP-Folgegesetz und ähnliche mehr -, daß von allen einzelnen Wirtschaftsverbänden unterschiedliche und zum Teil auch widersprüchliche Vorstellungen/dem Landesgesetzgeber vorgetragen worden sind.

Der Artikel 3 also im doppelten Sinne: einmal als möglichst breiter morgen auszufüllender Rahmen und zweitens als Sammelbecken der gesamten Wirtschaftszweige, umdich zu einheitlichen Lösungen und Vorstellungen durchzurufen und diese Vorstellungen dann auch entsprechend zu vertreten.

Eine weitere wesentliche Zielsetzung dieses Gesetzentwurfes ist die quantitative Verbreiterung der Vertretung. Wir wissen, daß bisher die Freiberufler in der Kammer nicht vertreten waren, obwohl sie auch Elemente der aktiven Wirtschaft sind. Wir wissen auch, daß der wichtige Sektor Fremdenverkehr bisher nicht vertreten war und es scheint mir schon eine wesentliche Neuerung zu sein, daß man diese Gruppierungen hier auch vorsieht. Und weil wir bei der quantitativen Erweiterung der Vertretung sind, darf ich auch gleich kurz Stellung nehmen zum Abänderungsantrag, der von den Sozialisten eingebracht worden sind und der vorschlägt, daß man die Vertretung ausdehnen soll/^{auch}auf die Endverbraucher, denen man vier oder fünf Vertreter im Rahmen des Kammerparlaments zuerkennen sollte. Ich stehe diesem Vorschlag etwas skeptisch gegenüber, weil dann die Kammern ihre eigentliche Natur, so wie sie im Artikel 1 definiert ist, als öffentlich-rechtliche Vertreterin der einzelnen Wirtschaftskategorien etwas verlieren würde. Sollte jedoch die Mehrheit des Regionalrates zu einer anderen Meinung sich durchbringen, dann mache ich daraus sicherlich keine Quaestio, denn so wichtig erscheint mir dieser Punkt nicht. Er ist eine Überlegung wert, aber ich sage, wenn wir diesem Abänderungsantrag stattgeben sollten, dann würden wir die eigentliche Natur, so wie sie im Artikel 1 beschrieben ist, wohl etwas abfälschen -ich sage wenigstens abfälschen.

Eine weitere wesentliche Zielsetzung dieses Gesetzentwurfes ist eine größere Demokratisierung des Kammerwesens und diese Demokratisierung des Kammerwesens versteht sich in zweierlei

Hinsicht: erstens, was die Zusammensetzung der einzelnen Kammerorgane anbelangt. Wir hatten bisher einen Kammerausschuß, der relativ klein war und einen Kammerpräsidenten. Das waren die beiden Organe der Kammer. Zum zweiten wurden bisher diese Organe nicht von unten nach oben gewählt also nicht von den Kategorien gewählt, sondern von oben nach unten; vom Regionalausschuß eingesetzt. Sicherlich hat der Regionalausschuß die einzelnen Wirtschaftsverbände um entsprechende Vorschläge gebeten, aber die Entscheidung ist von oben nach unten gefallen. Im Zusammenhang mit diesen beiden erwähnten Punkten jeweils eine wesentliche Neuerung: Es soll ein breiteres, ein kleines Kammerparlament als Basis, ein Kammerrat als Basis geschaffen werden vergleichbar bei uns mit dem Regionalrat; aus diesem Kammerrat wird dann der Kammerausschuß gewählt und der Präsident. Ich glaube, daß wir ein breiteres Gremium, Basisgremium schaffen, dem die wesentlichsten Aufgabenbereiche übertragen werden, doch eine Demokratisierung darstellt und es leichter möglich sein wird, wirklich die einzelnen Wirtschaftsgruppierungen, die einzelnen Kategorien auch in diesem Kammerrat vertreten zu sehen.

Die zweite Neuerung besteht darin, daß eben die Organe nicht mehr vom Regionalausschuß von oben nach unten ernannt werden, sondern daß von seiten der einzelnen Verbände Vorschläge gemacht werden, die verbindlich sind. Hier ist zum Teil mit Recht kritisiert worden, daß das Gesetz diesbezüglich keine Garantie beinhaltet, daß diese Vorschläge der einzelnen Kategorien dann auch auf wirklich demokratische Weise zusammenkommen. Wir hätten natürlich

die Möglichkeit gehabt, überhaupt eine Direktwahl vorzusehen, daß, ähnlich wie es beispielsweise in Österreich ist, die einzelnen Unternehmer berechtigt sind, das aktive und das passive Wahlrecht für den Kammerrat auszuüben. Wir sind aber nach langen Beratungen von dieser Möglichkeit abgekommen, erstens weil sie sehr sehr kostenaufwendig ist und zweitens, weil sie sehr zeitraubend ist und drittens auch - und das ist eine dritte Überlegung -, weil ja dann schwer garantiert werden kann, daß auch in etwa die einzelnen Wirtschaftszweige im Verhältnis zu ihrer politischen Kraft im Land vertreten sind. Man hätte da müssen ein eigenes Wahlgesetz, ein unheimlich kompliziertes Wahlgesetz machen. Aber ich möchte sagen: Wir haben als Regionalregierung Vertrauen genug in die einzelnen Wirtschaftsverbände, die sich ja alle organisiert haben, daß sie fähig sind, daß sie imstande sind, in ihren eigenen demokratischen Gremien eine Wahl durchzuführen und dann eben die entsprechenden Namen hervorzubringen. Wir haben diesbezüglich auch Präzedenzfälle; es war bisher auch so, daß bei den Vorschlägen, die die einzelnen Verbände gemacht haben, vorerst die entsprechenden Organe, Ausschüsse oder Räte konsultiert worden sind. Wir sind aber als Gesetzgeber nicht in der Lage - das möchte ich ganz klar sagen -, den Verbänden irgendeine Wahlmodalität vorzuschreiben, denn dann würden wir ja in das innere Verbandsleben eingreifen dieser einzelnen Wirtschaftskategorien und das ist dem Regionalgesetzgeber schon aus rein rechtlichen Gründen untersagt.

Eine weitere wichtige Zielsetzung dieses Gesetzes besteht in der Kontrolle - die Durchführungsbestimmungen zum Autonomiestatut verweisen im Zusammenhang mit der Kontrolle auf die Verfassung und die Region ist gesetzlich berufen, die Kontrolle über die Tätigkeit der Kammern auszuüben. Bisher war es so, daß mehr oder weniger alle Beschlüsse, die die Kammern gefaßt haben, nicht nur einer Legitimitätskontrolle und einer meritorischen Kontrolle unterworfen waren, wie sie von der Verfassung vorgesehen sind, sondern daß positiv der Regionalausschuß fast alle Beschlüsse der Kammern genehmigen mußte, positiv genehmigen mußte. Das heißt, daß sich der Regionalausschuß mit all diesen Beschlüssen befassen mußte und sich fallweise genehmigen muß also die Form einer sehr sehr engmaschigen Auslegung des Aufgabengebietes, "tutela e vigilanza", wie es von der Verfassung vorgesehen ist. Wir haben nach langen Beratungen nun ein völlig neues System der Kontrolle vorgesehen, und zwar haben wir die Beschlüsse der Kammern je nach ihrer Bedeutung in drei Kategorien aufgebaut - vielleicht kommen wir dann auf diese einzelnen Kategorien näher zu sprechen, wenn wir die Artikel behandeln -, aber in großen Zügen: Die allerwichtigsten Beschlüsse der Kammern müssen vom Regionalausschuß weiterhin genehmigt werden; es sind aber nur mehr ganz wenige und ich wiederhole, daß bisher alle genehmigt werden mußten; in Zukunft nur mehr die allerwichtigsten. Eine zweite Kategorie von Beschlüssen, die inhaltlich interessant ist, bedarf auch der meritorischen Begutachtung durch den Regionalausschuß, das heißt also im Sinne der bestehenden Gesetze könnte der Regional-

ausschuß im Zusammenhang mit dieser zweiten Kategorie der Beschlüsse die Kammerorgane auffordern, neuerdings über dieselbe Sache zu beraten, wobei es den Kammerorganen dann freisteht, den eventuellen Einwänden des Regionalausschusses Rechnung zu tragen oder auch nicht oder einen Beharrungsbeschluß herbeizuführen. Eine dritte Kategorie von Beschlüssen, die formlos an die Region weitergehen und bei welchen die Region nur mehr die Möglichkeit hat, aus Gründen der Legitimität Einwände zu erheben also diese Möglichkeit der Kontrolle der Legitimität ist eine Notwendigkeit, weil vom Gesetz vorgesehen und erstreckt sich selbstverständlich auf alle drei der genannten Kategorien der Beschlüsse und bleibt für jede Art der Beschlüsse unangetastet. Ich glaube, daß diese Art der Kontrolle auf der einen Seite die Arbeit der Kammern erleichtert, vereinfacht, auf der zweiten Seite eine bessere rechtliche Klarheit und Durchsichtigkeit des Kontrollsystems gewährleistet und zum Dritten auch die Region entlastet, die nicht mehr im Zusammenhang mit dem Ankauf eines Bleistiftes eine Genehmigung erteilen muß, um es etwas übertrieben hier zum Ausdruck zu bringen.

Werte Kollegen! Ich sehe auf die Uhr, ich muß mir ein paar Minuten für eine eventuelle weitere Replik vorbehalten, sollten nach mir, wie angekündigt, der eine oder andere Redner noch einmal im Rahmen der Generaldebatte das Wort ergreifen und deshalb bin ich gezwungen, jetzt noch mehr zusammenzufassen, um mit meinen Ausführungen einigermaßen termingerecht über die Bühne zu kommen.

Der nächste Punkt, den ich behandeln wollte, betrifft die Auf-

gabenbereiche, die wurden aber vom Kollegen Matuella in der Generaldebatte sehr sehr klar umrissen und beschrieben, so daß ich eigentlich dasselbe nicht noch einmal zu wiederholen brauche. Ich möchte nur noch einmal betonen, daß im Zusammenhang mit diesen Aufgabenbereichen auf dem Gebiet der Konsulenz, der Promotion es hauptsächlich von der Fähigkeit der Unternehmerschaft abhängen wird, die in der Kammer vertreten ist, in wieweit sie hier produktiv und in wieweit sie hier effektiv aktiv wird und im Interesse der Wirtschaft sich einsetzen kann. Ich überspringe also diesen Punkt der Aufgabenbereiche und komme zu einem sehr sehr heiklen Problem und das ist jenes der Arbeiterkammer, ein Problem, das von vielen Redner angeschnitten worden ist.

Die Kollegin Franzelin hat den Vorschlag gemacht, man sollte weitere Delegierungen an die Handelskammern aussetzen, bis nicht das Problem der Arbeiterkammer geklärt ist. Ich kann diesem Vorschlag nicht zustimmen, Kollegin Franzelin, weil wir schaffen jetzt ein Organ und es wird dann der Wille des Landesgesetzgebers sein, ob er delegiert oder nicht; wir können das hier nicht vorwegnehmen und auch nicht als Region irgendwelche Grundsatzbeschlüsse fassen, die morgen dann die beiden Länder binden sollten.

Ich möchte sagen, es ist eigentlich schade, daß die Vertreter der Gewerkschaften bei den ersten Kontakten, die wir im Zusammenhang mit der Erarbeitung dieser Gesetzesvorlage hatten also vor gut drei Jahren, nicht den Vorschlag konkret gebracht haben: Ja, warum machen wir nicht gleichzeitig auch eine Arbeiterkammer.

Ich bin überzeugt, daß man damals diesen Vorschlag sicherlich dazu benützt hätte, diese Frage rein juridisch wenigstens einmal aufzuklären, in wieweit es überhaupt möglich ist, eine Arbeiterkammer zu schaffen. Ich habe mich persönlich auch als Jurist mit dieser Frage befaßt, die Zeit reicht nicht, um die ganzen rechtlichen Überlegungen hier den Kollegen zu unterbreiten, die ich in diesem Zusammenhang angestellt habe, ich kann aber zusammenfassend meine Meinung dahingehend zum Ausdruck bringen, daß es möglich sein dürfte, in der einen oder anderen Form auch ein öffentlich-rechtliches Vertretungsorgan der Arbeitnehmer, wie immer das dann heißt, auf die Beine zu bringen, ob mit Regionalgesetz oder mit Landesgesetz, bleibt vorerst dahingestellt, die Frage ist allerdings diejenige, ob die Arbeitnehmer bzw. ob die Gewerkschaften, die Arbeitnehmer, die in den einzelnen Gewerkschaften organisiert sind, mit diesem oder jenem Modell einverstanden sind oder ob sie das überhaupt wünschen. Auf jeden Fall kann ich sagen, daß sich auch die Partei, der ich angehöre, mit diesem Problem intensiv befaßt und eine Studienkommission eingesetzt hat, um dieses Problem näher zu erörtern. Ich persönlich möchte sagen, daß ich, ich glaube mit der großen Mehrheit der Fraktion - alle habe ich nicht befragt, aber diejenigen, die ich befragt habe, sind damit einverstanden -, daß wir für die Errichtung einer solchen Arbeiterkammer wären und sind. Das entspricht auch einer gewissen politischen Logik, denn wenn wir auf der einen Seite eine öffentlich-rechtliche Institution bauen,

die gleichzeitig das recht der Vertretung der einzelnen Wirtschaftskategorien hat, dann müssen wir etwas Gleichwertiges auf der anderen Seite auch vorsehen, wenn wir wirklich an jene Sozialpartnerschaft glauben, von der wir hier sehr oft sprechen und die wir als besseres Modell der Zusammenarbeit gegenüber Klassenkampf usw. ansehen und wenn es auch stimmt, daß wir uns in diesem Zusammenhang eben an das österreichische Modell angelehnt haben. Also ein klares Ja zur Arbeiterkammer, wenn möglich und soweit möglich!

Meine Zeit ist abgelaufen; es verbleiben mir nur wenige Minuten und die möchte ich mir auf nachher aufheben. Ich weiß, daß ich nicht dazugekommen bin in dieser kurzen Zeit, auf einzelne detaillierte Fragen einzugehen - ich habe mir die angemerkt - aber ich kann das ja eventuell dann bei der Sachdebatte nachholen.

Ich danke für die Aufmerksamkeit!

(Illustrissimo Signor Presidente, colleghi e colleghe, ho già accennato la scorsa volta, allorchando ero stato invitato ad iniziare la mia replica, che però per motivi di tempo non ha avuto luogo, come questa discussione generale, sebbene piuttosto lunga, rappresenti per me fondamentalmente un momento positivo e costruttivo, anche se da più parti e per considerazioni diverse l'iniziativa come tale è stata criticata e si è voluto porre in dubbio addirittura la Camera di cui si tratta come istituzione.

Questa discussione è costruttiva per il solo fatto che ci offre di considerare il senso, lo scopo ed i futuri compiti della Camera di Commercio.

Nella mia replica non entrerò nel merito delle singole questioni

poste; il tempo non sarebbe sufficiente, per cui i signori colleghi non me ne vogliano, se nel corso della trattazione dei singoli gruppi di tematica non citerò i nomi dei consiglieri che hanno affrontato questi argomenti, essendo stata mia premura di unire le domande più importanti in un complesso per poter fare una replica generale e possibilmente ampia, la qual cosa non esclude alcuni problemi che potranno essere discussi più da vicino e dettagliatamente nel corso della discussione articolata.

Mi si permetta di iniziare con la storia di questo disegno di legge e non ripeto naturalmente quanto contenuto nella relazione accompagnatoria di questo disegno di legge, che dal tempo dell'era fascista tale settore non è stato più riordinato; questo si può ivi apprendere, mentre io desidero ritornare brevemente sui lavori della Giunta regionale e della Regione, in relazione al presente provvedimento legislativo.

Dopo l'emanazione delle norme di attuazione allo Statuto di autonomia nel settore delle Camere di Commercio, la Regione ha insediato immediatamente una commissione di studio, che ha cercato in un primo momento di limitare e di definire le possibilità giuridiche della legislazione in tale materia.

Dopo questo lavoro teorico-giuridico e quindi preliminare, la predetta commissione ha contattato insieme all'amministrazione regionale tutti gli ambienti interessati, per conoscere le aspettative degli interessati in relazione alla riordinanda Camera di Commercio.

A tale proposito devo ribadire, dato che è stato richiesto ripetutamente, che a questi lavori di preparazione e consultazione erano state invitate anche le organizzazioni sindacali, per sentire il loro

parere. Devo tuttavia affermare che il contributo offerto dai sindacati non è stato particolarmente costruttivo, la qual cosa è per me comprensibile, poiché una rappresentanza, come hanno anche confermato le opposizioni, non paritetica nel contesto camerale è pressoché priva di senso. Devo dare atto di questo ai colleghi dell'opposizione e ragione ai sindacati, che a livello nazionale hanno ritirato nella maggior parte dei casi di fatto i propri rappresentanti dalle Camere di Commercio, con la motivazione che non ha senso alcuno una rappresentanza costituita da una sola persona.

Vi sono quindi tre alternative: una rappresentanza paritetica tra sindacati ed associazioni degli imprenditori in seno agli organi camerale, o una rappresentanza, come ora, ma che è stata respinta dai sindacati, formata da un'unica persona, oppure nessun rappresentante, rendendo così la Camera espressione degli imprenditori e non dell'economia, come erroneamente affermato dall'uno o dall'altro oratore intervenuto, essendo l'economia la convergenza di due componenti, quella imprenditoriale e quella dei lavoratori.

Se avessimo accettato questi inviti, prevedendo una rappresentanza paritetica tra le due componenti anzidette in seno agli organi camerale, avremmo trasformato le Camere in istituti completamente nuovi in rapporto al contesto da cui sono storicamente sorte non soltanto in Italia, ma soprattutto nella nostra area e nell'area austriaca, dove si sono sviluppate, funzionando, come espressione della rappresentanza imprenditoriale. Avremmo però anche creato un qualche cosa, che probabilmente avrebbe formato oggetto di dispute giuridiche. Avremmo dato forma ad un organo parallelo, ad un doppione, come ha affermato qualche consigliere, al consiglio socio-economico, composto peraltro

pariteticamente, con il compito di esprimere nei confronti della Provincia il proprio parere in merito a determinati provvedimenti legislativi.

Avremmo quindi costruito due organizzazioni parallele, ed incerte sotto il profilo giuridico.

Comunque, dai questionari distribuiti agli imprenditori, è risultato espressamente e senza ombra di dubbio che la classe imprenditoriale non è interessata a derogare dall'attuale modello camerale, che è espressione di quest'ultima, ma che desiderano continuare su questo modello, potenziandolo.

Questo è stato in breve il risultato del nostro lavoro preliminare.

Soltanto dopo, come già detto, le consultazioni dei sindacati e delle associazioni imprenditoriali, abbiamo iniziato ad elaborare una prima bozza della legge, considerando per quanto possibile - di tutto non si è potuto tenere conto - i desideri espressi.

Nel dare forma concreta al disegno di legge ci siamo posti la prima domanda: che cos'è in realtà la Camera? Quale è la natura giuridica della Camera? Nell'ambito della discussione generale le opinioni emerse da destra alla sinistra sono state completamente divergenti. Il collega Mitolo ha sostenuto la tesi che questa legge tende a chiudere il capitolo delle Camere di Commercio, eliminandole di fatto. Collega Mitolo, comprendo che non tutti gli articoli di questa legge rispondono al suo modo di vedere, non rispondono certamente pure alla volontà del legislatore di eliminare questa istituzione, essendo piuttosto l'intendimento legislativo di potenziare le Camere di Commercio, la qual cosa verrà da me dimostrata con l'illustrazione del

prossimo punto che riguarda lo scopo della legge.

Se da parte delle destre ci si rimprovera, da parte delle sinistre si pone addirittura in dubbio la possibilità di dar vita ad un ente pubblico di natura giuridica, che nel contempo esprime interessi di determinati gruppi, di una precisa parte della società. E' stato assunto a tal proposito un atteggiamento negativo con l'affermazione che simili funzioni, come previste per la Camera, possono essere riconosciute unicamente e soltanto ad enti locali, quali potrebbero essere la Regione, la Provincia od i comuni, ma mai ad enti locali di diritto pubblico, che non abbiano anche la caratteristica territoriale.

Gli interventi dei consiglieri del Partito comunista italiano sono a tal proposito molto coerenti e si identificano con il progetto di legge presentato alla Camera dal deputato comunista Cappelloni. Ho qui una raccolta ed un indice comparativo dei disegni di legge presentati in Parlamento ed è interessante constatare le diverse opinioni ivi espresse da parte dei singoli partiti ossia dei singoli presentatori.

Non coerente invece mi sembra l'espressione del Partito comunista italiano con l'atteggiamento assunto ieri in Consiglio provinciale di Bolzano, dove abbiamo discusso la legge sugli handicappati, per la quale desidererebbe il decentramento, dunque uno svincolo dall'ente locale Provincia, per istituire un proprio consiglio di amministrazione, dotato di certe funzioni, che riguardano appunto anche la collettività. Personalmente sono contro questo centralismo, emerso dalla critica e dall'opposizione del Partito comunista italiano. Sono dell'opinione che sia la Regione, sia la Provincia debbano decentrare certi settori specifici.

Per questo motivo, alcuni anni or sono, avevo presentato un

disegno di legge che riguardava l'irradiazione di programmi televisivi dall'area culturale tedesca: è anche questa una funzione della pubblica amministrazione, che è stata trasferita ad un apposito ente di diritto pubblico con propria personalità giuridica. Dunque anche in questo caso è stato creato un ente con una propria caratteristica locale, senza territorio, vale a dire senza riferimento territoriale.

Più o meno le stesse cose si possono riferire agli istituti di educazione musicale di lingua tedesca ed italiana in Alto Adige o dell'istituto culturale per i ladini. Sono tutte forme che riguardano un decentramento di competenze provinciali, ma se fondamentalmente si vuol negare la possibilità giuridica, signori colleghi del Partito comunista, in quanto contrasterebbe con la Costituzione, devo indicare lo Statuto di autonomia, che prevede l'ordinamento delle Camere di Commercio come competenza positiva della Regione e se quindi lo Statuto prevede un ente in modo positivo, non gli si può ascrivere la forma voluta dai comunisti e cioè la forma di un'organizzazione privata tra imprenditori. Un'organizzazione privata degli imprenditori cresce dal basso verso l'alto, è libera e pertanto non può formare oggetto di una espressa norma, di una espressa competenza dello Statuto di autonomia.

Il collega Tomazzoni, a proposito di questa definizione, ha affermato che la dizione dell'art. 4 non sarebbe chiara - mi scusi collega Tomazzoni - la dizione a pagina 4 della relazione non sarebbe chiara. Non comprendo e pure me la sono letta per ben tre volte e ritengo che all'uopo non si potrebbe essere più chiari. Ivi si legge infatti: "...figura soggettiva delle Camere, in quanto strutture rappresentative di interessi, non sono suscettibili, né di configurazione organica (di altri soggetti), né di riduzione a enti

strumentali o di servizio". Ciò significa che da una parte le Camere non sono paragonabili, come soggetti, ad un "ente organico di altri soggetti", come ad esempio un consorzio di comuni, che rappresenta determinati comuni, ma che dall'altra parte non debbono essere degradati ad una mera azienda di servizi.

Questo è quanto si afferma e credo che non si potrebbe essere più chiari di così. Una volta chiarito questo concetto, i rimanenti capoversi sono una chiara conseguenza della definizione delle Camere, che si ripercuote positivamente sull'art. 1.

Vengo ora allo scopo di questa legge. A prescindere dalla necessità di definire con chiarezza le Camere come tali, come risulta dall'art. 1, mi sembra di rilevante importanza descrivere dettagliatamente la sfera dei compiti delle Camere, alla qual cosa vi si provvede con gli articoli 2 e 3, sebbene a tal proposito io desideri affrontare tale argomento nel dettaglio più avanti.

Una cosa desidero rilevare e cioè la portata dell'art. 3, che nel suo effetto concreto dipende a mio avviso da due essenziali fattori. Il primo fattore è la domanda, in quale misura le Province autonome di Bolzano e Trento intendono servirsi delle Camere, per adempiere certi loro compiti, previsti nell'art. 3.

Il futuro funzionamento delle Camere non dipende dalla loro volontà, ma dalla volontà delle rispettive Province, che possono trasferire loro compiti nella misura della volontà politica sussistente; vale a dire che le Province potranno servirsi più o meno delle Camere per l'elaborazione di certi pareri o per l'attuazione di certe direttive.

In questo senso il concetto "vestito possibilmente largo" è stato

da me inteso, sempre come una cornice, la più ampia possibile, entro la quale le Province autonome collocheranno concretamente il loro quadro, o, se lo desiderano, non provvedervi affatto.

Ribadisco quindi che tutto dipenderà dalla rispettiva volontà politica.

Viceversa, però, l'art. 3 offre alle Camere la possibilità di operare attivamente. Hanno il diritto di esprimersi. Hanno il diritto di esternare la propria posizione nei confronti di disegni di legge e in tal senso tutto dipenderà dalle organizzazioni degli imprenditori, rappresentati in seno alla Camera, in quale misura riusciranno a trovare una posizione unitaria ed esprimerla in connessione con l'attività legislativa ed amministrativa delle due Province.

Un grande vantaggio della organizzazione camerale consiste nel fatto di poter esprimere la propria posizione nei confronti con la legislazione provinciale, dopo aver sentito le varie opinioni delle singole categorie economiche, essendo gli organi camerali i raccoglitori di queste opinioni e a tal proposito anche le organizzazioni rappresentate in seno alle Camere, preventivamente sentite, hanno condiviso questa mia opinione.

Credo che in questo consista anche il vantaggio per il legislatore provinciale, in quanto trova un partner unitario, la qual cosa è vantaggiosa, come abbiamo potuto constatare in occasione delle ultime leggi consequenziali al L.E.P., dove il legislatore provinciale si è trovato di fronte a richieste, talvolta anche contraddittorie, presentate dalle singole associazioni economiche.

L'art. 3 ha quindi un doppio senso: innanzitutto mette a disposizione una cornice nella quale dipingere il proprio quadro ed in

secondo luogo rappresenta un raccoglitore delle opinioni delle varie branche economiche, opinioni che dovranno essere elaborate per suggerire un'unica soluzione, esprimendola al legislatore per mezzo di apposite prese di posizione.

Un ulteriore scopo perseguito da questo disegno di legge è l'ampliamento quantitativo della rappresentanza. Sappiamo che fino ad oggi i liberi professionisti non disponevano di un rappresentante camerale, pur essendo elementi attivi del settore economico. Sappiamo inoltre che finora il settore del turismo, anch'esso importante, non era rappresentato in seno alla Camera e mi sembra che prevedere anche questi gruppi, che operano nei settori economici, sia una essenziale innovazione. Siccome stiamo trattando l'argomento della rappresentanza quantitativa, posso entrare nel merito dell'emendamento presentato dai socialisti, che propone pure una rappresentanza dei consumatori nella misura di 4 o 5 rappresentanti. Sono scettico, poiché la Camera perderebbe la natura, così come definita all'articolo 1, che dovrà essere un organo rappresentativo di diritto pubblico delle varie categorie economiche.

Qualora la maggioranza del Consiglio regionale dovesse esprimere un altro parere, non ne farò certamente una questione, poiché questo punto non mi sembra così importante.

E' degno di considerazione, ma un'eventuale approvazione, svilirebbe almeno la propria natura, come descritta all'art. 1.

Un ulteriore scopo essenziale di questo disegno di legge è una maggiore democratizzazione di tutto il settore camerale, che intendo sotto due profili: innanzitutto per quanto concerne la composizione dei singoli organi camerale. Finora disponevamo di una giunta camerale,

piuttosto ristretta, presieduta da un presidente. Questi erano i due organi delle Camere, In secondo luogo questi organi non venivano eletti dalla base, ma insediati dall'alto, vale a dire dalla Giunta regionale. Certamente la Giunta regionale avrà sempre richiesto alle varie associazioni le relative proposte, ma la decisione definitiva veniva presa dall'alto.

A proposito di questi due punti devo dire che si è voluto operare una innovazione importante: come base si dovrà creare un piccolo parlamento, cioè il consiglio camerale, paragonabile al nostro Consiglio regionale; da questo consiglio emergerà quindi per elezione la giunta camerale e il presidente. Con questo disegno di legge, credo, siamo riusciti a creare un consesso di base, al quale saranno trasferiti i compiti più essenziali, la qual cosa rappresenta una democratizzazione, tanto più che sarà ora più facile offrire un'adeguata rappresentanza in seno alla Camera, a tutte le categorie interessate.

La seconda innovazione consiste nel fatto che questi organi non saranno più insediati dalla Giunta regionale, poiché le proposte che le singole organizzazioni 'avanzeranno, hanno carattere vincolante.

Questo punto è stato criticato in parte a buon diritto nel senso che la legge non garantisce che le proposte delle singole categorie vengano unificate in modo veramente democratico. Avremmo avuto naturalmente la possibilità di prevedere un'elezione diretta, come avviene ad esempio in Austria, dove i singoli imprenditori hanno il diritto di esercitare l'elettorato attivo e passivo per il consiglio camerale.

Dopo lunghe consultazioni abbiamo preferito non fare uso di tale possibilità, innanzitutto in considerazione delle spese ed in secondo

luogo per il notevole tempo necessario per organizzare l'elezione e come terzo motivo abbiamo considerato che sarebbe stato difficile garantire una rappresentanza delle singole branche economiche in rapporto al loro potere politico. Si sarebbe dovuto elaborare un apposito provvedimento legislativo elettorale piuttosto complicato.

Desidero dire che come Giunta regionale abbiamo sufficiente fiducia nelle singole associazioni dell'economia, essendosi tutte organizzate e pertanto le riteniamo idonee e capaci di organizzare nel loro ambito apposite elezioni ed esprimere la loro rappresentanza.

A tal proposito ci sono anche dei precedenti. Finora tutte le proposte avanzate dalle singole organizzazioni sono emerse da consultazioni preventive dei relativi organi, giunte o consigli. Come legislatore noi non siamo in grado - lo desidero sottolineare chiaramente - di imporre alle singole organizzazioni modalità elettorali, poiché, così operando, si interverrebbe nella vita interna dell'organizzazione, delle singole categorie economiche, la qual cosa non è permessa al legislatore regionale per motivi giuridici.

Un'ulteriore ed importante finalità della legge consiste nel controllo; le norme di attuazione allo Statuto di autonomia, a proposito di controllo, indicano la costituzione e la Regione è quindi chiamata per legge ad esercitare il controllo sull'attività delle Camere. Finora tutte le deliberazioni camerali non erano più o meno soggette al controllo di legittimità e di merito, poiché la Giunta regionale doveva approvare positivamente quasi tutte queste delibere. Ciò significa che la Giunta regionale doveva occuparsi di tutte le delibere, approvandole, e pertanto la tutela e la vigilanza prevista dalla costituzione era interpretata in maniera restrittiva.

Dopo lunghe consultazioni abbiamo previsto un sistema di controllo completamente nuovo, in tre categorie - di ciò parleremo più dettagliatamente nel corso della discussione articolata - per cui mi limito a sfiorare tale argomento a grandi linee: le deliberazioni più importanti saranno approvate anche in futuro dalla Giunta regionale; sono veramente poche e ripeto che fino ad oggi la Giunta era competente per tutte le deliberazioni. Una seconda categoria di deliberazioni, interessanti per il loro contenuto, dovranno essere esaminate nel merito dalla giunta regionale, la qual cosa significa alla luce della legislazione vigente che la Giunta regionale, per questa seconda categoria di deliberazioni, potrebbe invitare gli organi camerali ad riesaminare la questione, ma le Camere saranno libere di fare proprie o meno le osservazioni della Giunta regionale e potranno ricorrere, se del caso, ad una ulteriore deliberazione di sostegno. Una terza categoria di deliberazioni sarà trasmessa informalmente alla Regione, che avrà la sola possibilità di fare osservazioni di legittimità, che rimane necessaria, in quanto prevista dalla legge, per tutte e tre le categorie summenzionate. Ritengo che un simile sistema di controllo faciliti da una parte il lavoro delle Camere, mentre dall'altra garantisce un sistema di controllo più chiaro e trasparente, che infine sgrava anche la Regione, che non dovrà più autorizzare l'acquisto di una matita, tanto per portare all'estremo il problema.

Illustri colleghi, vedo l'orologio e mi devo riservare alcuni minuti per una eventuale seconda replica, qualora, come annunciato, alcuni Consiglieri intervenissero una seconda volta nella discussione generale e pertanto sono costretto ad essere più succinto, per concludere le mie esposizioni in termine utile.

Il prossimo punto, che intendevo trattare, riguarda le funzioni, peraltro ben descritte e delineate nel corso del dibattito generale dal collega Matuella, per cui non devo ripetere quanto già illustrato. Desidero soltanto sottolineare che le funzioni nel settore della consulenza, della promozione e della capacità operativa saranno efficaci nella misura, in cui gli stessi imprenditori, rappresentati nelle Camere, si impegneranno ad essere produttivi, attivi nell'interesse dell'economia. Tralascio quindi questo punto, per affrontare un problema assai delicato, quale è quello della Camera del lavoro, un problema affrontato da molti operatori.

La collega Franzelin ha proposto di sospendere ulteriori deleghe alle Camere, finché non si sarà chiarito il problema della Camera del lavoro. Non posso accettare tale proposta, collega Franzelin, in quanto ci accingiamo a creare un organo, al quale le deleghe saranno conferite dal legislatore provinciale; non possiamo, come Regione, approvare una delibera di massima e vincolare la futura attività delle due Province.

Desidero dire che è un vero peccato, che i rappresentanti delle organizzazioni sindacali non abbiano fatto a tal proposito proposte concrete sin dai primi contatti, avuti tre anni or sono, in merito all'elaborazione del presente disegno di legge. Non hanno proposto la creazione contemporanea di una Camera del lavoro. Sono persuaso che simile proposta sarebbe stata almeno usata per chiarire il problema sotto il profilo giuridico, nel senso in quale misura la Regione potrebbe legiferare in materia. Personalmente mi sono occupato della problematica anche come giurista, ma il tempo stringe e non posso esporre ai colleghi le mie considerazioni giuridiche fatte a tal proposito, ma posso esprimere a grandi linee la mia opinione, che

dovrebbe essere possibile creare nell'una o nell'altra forma un organo rappresentativo di diritto pubblico dei lavoratori, se con legge regionale o provinciale non importa, ma il problema riguarda i lavoratori, ossia le organizzazioni sindacali dei lavoratori, nelle quali loro si riconoscono, nel senso, se concordano più o meno sull'uno o sull'altro modello, o se lo desiderano. Posso comunque dire che anche il partito a cui appartengo si è occupato intensamente del problema, insediando una commissione di studi per mettere più a fuoco questo problema.

Personalmente vorrei affermare di essere favorevole all'istituzione della Camera del lavoro e credo anche la maggioranza del mio gruppo consiliare; non ho interpellato tutti i miei colleghi, ma i consiglieri dello S.V.P. da me interpellati, si sono tutti dichiarati d'accordo. Ciò corrisponde naturalmente anche ad una certa logica politica, poiché, creando da una parte un'istituzione di diritto pubblico, che ha da esprimere la rappresentanza delle singole categorie economiche, è necessario dall'altra parte creare un qualche cosa di pari peso e misura, se crediamo veramente alla "Partnerschaft" sociale, della quale noi parliamo spesso e che consideriamo un migliore modello di collaborazione, rispetto alla lotta di categoria e se è vero che a tal proposito abbiamo voluto tenere presente il modello austriaco.

Dunque un chiaro sì alla Camera del lavoro, sempre che ciò sia possibile e nella misura possibile.

Il tempo è trascorso, mi rimangono ancora alcuni minuti che desidero risparmiarmi. Sono perfettamente persuaso che in così breve tempo non sono riuscito ad entrare nel merito dei singoli problemi, che comunque mi sono annotato, ma nel corso della discussione articolata

provvederò eventualmente alla necessaria illustrazione.

Ringrazio dell'attenzione!)

PRESIDENTE: Sind noch Wortmeldungen im Rahmen der Generaldebatte?
Abgeordneter Boato, Sie haben bereits zweimal gesprochen.

Qualcuno desidera intervenire nella discussione generale?
Consigliere Boato, Lei è già intervenuto due volte.

BOATO (NS-NL): E' vero. Scusi, Presidente, posso occupare la
dichiarazione di voto in sede di discussione generale?

PRESIDENTE: Nein. No.

BOATO (NS-NL): Allora lo faccio in dichiarazione di voto, prima del
passaggio all'esame articolato.

PRESIDENTE: Nein, es ist nicht vorgesehen.

No, non è previsto.

Meldet sich niemand mehr zu Wort? Abgeordneter Tomazzoni.

Qualcuno desidera intervenire? Consigliere Tomazzoni.

TOMAZZONI (P.S.I.): Brevemente, signor Presidente e signori colleghi. Io
ho ascoltato con attenzione la replica dell'assessore, sia per quanto
riguarda i problemi sollevati in generale, sia per quanto riguarda
alcuni problemi che avevamo sollevato come gruppo socialista, su questa
tematica. Direi che, per quanto mi riguarda, non è stato molto
esauriente. Mi viene in mente la risposta che l'assessore ci dava sulle

nostre perplessità circa la chiarezza del ruolo delle Camere di Commercio e della figura delle Camere di Commercio stesse, così come è illustrata nella relazione, come poi appare anche nell'articolato, in modo particolare a pagina 4.

La risposta dell'assessore è stata di questo tenore: "il consigliere Tomazzoni ha detto che è poco comprensibile il discorso contenuto a pag. 4 e 5 della relazione, a me sembra chiaro". Credo che questa non sia una risposta! Immaginavo già che all'assessore fosse chiaro, se è stato perlomeno sottoscritto dall'assessore, all'assessore probabilmente era chiaro.

Io parlo di coloro che debbono leggere, capire, interpretare queste dizioni, questo modo di definire la figura delle Camere di Commercio, perché, io ripeto, qui si parla di figura soggettiva delle Camere, che "in quanto strutture rappresentative di interessi, non sono suscettibili né di configurazione organica di altri soggetti, né di riduzione a enti strumentali o di servizio. Ne deriva la loro caratterizzazione di soggetti autonomi, la cui natura pubblicistica è da porre in rapporto non alla natura degli interessi rappresentati, ma ecc."; questo è veramente contraddittorio con quanto è detto poi anche dall'assessore, quando dice che verrebbe snaturata la natura di queste Camere di Commercio, qualora entrassero i rappresentanti dei consumatori; perché è un organismo, è un'associazione delle categorie economiche di diritto, riconosciuta quindi con legge e finanziata anche con denaro pubblico.

E qui dice che non è caratterizzato invece "dalla natura degli interessi rappresentati, ma al compito che gli stessi, in quanto tali, sono chiamati ad esercitare nell'ordinamento. Vale a dire un compito di

partecipazione, di promozione, di gestione nell'interesse della collettività".

Ripeto, non sono un giurista, ma a lume di naso, senza essere giuristi, qui c'è una mistura di rappresentatività: da una parte queste Camere di Commercio dovrebbero essere associazioni di diritto, riconosciute per diritto con legge, degli interessi rappresentati delle categorie economiche, dall'altra però si sostiene che hanno un compito di partecipazione, di promozione e di gestione, nell'interesse della collettività, con possibilità di deleghe da parte dell'ente pubblico. E' una mistura non chiarita, non specificata, resta nell'impreciso, anche perché l'assessore dice che dipenderà poi da come le Province utilizzeranno le Camere di Commercio.

E aggiunge difatti: "il modello di riferimento appare quello dell'ente locale, che è struttura pubblica rappresentativa di interessi localizzati e distinti da quelli generali della collettività territoriale". Si riferisce all'ente locale, che non rappresenterebbe interessi generali, anche se localizzati, della collettività territoriale? Io veramente qui non ho chiaro quello che dovrebbe essere il risultato di queste affermazioni, che contengono l'una e l'altra cosa, che continuano a definire in modo contraddittorio, a me pare, la natura e la figura di queste Camere di Commercio. "Ciò che importa definire è il tipo di interessi rappresentabili dagli enti locali: escluso l'interesse della collettività generale, che trova espressione negli enti territoriali, resta tutto l'ambito degli interessi economico-sociali, che può venire localmente entificato dal pluralismo delle strutture di rilevanza pubblica".

Veramente mi pare contraddittorio! Perché allora, se hanno questa

funzione, aveva ragione la collega Franzelin nel sostenere che, se vogliamo una democrazia economica, non può esserci solo una rappresentanza, riconosciuta giuridicamente e quindi anche giuridicamente delegata, delle attività economiche, affidata solo ad una parte, solo alla parte delle categorie economiche, che sono i commercianti, gli industriali, gli agricoltori, ecc., mentre si lascia fuori tutta l'altra parte, che sono i lavoratori, che sono gli altri soggetti della produzione e si lascia fuori poi quelli che sono i punti di arrivo della produzione, vale a dire i consumatori.

C'è questa ambiguità e permane in questa relazione, e l'assessore non ha spiegato dicendo "a me sembra chiara".

Questa spiegazione non dico sia una presa in giro, ma è come dire: non sai leggere, perché a me sembra chiara, a te non sembra chiara! Io dico che è nel modo che è formulata la legge, è nella concezione contenuta poi anche nell'articolato, che permane l'ambiguità e quindi si devono fare questi giochi di equilibrio, anche verbali, per sostenere una impostazione, che ha in sé questa ambiguità.

Per quanto riguarda la presenza dei consumatori, prendo atto che l'assessore dice che non è un problema così sconvolgente, tanto più che non si sconvolgono gli equilibri, all'interno della Camera di Commercio, come erano stati definiti originariamente nel disegno di legge. Ci sarebbe solo un'aggiunta di questi rappresentanti dei consumatori, che hanno evidentemente il peso che hanno, che sono più che altro osservatori o persone che possono avere strumenti in quella posizione di informazione, non certo possibilità di decisione o di proposte, che possono avere un minimo di possibilità di essere accolte, dati anche i rapporti, che sono precostituiti all'interno degli organi di gestione

delle Camere di Commercio.

Ma un minimo di funzione, in questo senso, di osservatori, di persone che possono raccogliere informazioni, al fine poi di sviluppare la loro funzione, che è esterna alle Camere di Commercio, sarebbe importante.

Non mi pare che si snaturi con ciò la funzione della Camera di Commercio. Si possono trovare anche altre soluzioni, se vogliamo, per inserire questo tipo di osservatori, ma non mi pare che venga snaturata questa impostazione, che è poi un'impostazione al di là delle ambiguità, nella definizione della figura di una rappresentanza categoriale, che hanno le Camere di Commercio, e solo categoriale, non di interessi della collettività in generale.

Per quanto riguarda poi le elezioni, l'assessore mi ha dato atto che ci sono dei pericoli, e io prendo atto che ci sono delle difficoltà, perdita di tempo, costo per una rappresentatività maggiore, attraverso le elezioni dirette, però quella fiducia che l'assessore dimostra nei confronti delle associazioni di categoria, perché facciano al loro interno le scelte, io non ce l'ho.

Io credo che non occorrerebbe un disegno di legge sulle elezioni, basterebbe anche mettere nel disegno di legge la richiesta che coloro che sono designati dalle associazioni delle categorie, sono designati attraverso le elezioni dirette, organizzate dalle categorie stesse. Almeno questa garanzia, senza poi andare a dire come, saranno loro che si organizzeranno le loro elezioni interne e quindi lì potranno emergere le loro diversità di impostazioni politiche, di interessi tra le varie categorie e all'interno delle stesse categorie, però come ente pubblico avremmo una maggiore garanzia che coloro che sono designati

rappresentino perlomeno la maggioranza delle singole categorie o la espressione della volontà di una maggioranza delle singole categorie, cose che invece, in questi termini, non abbiamo. Mi ha più convinto e ha spiegato meglio la questione dei controlli, per quanto riguarda gli atti delle Camere di Commercio, però questi controlli così come sono vanno bene se le Camere di Commercio svolgono compiti, che sono propri delle Camere di Commercio intese come associazioni di categorie. Ma nel momento in cui venissero ad assumere compiti e funzioni delegati, che spettano invece agli enti nominati in modo democratico e quindi rappresentativi e anche con responsabilità verso gli elettori, in quel caso i controlli cominciano a non essere più sufficienti.

Vale a dire che qui abbiamo una rappresentatività che è estremamente ridotta e che non è responsabile verso gli elettori, che sono le caratteristiche invece delle persone che sono elette nei consigli comunali, nel Consiglio provinciale, ecc., negli organi cioè istituzionali per la gestione di determinate funzioni.

Se noi queste funzioni le estrapoliamo e le deleghiamo al di fuori di questi organi, istituzionalmente rappresentativi e responsabili, allora ci devono anche essere perlomeno dei controlli adeguati da parte di questi organi, e non solo da parte delle giunte, ma da parte anche dei consigli, che provvedono ad istituire questi enti e che danno poi le deleghe.

Ecco quindi anche qui una contraddizione, che non è stata sufficientemente chiarita e io spero che l'assessore riesca a chiarirla meglio nel tempo che ancora gli rimane per la risposta.

Questa è la nostra posizione, cioè una posizione negativa su questo disegno di legge, per la sua ambiguità, per la sua impostazione generale, che non chiarisce le funzioni delle Camere di Commercio, non perché non vogliamo le Camere di Commercio o non crediamo sia necessario dare un ordinamento alle Camere di Commercio, industria, artigianato e agricoltura di Trento e di Bolzano, ma perché le scelte fatte sono scelte che prendono parte del diritto italiano, parte si ispirano a modelli diversi, a quello austriaco, con una mistura che non è convincente, in quanto nel modello austriaco poi ci sono altri elementi che qui non vengono colti, altre garanzie che qui non ci sono, altri istituti che non ci sono nel nostro ordinamento, le Camere del lavoro, e quindi veniamo a rafforzare solo una posizione, solo una rappresentanza di associazioni produttive, che ha tutto il diritto ad organizzarsi, ad essere organizzata nelle Camere di Commercio, ma che non può svolgere funzioni che sono proprie degli enti rappresentativi ed elettivi di tutta la generalità dei cittadini e quindi degli interessi di tutti i cittadini.

(Assume la Presidenza il Vicepresidente Marziani)

PRESIDENTE: Ha chiesto la parola il cons. Panza. Ne ha facoltà.

PANZA (P.C.I.): Io debbo dire che ho seguito con molta attenzione la

replica dell'assessore Dubis e, per la verità, elementi di novità non ne ho sentiti. Mi vorrei soffermare su un paio di cose soltanto, sono cose che particolarmente non mi hanno convinto. Chiarisco, perché non ripeto più la discussione se debbano o non debbano essere presenti i rappresentanti delle organizzazioni sindacali nel consiglio o nelle giunte camerali. Mi pare di dover dare per scontato che la Giunta ha fatto la scelta che le Camere di Commercio devono occuparsi di problemi relativi ai settori imprenditoriali. A me può sembrare corretta una impostazione di questo tipo. Quello che non mi convince è invece la affermazione dell'assessore che la Regione intende dare un vestito sufficientemente ampio, dopo di che dipenderà dalle Province quali saranno le attribuzioni effettive, che vorranno dare alle Camere di Commercio. Io non credo che noi possiamo accettare questo discorso. Abbiamo fatto una scelta, la Giunta ha fatto una scelta, e cioè che le Camere di Commercio devono essere uno strumento a disposizione degli imprenditori e allora, coerentemente, per conseguenza non posso prevedere che le Province possano allargare più del lecito quello che è il campo di competenza delle Camere di Commercio.

Io per esempio quando vedo che per conto di enti pubblici, compresi Provincia, Stato o Regione, le Camere di Commercio possono essere incaricate di studi sociali, mi viene da pensare che siamo al di là di quello che sarebbe lecito affidare alle Camere di Commercio. Ma c'è poi quello che non è detto esplicitamente. Quando io leggo poi invece che per la prestazione di servizi, che non rientrano nelle attribuzioni proprie o delegate, ci vogliono apposite convenzioni, significa già che, oltre a quello che ho detto, posso dare altri

incarichi e altre attribuzioni ancora, non previsti dalla legge.

Questa non è un'idea del tutto peregrina, perché se tengo conto che in Provincia di Trento la Provincia autonoma di Trento ha delegato alle Camere di Commercio, addirittura con legge, interventi nel settore delle sanzioni amministrative in larga parte alle Camere di Commercio, ci rendiamo conto che abbiamo affidato ad una associazione, che sarà emanazione degli imprenditori, la gestione delle sanzioni amministrative contro gli imprenditori. Chiunque di noi dovrebbe ragionare sulla liceità di scelte di questo tipo, che non vengono annullate, ma che rientrano nei compiti, attribuibili ancora domani alle Camere di Commercio.

Questa è una prima questione, e vorrei che la Giunta ci riflettesse, perché, una volta che io scelgo di determinare la Camera di Commercio come un ente degli imprenditori, devo essere anche conseguente nel porre i limiti alle competenze, che a questo vengono attribuite.

La seconda questione riguarda la questione della composizione del consiglio della Camera di Commercio. Io credo che il problema più grosso non sia neanche quello che mi è sembrato essere stato inteso, cioè noi riteniamo soprattutto che bisognerebbe garantire la presenza di associazioni imprenditoriali anche di minoranza. Questo avrebbe potuto essere garantito attraverso la elezione diretta. Se elezione diretta si opta per non farne, bisogna comunque garantire che anche le eventuali associazioni, che rappresentano una minoranza nei vari settori imprenditoriali, abbiamo diritto di presenza e di cittadinanza nei consigli delle Camere di Commercio e nelle giunte delle Camere di Commercio.

C'è una cosa, che io credo di dover mettere in evidenza, mi sembra di dover rilevare un atteggiamento contraddittorio dello stesso assessore nel fare questa proposta di legge, rispetto a quella a suo tempo fatta per la elezione dei rappresentanti sindacali nell'organismo sindacale, presente nella Camera di Commercio. Cioè in quella sede noi sostenevamo che sarebbe stato corretto che le organizzazioni sindacali avessero designato i loro rappresentanti, l'assessore in quella sede aveva optato per la elezione diretta, sapendo che in questo modo avremmo finito col tagliare fuori i sindacati confederali dalla rappresentanza sindacale. Guarda caso, laddove si tagliavano fuori rappresentanze confederali dalla rappresentanza sindacale, la opzione è stata per la elezione diretta, qui, trattandosi di imprenditori, la opzione è per la elezione indiretta. Io credo che per coerenza dovremmo avere atteggiamenti uniformi sia in un caso che nell'altro.

PRESIDENTE: La parola al cons. Erschbaumer.

ERSCHBAUMER (S.P.S.): Sehr geehrter Herr Präsident! Von der letzten Sitzung auf heute hat auch noch die Regionalregierung bzw. drei Assessoren Änderungsanträge eingebracht; es sind einige Wörter gestrichen worden, aber das Grundsätzliche ist beibehalten worden. Also man hätte fast den Eindruck, daß die Aussagen in der Generaldebatte doch etwas bewirkt hätten, aber das Grundsätzliche ist eigentlich nicht geändert worden, das ist gleich geblieben. Denn grundsätzlich heißt es hier, daß auf Ersuchen - und wie wir gerade vorhin gehört haben, ist in der Provinz Trient sogar mit Gesetz das bereits festgelegt, aber zukünftig könnte auch mit Gesetz oder mit Beschluß einer Landesregierung oder der Region Aufgaben übertragen werden, mit denen wir vielleicht nicht einverstanden sein könnten -, hier würden wir, wenn wir da zustimmen, einen Blankoscheck ausstellen, ohne zu wissen, welche Kompetenzen an diese Kammern abgegeben werden, also auch Kompetenzen, die wir auf keinen Fall allein in diesem Bereich der Wirtschaft geben würden oder sollten.

Ein weiterer Punkt, der auch schon in der Generaldebatte angeschnitten wurde - mein Vorredner hat es auch erwähnt -, ist die direkte Wahl bzw. die indirekte Wahl. Nachdem ich in meinen ersten Ausführungen auch die Arbeiterkammern angeschnitten habe, möchte ich hier ganz deutlich zum Ausdruck bringen, daß ich hier ganz präzise Vorstellungen habe. Wenn auch der zuständige Regional-

assessor sich grundsätzlich für die Arbeiterkammern ausgesprochen hat, bedeutet das noch gar nichts, denn man muß sich nicht unbedingt für die Arbeiterkammern einsetzen, wenn man nicht vorher weiß, wie diese ausschauen sollen, wie diese gemacht werden. Ich wäre auf keinen Fall mit einer indirekten Wahl einverstanden, also nur mit einer direkten Wahl bei der Arbeiterkammer. Aber auch hier könnte es so sein wie bei den Vorbesprechungen, daß man sagt: Die Wirtschaftsverbände haben keine direkte Wahl gewünscht; sie wünschen eine indirekte und dann kam es eben zu der indirekten Wahl. Bei den Arbeiterkammern könnte es dann genauso sein, daß man sagt: Gut, wir machen die indirekte, dann wissen wir genau, daß die Spitzen von den Organisationen einfach da hinkommen und dann wissen wir schon, daß es weiterläuft wie jetzt und dann brauchen wir eigentlich keine Kammern. Machen wir es aber umgekehrt, dann ist natürlich auch ein Risiko drinnen, denn wir wissen, daß bei uns ca. 30 % gewerkschaftlich organisiert sind. Dann wäre eigentlich, wenn hier eine Wahl stattfindet von allen Arbeitnehmern, eine Mehrheit von nicht gewerkschaftlich organisierten; also 70 % sind nicht gewerkschaftlich organisiert. Dann wäre eigentlich dort die Möglichkeit, daß nicht gewerkschaftlich organisierte in den Kammern wären. Dann kann man auf keinen Fall sagen, daß es mit Österreich zu vergleichen wäre. In Österreich ist eine Organisationskraft von 65 % und es wird auch in den Kammern Arbeitnehmerpolitik im Interesse, wie es die Gewerk-

schaften machen, betrieben und führt nicht zu Konflikten. Wenn wir Angst haben, daß so etwas passieren könnte, dann würde ein Konflikt zwischen Gewerkschaftsorganisationen und Arbeiterkammern zustandekommen, daß diese zwei verschiedene Ausrichtungen hätten, dann wäre nicht der Sinn und Zweck erreicht. Als zweites muß man wissen, welche Kompetenzen eine Arbeiterkammer bekommen würde. Auch hier muß ich sagen: Wenn man von Österreich redet, wobei ich sage, daß in Österreich 1920 Sozialminister Hanusch, ein Sozialist, aber mit ganz präzisen Kompetenzen, eingeführt und nur die Grundausrichtung der Kontrolle unterliegt und nicht die einzelnen Beschlüsse, die, wie es hier sein würde, jeweils vom Regionalausschuß kontrolliert würden, sondern am Ende des Jahres überprüft werden; die Kontrolle also würde die Aufsicht haben zu prüfen, ob sie gesetzeskonform beschlossen worden sind.

Die finanzielle Unterstützung: Ich wäre auf keinen Fall einverstanden, wenn eine Arbeiterkammer abhängig wäre von Unterstützungen der Region oder des Landes, sondern die müßte unabhängig sein, denn wenn jedes Jahr finanzielle Verhandlungen geführt werden müßten, ob 100 Millionen oder 1 Milliarde oder 5 Milliarden für die Arbeiterkammer ausgewiesen werden würden, würde das jedes Jahr zu Schwierigkeiten führen. Das muß man verhindern. Wenn, dann müßte die finanzielle Unabhängigkeit so gemacht werden - und in Österreich ist es zur Zeit so -, daß bis

zu einem halben Prozent des Lohnes für die Kammern abgegeben werden. Das können die einzelnen Kammern in den Bundesländern beschließen bis zu einem halben Prozent. Dann gibt es eine Unabhängigkeit. Man weiß so viele Beschäftigte, so viel Einkommen habe ich und mit diesem kontinuierlichen Einkommen kann ich mir Schulungseinrichtungen aufbauen, wie wir sie heute zum Beispiel im Bereich der Landwirtschaft in Südtirol kennen. Die ganzen Schulungshäuser, die hier da sind, die können auch etwas leisten, die haben das Fachpersonal, die haben die Häuser, die Einrichtungen und alles steht zur Verfügung; dann kann man etwas machen. Wenn aber die finanzielle Unterstützung nur so weit gehen würde, daß man zwar einen Apparat aufrechterhalten kann, aber eigentlich nichts bieten kann, dann ist es besser, man macht das nicht. Ich sage: Ich persönlich bin auch grundsätzlich für eine Arbeiterkammer, aber nur unter dieser Voraussetzung, denn sonst geht der Schuß nach hinten. Deswegen sage ich jetzt schon: Wenn wir den Weg beschreiten in Richtung Arbeiterkammer, dann nur, wenn diese Voraussetzungen garantiert werden. Denn wenn sie nur zu einer Abhängigkeit führen, die Arbeiterkammern zu einer Abhängigkeit finanzieller Natur oder Abhängigkeit von Organisationen, daß sie nie von den Arbeitern selber gewählt werden, dann ist es nur eine halbe Sache. Dann brauchen wir es gar nicht machen, denn dann würde es wahrscheinlich eben nur dazu führen, daß man zwar einen Blitzableiter hätte, daß man sagt: das ist eine Einrichtung der Sozial-

partner also hier Kammer der Arbeiter, hier Kammer der Wirtschaft und diese zwei könnten dann Sozialpartner spielen. Auch die Sozialpartnerschaft - das habe ich auch öfters schon im Landtag von Südtirol erwähnt - kann nur funktionieren, wenn die Partner die gleiche Stärke haben und die ist nicht gegeben: erstens einmal ist sie nicht gegeben, weil bei uns zum Beispiel in der Provinz Bozen vier Gewerkschaftsorganisationen sich nicht an einen Tisch setzen und die nicht gemeinsam mit den Wirtschaftsverbänden diskutieren und verhandeln; also kann von Sozialpartnerschaft keine Rede sein. Solange nur einzelne Organisationen das tun, ist von Sozialpartnerschaft nicht die Rede, denn nur ein Teil kann niemals den Namen der Sozialpartner als solche zum Ausdruck bringen.

Ich wollte das noch einmal jetzt zum Ausdruck bringen, weil ich bei meinen ersten Ausführungen auch gesagt habe, daß ich abwarte, welche Replik der zuständige Assessor machen würde, aber in diese Richtung, wo ich meine größten Bedenken hatte, hat er eigentlich gar nichts gesagt. So sehe ich also auch die Handelskammer in eine gefährliche Richtung zu gehen. Ich würde, wenn ich da zustimme, einen Blankoscheck ausstellen, weil ich gar nicht weiß, welche die Absicht der Mehrheitsparteien in den Provinzen und in der Region oder in den Gemeinden ist, welche Kompetenzen sie beabsichtigen abzugeben. Andererseits grundsätzlich zwar die Zusage für eine Arbeiterkammer, aber keine Präzisierung - er sagt im Namen der Südtiroler Volkspartei, hier das sagen zu dürfen -, was man hier

ganz klar fordert und verlangt. Denn wenn es nur eine Einrichtung wird, daß die Arbeitnehmer der Südtiroler Volkspartei mit Gesetz noch einen Sitz bekommen, noch eine eigene Zweigstelle, dann, glaube ich, könnt ihr nicht verlangen, daß man so etwas zustimmen würde.

(Illustrissimo signor Presidente! Dall'ultima seduta ad oggi, la Giunta regionale, ossia tre assessori, hanno presentato emendamenti; sono state depennate alcune parole, ma la sostanza è rimasta invariata. Si avrebbe quasi l'impressione che il dibattito generale abbia avuto un certo effetto, ma il progetto di legge nella sua essenzialità è rimasto tale e quale.

In linea di massima si legge che a richiesta le Giunte provinciali o la Regione possono trasferire alle Camere con legge o proprie deliberazioni altre competenze - la Provincia di Trento vi ha già provveduto con proprio provvedimento - mentre noi potremmo anche non essere d'accordo su simile conferimento di competenze, per cui approvando questa norma, si emetterebbe un assegno in bianco, senza conoscere a priori le competenze, che saranno in futuro trasferite alle Camere, comprese le funzioni che noi vorremmo o dovremmo concedere a questo settore economico.

Un ulteriore punto, peraltro sollevato nel corso della discussione generale ed anche l'oratore che mi ha preceduto ne ha fatto menzione, riguarda l'elezione diretta, ossia indiretta. Siccome nelle mie esposizioni precedenti ho affrontato l'argomento della Camera del lavoro, desidero esprimermi a tal proposito in modo inequivocabile, affermando che al riguardo ho idee ben precise. Se anche l'assessore regionale competente si è espresso fundamentalmente a favore della Camera del lavoro, ciò non ha per me significato alcuno, non essendo

assolutamente necessario intervenire a favore di questo istituto, se non si hanno idee chiare al proposito.

In nessun caso potrei concordare su una elezione indiretta, ma nel caso della Camera del lavoro sarei favorevole soltanto ad un'elezione diretta. Non potrei accettare, come per gli incontri preliminari organizzati per l'elaborazione del presente provvedimento, l'affermazione che l'elezione diretta non era desiderata dalle associazioni interessate, per cui è stato previsto il sistema indiretto.

Qualora si prevedesse l'elezione indiretta anche per la Camera del lavoro, sappiamo sin d'ora che verrebbero nominati i vertici di tali organizzazioni, la qual cosa non muterebbe l'attuale situazione e quindi le Camere sarebbero verificate nel loro contenuto. Si presenta un rischio, essendo soltanto il 30% dei lavoratori aderente alle organizzazioni sindacali e quindi ad una elezione diretta parteciperebbe un 70%, quindi la maggioranza, senza essere organizzata sindacalmente. In tal caso in seno alle Camere potrebbero essere eletti rappresentanti dei lavoratori, completamente svincolati da qualsiasi sindacato, la qual cosa derogherebbe dal quadro austriaco.

Ivi infatti il 65% delle maestranze è organizzato sotto il profilo sindacale, per cui la politica del lavoro viene svolta, come dai sindacati, nell'interesse della base, evitando conflitti di qualsiasi genere. Nel nostro caso, invece, potrebbe sorgere una certa conflittualità fra le organizzazioni sindacali e la Camera del lavoro e qualora gli orientamenti fossero diversi, non si riuscirebbe a raggiungere lo scopo.

In secondo luogo è bene chiarire sin dall'inizio le competenze da attribuire alla Camera dei lavoratori. In Austria, il ministro

socialista Hanusch ha istituito nel 1920 la Camera del lavoro, concedendo le competenze precise, sottoponendo la Camera ad un controllo essenziale, non prevedendo per altro la vigilanza su ogni singola deliberazione, come nel nostro caso; ivi il controllo è limitato alla fine dell'anno e alla sola legittimità.

L'aspetto finanziario: non sarei in nessun caso d'accordo di porre la Camera del lavoro alle dipendenze finanziarie della Regione o delle Province, essendo assolutamente necessaria una piena autonomia in tal senso, in quanto trattative annuali, se stanziare a favore di tale Camera cento milioni, uno o cinque miliardi di lire, condurrebbero a difficoltà non indifferenti, la qual cosa è assolutamente da evitarsi.

L'autonomia finanziaria sarebbe data applicando l'attuale sistema austriaco, e cioè una ritenuta dello 0,5% sullo stipendio a favore di questo istituto. La facoltà di decisione fino alla menzionata percentuale spetta alle Camere in tutti i "Länder" della federazione.

Questo significa autonomia finanziaria. E' possibile pertanto prevedere l'entrata, sulla base del contingente dei lavoratori, la qual cosa permette una programmazione, si possono organizzare scuole, come nel nostro caso nel settore dell'agricoltura.

Infatti, in Alto Adige, simili istituti, potendo disporre di tutto quanto hanno bisogno, iniziando dal personale specializzato fino agli edifici, offrono anche i dovuti risultati. Se invece l'assistenza finanziaria fosse tale, da poter sì tenere in vita simile istituto, senza altro offrire, sarebbe meglio fare nulla.

Personalmente sono favorevole alla Camera del lavoro, ma soltanto a queste condizioni, altrimenti otterremmo un effetto contrario. Pertanto affermo sin d'ora che la Camera del lavoro va istituita,

semmai, garantendo queste condizioni.

Un'organizzazione finanziariamente non autonoma o dipendente nella struttura da qualche altro ente e che quindi non sorge dalla base delle maestranze, rimarrebbe sempre un'opera incompiuta. In tal caso sarebbe meglio fare nulla, poiché tale istituzione avrebbe soltanto la funzione di parafulmine, senza poter essere un partner per l'altra parte, cioè gli imprenditori.

In Consiglio provinciale di Bolzano si è molto parlato di "Partnerschaft", nel senso che la cosa potrebbe funzionare soltanto se i partners hanno la stessa capacità operativa, che nel caso specifico non esisterebbe: tale capacità non sarebbe data, poiché in Provincia di Bolzano le organizzazioni sindacali non intendono sedersi al tavolo della discussione con le associazioni economiche, per cui non è possibile parlare di "Partnerschaft", poiché una parte da sola non potrà mai esprimere il partner sociale.

Ho detto questo, poiché nel mio primo intervento avevo affermato di voler attendere la replica dell'assessore competente, ma nulla ha detto in merito ai dubbi da me espressi.

In questo modo vedo la Camera di Commercio perseguire un orientamento pericoloso. Approvando la legge contribuirei ad emettere un assegno in bianco, non conoscendo le competenze che la maggioranza provinciale, regionale o comunale intende trasferire alle Camere. Inoltre l'assessore ha dichiarato di essere favorevole, a nome dello S.V.P., alla Camera del lavoro, senza peraltro precisarne i contenuti.

Se si tratta unicamente di un istituto, per dare, con legge, una sede ai lavoratori dello S.V.P., vale a dire una seconda sede agli "Arbeitnehmer", credo che non si possa pretendere il voto favorevole).

PRESIDENTE: Chi chiede ancora di parlare? Cons. Ziosi, prego.

ZIOSI (P.C.I.): Molto brevemente, Signor Presidente, anche perché credo che l'intervento dell'assessore Dubis meriti una puntualizzazione, per quanto riguarda la posizione complessiva sul disegno di legge in discussione, espressa dal gruppo comunista.

Sia chiaro che noi non siamo contrari alla Camera di Commercio, si tratta di mettersi d'accordo su che cosa intendiamo debba essere questo ente. Io debbo dire a questo proposito che noi non abbiamo mai sollevato problemi di costituzionalità o meno del disegno di legge in discussione, circa la possibilità da parte della Regione di definire enti territoriali. Non è questo il problema. Noi volevamo semplicemente chiarire la natura dell'ente camerale, così come ci pare emerga dal disegno di legge in discussione. Noi avremmo preferito ritornare sostanzialmente alle origini delle Camere di Commercio, cioè a restituire a queste quella natura di carattere associativo fra le categorie che trovano conveniente, opportuno e utile in qualche modo organizzarsi fra di loro per darsi degli strumenti, che possono essere di promozione, di sostegno tecnico, ecc., nei rapporti che le diverse imprese hanno col mercato.

Quindi la preoccupazione nostra, il tentativo e lo sforzo, che noi abbiamo fatto, è stato proprio di chiarire in questi termini e in questa direzione il ruolo nuovo che spetta all'ente camerale. Abbiamo definito anche, ed insistiamo - mi pare che certamente la replica dell'assessore non abbia portato molti lumi in proposito - abbiamo definito ambiguo il disegno di legge e ribadiamo questa valutazione.

L'ambiguità, a nostro avviso, del disegno di legge sta nella sopravvivenza, all'interno di questo, di una commistione di funzioni e competenze, che in qualche modo rappresentano il pacchetto operativo delle Camere di Commercio stesse.

Quando facciamo questa valutazione, signor assessore, noi partiamo da un disegno che ha già trovato importanti tasselli realizzati, ad esempio nel completamento della legge sull'ordinamento regionale e il decentramento alle regioni, e mi riferisco in particolare alla 382 e ai suoi decreti attuativi. E quando citiamo questo, diventa a nostro avviso fondamentale una sottolineatura di carattere politico e culturale, cioè quel disegno legislativo, voluto dal Parlamento, e da uno schieramento molto ampio, che aveva trovato anche punti di convergenza significativi, nello sforzo appunto di indicare una strada di rinnovamento dello Stato, oltretutto di maggiore razionalità della stessa pubblica amministrazione, quel disegno di legge tendeva a riunificare, all'interno degli enti locali elettivi, una serie di funzioni, che venivano ad essere frantumate fra enti diversi. E quando diciamo questo, diciamo che il ruolo dell'ente locale territoriale va anche a coprire quella parte di funzioni, necessarie per assicurare uno sviluppo organico alle collettività locali, che riguarda anche la parte relativa all'economia, alla gestione degli strumenti, che consentono un governo, una direzione democratica dell'economia.

In altri termini, è un salto di qualità che deve compiere l'ente locale, non può più essere inteso soltanto ente locale quello chiamato alla gestione del proprio territorio o di una serie di servizi sociali, come oggi di fatto è, ma lo sforzo compiuto dal legislatore nazionale, da un punto di vista ancora culturale, prima che politico, è stato

proprio quello di tendere a riunificare all'interno delle assemblee elettive anche quelle funzioni, che consentivano in qualche modo l'organizzazione e la gestione dei settori economici.

Ecco perché allora noi diciamo che diventa pericolosa, signor assessore, quella parte della sua relazione, che poi ovviamente si riflette anche nell'articolato di legge, dove appunto dice, quando parla dell'ente locale e fa riferimento al Titolo V° della Costituzione, "che è struttura pubblica, rappresentativa di interessi localizzati e distinti da quelli generali (politici) della collettività territoriale. Ciò che importa definire l'interesse della collettività generale, che trova espressione negli enti territoriali, resta tutto l'ambito degli interessi economico-sociali che può venire localmente entificato nel pluralismo delle strutture di rilevanza pubblica". Se io comprendo la lingua italiana, io leggo questo passo semplicemente come una frantumazione del settore economico fra enti paralleli. Il che io credo che francamente sia esattamente una direzione di marcia opposta a quella del Parlamento e delle forze del rinnovamento, che all'interno di questi si sono battute per il decentramento delle competenze dello Stato alle Regioni. Mi pare appunto una direzione di marcia esattamente opposta. Questo per precisare la nostra presa di posizione!

Il pericolo delle deleghe! Il pericolo delle deleghe c'è. Lei stesso ha definito poco fa il disegno di legge della Regione, trattandosi solo di ordinamento, non fa che confezionare un vestito largo, molto largo, nelle tasche del quale le Province provvederanno a collocare tutte le funzioni, che riterranno utile delegare a questo ente. Io credo che francamente qui ci sia un grosso pericolo. Il compagno Panza poco fa ricordava come la Provincia di Trento con legge

abbia affidato la gestione delle sanzioni amministrative alla Camera di Commercio, e credo che sia un elemento che ci deve far riflettere, perché questo si collega naturalmente al problema della rappresentatività della Camera di Commercio stessa. Non è indifferente per noi, questo punto, che alcune deleghe di funzioni, che sono proprie dell'ente territoriale, evengano delegate ad un ente di questa natura, qual è appunto la Camera di Commercio, nella quale gli unici ad essere rappresentati sono le categorie degli imprenditori.

No, non è possibile questo, signor assessore! Non è assolutamente corretto, perlomeno non può trovare il consenso del gruppo comunista. Questo credo che sia assolutamente chiaro.

Quindi torna qui in primo piano tutta la polemica, che noi abbiamo già sviluppato, circa appunto la presenza esclusiva degli imprenditori. Guardi che a questo punto noi non è che neghiamo la funzione sociale dell'impresa, per carità! Né siamo talmente semplicistici nella nostra analisi da non riconoscere anche i livelli di consapevolezza, assunti o propri, della categoria degli imprenditori. Non è questo il problema!

Il problema è che non può essere consentito, da un punto di vista del disegno e dei compiti delle diverse istituzioni, non è pensabile che da parte di un ente territoriale ci sia la delega di funzioni proprie e quindi di funzioni di carattere generale e che comunque interessano una generalità, non è pensabile affidare queste competenze soltanto ad una parte, anche se importante, della società stessa.

Un'ultima osservazione mi vorrà consentire, circa la democraticità delle elezioni delle Camere di Commercio. Io mi immaginavo la giustificazione portata qui dall'assessore Dubis, circa la fiducia della Giunta nei confronti delle categorie. Credo che qui non si tratti tanto

di avere fiducia cieca o meno nei confronti delle categorie stesse.

E io mi rendo anche conto che ci possa essere il pericolo di dire: ma se noi determiniamo o indichiamo le modalità elettorali, questo può rappresentare un'interferenza indebita nei confronti delle categorie stesse. Non è questo il problema! Ancora una volta noi diciamo che, nel momento in cui la Camera di Commercio diventa un ente di natura pubblicistica, diventa un ente che in qualche modo è organizzato con provvedimento legislativo dall'ente pubblico, l'ente pubblico avrà pure il diritto di decidere le modalità, con cui si deve arrivare a mettere in piedi gli organi di gestione di questo ente, tanto più se poi pensiamo di affidare a questo ente anche funzioni, che vanno al di là di quelli che dovrebbero essere i compiti propri dell'ente camerale, per assumere anche rilievo di carattere più generale.

Tanto più che oltre tutto io credo che, nell'indicare le modalità per eleggere i rappresentanti delle categorie, all'interno di un ente di fatto patrocinato dall'ente pubblico, le diverse categorie hanno tutta la possibilità di difendere la loro rappresentanza, però garantendola attraverso modalità che siano più democratiche di quanto fino ad oggi è avvenuto.

E bisogna riconoscere che quanto è avvenuto fino ad oggi, signor assessore, non è stato un caso, si è voluto che l'elezione indiretta dei rappresentanti di categoria all'interno del consiglio dell'ente camerale, sia avvenuta in un modo in cui è noto a tutti, semplicemente perché attraverso queste modalità si manteneva un rapporto molto stretto fra chi esercitava il potere a livello generale e alcuni strumenti settoriali.

Questo è stato uno dei nodi politici, sui quali, in tutti questi

anni, si è esercitato un potere e un controllo diretto delle categorie economiche da parte di chi aveva la maggioranza e gli strumenti per gestire concretamente il potere.

Quindi io credo che anche da questo punto di vista il discorso delle elezioni e delle modalità per eleggere i rappresentanti delle diverse categorie non ci possa trovare consenzienti, così come espresso nel disegno di legge.

Credo che anche da questo punto di vista si sia segnato un passo indietro rispetto alle stesse proposte che sono venute avanti a livello nazionale.

In conclusione, credo di poter dire che il gruppo comunista non può essere d'accordo col disegno di legge, così come ci è stato prospettato, e pertanto voterà contro il passaggio alla discussione articolata dello stesso.

PRESIDENTE: Altri che chiede la parola? La parola al cons. Fedel.

FEDEL (Segretario questore - PPTT-UE): Brevemente, Signor Presidente, signori colleghi, in quanto il nostro gruppo è già intervenuto a suo tempo in discussione generale. Comunque, qualche puntualizzazione va forse ancora ribadita, nel senso che noi riteniamo che la riforma delle Camere di Commercio, in questo momento particolarmente delicato per l'economia, sia un fatto che ha un certo rilievo politico, certamente in senso positivo, in quanto una nuova legislazione, un nuovo ordinamento sulle Camere di Commercio, in un periodo dove l'economia sta facendo acqua un po' dappertutto, era quanto mai necessario.

Speriamo che da questa riforma delle Camere di Commercio nascano

degli istituti, in grado di avere quell'aggressività necessaria, che serve per dare delle risposte al mondo dell'economia della nostra Regione e, rispettivamente, delle due Province autonome di Trento e di Bolzano.

Noi siamo d'accordo che senz'altro qualcosa di positivo uscirà.

Il problema sostanziale di questo disegno di legge n.69 noi lo vediamo anche in questa riforma della elezione degli organi camerali. Il PPTT-UE si era attestato su questo fronte già 13 anni fa, proponendo, prima con una mozione, successivamente con un disegno di legge, ed altre iniziative, l'elezione diretta degli organi camerali.

A quel tempo la Giunta regionale non era ancora matura per accettare queste nostre proposte, oggi invece è lei stessa che ci presenta quanto noi, ripeto, avevamo già proposto 13 anni fa. Noi eravamo convinti, come siamo convinti anche oggi, che l'elezione diretta degli organi camerali sia un fatto positivo, perché darà certamente maggior vigore a questi istituti, che si preoccupano e dovrebbero preoccuparsi in senso attivo dei problemi economici della nostra Regione. L'elezione diretta certamente porterà maggiore democraticità e quindi maggiore partecipazione degli utenti delle varie categorie e pertanto riuscirà senz'altro a dare maggiore vigore agli istituti, vigore di cui abbiamo bisogno in questo momento di difficile congiuntura economica.

PRESIDENTE: Altri ancora? La Giunta desidera replicare? La parola alla Giunta, per la replica.

Questo preclude, sia chiaro, altri interventi da parte dei signori consiglieri. La parola all'assessore Dubis.

DUBIS (Assessor für die Handelskammern - S.V.P.): Diese zweite Runde in der Generaldebatte hat eigentlich inhaltlich im Verhältnis zur ersten Runde kaum etwas Neues gebracht.

Kollege Tomazzoni, ich werde nicht noch einmal auf die Seite 4 des Berichtes eingehen. Ich kann nur sagen, daß sie meines Erachtens klar formuliert ist und ich darf hinzufügen, sie stammt wortwörtlich nicht aus meiner persönlichen Feder, sondern aus der Feder eines italienischen Universitätsprofessors. Deshalb kann ich auch ohne Selbstüberheblichkeit sagen, daß sie aus meiner Sicht klar ist.

Was die Verbraucherverbände anbelangt, Kollege Tomazzoni, habe ich den Eindruck, daß Sie mich nicht ganz richtig verstanden haben. Ich bin nicht dafür, daß wir den Abänderungsantrag der Sozialisten annehmen; ich habe gesagt, daß meines Erachtens die Annahme dieses Abänderungsantrages die Natur der Kammern, wie sie im Artikel 1 vorgesehen ist, irgendwie verändern würde. Aber ich mache keine *quaestio* draus, wenn die Mehrheit hier diesen Abänderungsantrag annehmen sollte.

Ihr Vorschlag, eine Direktwahl der Kategorien zwingend vorzusehen also den einzelnen Wirtschaftskategorien jeweils eine Direktwahl vorzuschreiben, ist sicherlich sehr interessant, aber ich glaube, daß dieser Vorschlag rechtswidrig ist und sicherlich einen Grund der Rückverweisung dieses Gesetzes darstellen würde, und zwar schon allein aus der Überlegung, daß wir mit einer solchen Gesetzesbestimmung den einzelnen Verbänden die Vorgangsweise in ihrem inneren vorschreiben würden. Wir würden uns also über

die Satzungen dieser Verbände hinwegsetzen; wir würden ex auctoritate nostra diesen Verbänden eine bestimmte Vorgangsweise bei der Wahl vorschreiben im Inneren der Verbände selbst. Das ist rechtlich nicht zulässig.

Sowohl der Kollege Panza als auch der Kollege Ziosi haben sich neuerdings mit dem "vestito largo" also mit dem Rahmen, wie er vom Artikel 3 vorgesehen ist, auseinandergesetzt und negativ kritisiert, daß hier inhaltlich eventuelle Aufgabenbereiche oder Zuständigkeiten den Kammern übertragen werden könnten, die die Kammern nicht berechtigt sind auszuüben. Sie haben also am Inhalt dieser möglichen Delegationen Kritik geübt. Ich muß sagen in diesem Zusammenhang, werte Kollegen, daß das hier nicht der richtige Raum ist, um über den Inhalt dieser Delegationen zu sprechen; das muß fallweise auf Landesebene besprochen werden. Ob nun das Beispiel Trient mit der Einhebung der Sanktionen vernünftig war oder nicht, das steht hier nicht zur Debatte. Der regionale Gesetzgeber hat nur den Auftrag, einen Rahmen zu stecken; es liegt dann beim Willen des Landesgesetzgebers - ich betone es noch einmal -, fallweise zu prüfen, welche Aufgaben den Kammern übertragen werden sollen und in welchen Fällen sich das Land der Mitarbeit der Kammer - und das ist ja eigentlich der wichtigere Punkt - bedienen wird oder nicht bedienen wird.

Der Kollege Panza wirft mir vor, daß ich nicht konsequent sei, weil ich damals, als wir das Gesetz über das Kammerpersonal verabschiedet haben, den Vorschlag gemacht habe, eine Direktwahl

des Vertreters der Gewerkschaften im Kammerausschuß vorzusehen, während die Kommunisten vorgeschlagen haben, eine indirekte Wahl durch die Gewerkschaften. Heute hingegen - und da besteht ein gewisser Widerspruch - spreche ich mich für die indirekte Wahl aus. Heute spricht sich Kollege Panza für die direkte Wahl aus. Also wenn ein Widerspruch besteht, Kollege Panza, dann besteht er gleicherweise auf Ihrer Seite und auf meiner Seite. Nur müssen wir dieser Sache schon etwas näher auf dem Grund gehen. Die einzelnen Wirtschaftskategorien sind so organisiert, daß im Falle einer indirekten Wahl, wie sie hier vorgesehen ist, eine ausreichende Repräsentativität der einzelnen Wirtschaftskategorien auch gewährleistet ist. Wenn wir damals jedoch Ihrem Vorschlag der indirekten Wahl bei der Vertretung des Gewerkschafters im Ausschuß Folge geleistet hätten, dann wäre das Kammerpersonal nicht adäquat vertreten gewesen. Warum? Weil zum damaligen Zeitpunkt ein Großteil der Angestellten der Kammern überhaupt nicht gewerkschaftlich organisiert war und der restliche große Teil in der autonomen Kammergewerkschaft organisiert war und die großen föderativen Gewerkschaften in den Kammern kaum vertreten wären. Es wäre also eine Ungerechtigkeit gewesen, wenn wir damals nicht die Direktwahl vorgesehen hätten, weil dann wäre die Vertretung des Kammerpersonals im Kammerausschuß sicherlich nicht repräsentativ gewesen im Zusammenhang mit dem Willen des Personals, das dort hätte vertreten werden sollen. Aber das sind Dinge, die gewesen sind. Ich habe persönlich und ich glaube mit

mir auch der Ausschuß in diesem Falle einer indirekten Wahl zugestimmt, weil wir der Meinung sind, daß eine ausreichende Repräsentativität herauskommt, obwohl ich zugeben muß, daß eine direkte Wahl sicherlich eine noch gerechtere Form wäre, aber warum wir nicht zu dieser direkten Wahl geschritten sind, habe ich bereits erklärt und brauche es hier folglich nicht noch einmal zu wiederholen. Also kein Widerspruch meinerseits im eigentlichen Sinne des Wortes, sondern eine konsequente Haltung in der Garantie einer echten Repräsentativität der Wahl sei es beim Gesetz über das Personal, sei es nun auch bei diesem Gesetz.

Kollege Erschbaumer, ich weiß nicht, ob Sie sich erwartet haben, daß ich in meiner Replik eingehe auf die von Ihnen im Zusammenhang mit der Arbeiterkammer gemachten konkreten und inhaltlichen Vorschläge. Ich bin nicht darauf eingegangen und werde auch jetzt und kann auch jetzt nicht darauf eingehen, obwohl diese Vorschläge sehr interessant sind, aber sie sind im Augenblick nicht aktuell. Ich glaube schon, daß wir zuerst das Studium abschließen müssen über die Möglichkeiten und Zuständigkeiten, eine solche Arbeiterkammer zu errichten und dann konkret, wenn wir zur Ausarbeitung eines entsprechenden Gesetzesentwurfes kommen sollten, darangehen werden, die einzelnen Punkte inhaltlich vorzusehen, sei es was die direkte oder indirekte Wahl anbelangt, sei es was Finanzierung anbelangt; alles sicherlich sehr interessante Aspekte, ich bin aber nicht in der Lage,

hier auf diese ganze Problematik einzugehen, die ja auch mit dem gegenständlichen Gesetz/nichts zu tun hat, indirekt wohl, weil man morgen Vergleiche anstellen will.

Ich möchte noch einmal betonen - und ich weiß nicht, ob ich in diesem Sinne vorher richtig verstanden worden bin -, ich habe nicht gesagt, daß die Region eine Zuständigkeit hat, hier auf dem Gebiet der Arbeiterkammer ein Gesetz zu erlassen; ich habe lediglich gesagt, daß allgemein geprüft werden muß, ob ein solches Gesetz erlassen werden kann und allgemein vorerst präliminär festgelegt werden muß: Wenn ja, bei wem liegt dann die Kompetenz, ein solches Gesetz zu erlassen. Das noch einmal zur Präzisierung!

Der Abgeordnete Ziosi sagt, er möchte zurückkehren zum eigentlichen Ursprung der Handelskammern, wie die Handelskammer gewachsen sind und betont in diesem Zusammenhang den "carattere associativo". Kollege Ziosi, ich bin der Meinung, daß die Form der Handelskammer, wie sie hier vorgeschlagen wird in diesem Gesetz, wohl den "carattere associativo" mitbeinhaltet, denn die einzelnen Wirtschaftsverbände sind ja gemeinsam dort vertreten. Sie schließen sich nicht in Form einer freien Vereinigung zusammen, sondern im Rahmen eines eigenen Ens, einer eigenen Körperschaft, aber das nimmt diesem Zusammenschluß nicht die Natur eines "carattere associativo". Was Sie hingegen beanstanden, ist die Tatsache, daß dieser Zusammenschluß der einzelnen Wirtschaftskategorien im Rahmen einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft erfolgt mit eigener Rechtspersönlichkeit, aber diese Tatsache allein nimmt den "carattere associativo" nicht weg; der bleibt, die Zusammenarbeit der Wirtschaftskategorien im Rahmen dieser Kammern bleibt, muß bleiben, ist die Basis für ein konkretes

Arbeiten der Kammern überhaupt. Das ist dann in diesem Zusammenhang völlig unabhängig davon, ob der Zusammenschluß ein freiwilliger Zusammenschluß in Form eines freien Verbandes ist oder aber ob es ein Zusammenschluß ist im Rahmen einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft mit eigener Rechtspersönlichkeit.

Kollege Boato, ich bin vorher nicht dazugekommen auf eine Detailfrage einzugehen, die er bei seiner ersten Intervention aufgeworfen hat, mir verbleiben jetzt noch einige Minuten und ich möchte auf eine grundsätzliche Frage des Kollegen Boato noch eingehen, ob es opportun ist oder nicht - und das ist ja eine der Grundvoraussetzungen, diese Frage hat Boato aufgeworfen -, ein Gesetz zu erlassen hier auf regionaler Ebene, bevor nicht der Staat ein entsprechendes Reformgesetz erlassen hat. Kollege Boato, ich darf daran erinnern, daß auf staatlicher Ebene seit Jahren ganze Pakete von Gesetzentwürfen vorliegen, die die Kammer neu regeln soll auf staatlicher Ebene. Keiner dieser Entwürfe ist je weitergegangen. Wir warten nun seit der Zeit des Faschismus auf eine Neuregelung der Kammern. Wenn der staatliche Gesetzgeber nicht aktiv wird, dann ist es, glaube ich, unsere Pflicht, als Region unsere Zuständigkeit wahrzunehmen. Zumal es sich hier um eine primäre Zuständigkeit handelt also um eine ausschließliche Zuständigkeit handelt über die Ordnung der Kammern zu befinden, sind wir nicht nur berechtigt, das zu tun, sondern ich würde sagen, als Gesetzgeber sind wir verpflichtet, diese Zuständigkeit wahrzunehmen und ein so wichtiges Thema in Angriff zu nehmen und uns nicht auf die faule Haut zu legen und sagen:

Wir warten vorerst einmal ab, bis der Staat hier aktiv wird und dann werden wir sehen, was wir davon gebrauchen können oder was wir ändern wollen. Im Gegenteil, Kollege Boato, dieser Gesetzentwurf hat, weil er der erste ist in Italien und weil wir die einzige Region sind mit Sonderstatut und selbstverständlich auch die Regionen mit Normalstatut, die eine primäre Zuständigkeit auf dem Gebiet der Ordnung der Handelskammern hat, deswegen wartet auf nationaler Ebene beispielsweise die Union Camere - das ist die Vereinigung der verschiedenen Handelskammern von ganz Italien - auf diesen Gesetzentwurf und ist froh, wenn ein solcher Gesetzentwurf ehestens verabschiedet wird, weil er mitunter Ansporn sein könnte, auch auf römischer Ebene das Problem schneller in den Griff zu bekommen und eine Neuordnung, die auf nationaler Ebene auch notwendig und erforderlich ist, der Kammern auf nationaler Ebene voranzutreiben. Das will nicht heißen, daß, wenn morgen der Italienische Staat endlich auf nationaler Ebene eine Neuordnung erlassen wird, daß wir uns dann diese Neuordnung nicht durchsehen werden und nicht prüfen werden, ob das nationale Gesetz in einem oder anderem Punkt nicht besser ist als das unsere und daß wir uns den eventuellen Verbesserungen dann mit eigenem Gesetz anpassen. Aber sicherlich ist es nicht nur opportun, sondern meines Erachtens auch notwendig und unsere Pflicht, hier nicht länger zuzuwarten, sondern endlich ein Gesetz zu erlassen.

Leid getan, hat mir, Kollege Boato, Ihre Anspielung, was die Tätigkeit des Präsidenten der Handelskammer von Trient anbelangt. Sie war in der ganzen sachlichen Debatte eigentlich der einzige polemische und unsympathische Punkt.

Es ist dann immer in der Generaldebatte noch eine Frage aufgetaucht worden, auf die ich nicht geantwortet habe in meiner Replik vorher, und zwar im Zusammenhang mit den "sedi distaccate" also mit den Außenstellen der Kammern. Es ist die Frage gestellt worden: Was sollen diese Außenstellen? Was bedeuten diese Außenstellen? Inhaltlich möchte ich sagen, daß ich mir solche Außenstellen vorstelle vor allen Dingen im Zusammenhang mit den Dienstleistungen, die die Kammer erbringt. Sie wissen alle und ich habe an die Mitglieder der Kommission eine ganze Aufstellung verteilt der Dienstleistungen, die die Kammern heute vollbringen, die ganzen Register, die sie führen. Es wäre interessant ...

Unterbrechung

DUBIS (Assessor für die Handelskammern - S.V.P.): Ich habe es an diejenigen Herren verteilt, die es von mir verlangt haben und in der Kommission ist das verlangt worden und ich habe dann die Frage gestellt, ob alle Kommissionsmitglieder interessiert sind, alle haben sich interessiert und ich habe denen das dann sofort übermittelt. Wenn Sie, Kollege Erschbaumer, oder irgendein anderer Kollege das ebenfalls verlangt hätte oder jetzt verlangen sollte, kann ich das gerne nachreichen.

Unterbrechung

DUBIS (Assessor für die Handelskammern - S.V.P.): Ich werde gerne veranlassen, daß der Kollege Tomazzoni und der Kollege Erschbaumer und wer sonst noch sich meldet, eine Abschrift dieser Liste bekommt. Aus der Liste jedenfalls ist klar ersichtlich, welche diese LDienstleistungen sind. Wenn wir von Zweigstellen, von

"sedi distaccate" in diesem Zusammenhang sprechen - der Kollege Tomazzoni hat auch das Problem aufgeworfen das letzte Mal -, dann stelle ich mir das vor allem vor in der Form von etwaigen Terminals dieser Register in den größeren Städten der Provinz. Also beispielsweise in der Provinz Bozen könnte man in Meran oder in Bruneck oder in Brixen ein Terminal einrichten, mit dem man dann die ganzen Daten von der Zentrale in Bozen ablesen könnte. Das die konkrete Vorstellung meinerseits! Ich glaube nicht, daß man eine Zweigstelle verstehen kann in dem Sinne, daß man da eine Sub-Handelskammer eine zweite Handelskammer in Rovereto aufmachen möchte oder so etwas ähnliches, sondern auf dem Sektor der Dienstleistungen. Ich darf in diesem Zusammenhang auch daran erinnern, daß sämtliche Gesetzentwürfe, die auf nationaler Ebene eingebracht worden sind, auch die Möglichkeit der Errichtung solcher Zweigstellen vorschlagen. Ich glaube, mit derselben Zielsetzung.

Somit glaube ich, auf die einzelnen Fragen eingegangen zu sein. Sollte ich die eine oder andere vergessen haben, dann bitte das bei der Artikeldebatte noch einmal zu verlangen.

(Questa seconda tornata del dibattito generale non ha portato nulla di nuovo nel contenuto, rispetto alla prima parte della discussione.

Collega Tomazzoni, non intendo rientrare nel merito della pagina 4 della relazione. Posso soltanto dire che a mio avviso l'affermazione è chiara e mi permetto di aggiungere che non è farina del mio sacco, trattandosi di una formulazione uscita dalla penna di un professore universitario italiano, per cui posso dire tranquillamente, senza presunzione, che a mio avviso l'affermazione è giusta.

Per quanto concerne le associazioni dei consumatori, collega Tomazzoni, ho l'impressione di non essere stato ben compreso. Non sono favorevole all'emendamento dei socialisti, ma ho affermato che, secondo la mia opinione, l'approvazione dell'emendamento svilirebbe la natura delle Camere, come descritta all'art. 1. Ma non intendo fare una questione, se la maggioranza dovesse accettare questo emendamento.

La sua proposta, di prevedere un'elezione diretta da parte delle categorie, cioè costringerle a procedere con l'elezione diretta, è certamente interessante, ma credo che questa proposta sarebbe illegale e certamente motivo di rinvio della legge, soltanto per la considerazione di ingerenza nella vita interna delle singole associazioni. In poche parole si ignorerebbe lo statuto di queste associazioni; significherebbe imporre ex autoritate una determinata procedura di elezione all'interno delle associazioni, la qual cosa non è ammessa sotto il profilo legale.

I colleghi Panza e Ziosi hanno nuovamente affrontato l'argomento dell'art. 3, criticato negativamente "il vestito largo", cioè che sussisterebbe la possibilità di trasferire alle Camere competenze, che legalmente non potrebbero esercitare. Hanno quindi criticato il

contenuto di questa possibile delega. A tal proposito, illustri colleghi, devo fare presente che non è questa la sede per discutere i contenuti delle deleghe, essendo queste di competenza provinciale. Se, ad esempio, Trento si è dimostrata ragionevole o meno con l'esazione delle sanzioni, non è in discussione.

Il legislatore regionale ha soltanto la funzione di dare forma alla cornice ed è compito del legislatore provinciale esaminare, ripeto, di volta in volta, quali funzioni trasferire alle Camere ed in quali circostanze ricorrere alla collaborazione delle Camere stesse, ed è questo il punto centrale.

Il collega Panza mi rimprovera una certa incoerenza, avendo io proposto, in occasione del dibattito sul personale camerale, l'elezione diretta, per il rappresentante sindacale in seno alla giunta camerale, mentre i comunisti proponevano un'elezione indiretta attraverso i sindacati. Oggi invece - ed in questo consiste una certa contraddizione - mi batto per il sistema indiretto. Se una contraddizione esiste, collega Panza, questa si trova pure dalla sua parte, quindi vale per entrambi.

Tale questione comunque va un po' più approfondita. Le singole categorie economiche sono organizzate in maniera tale da garantire, anche in caso di elezione indiretta, una sufficiente rappresentanza delle singole categorie economiche. Se avessimo accettato la sua proposta, di far eleggere il rappresentante sindacale in seno alla giunta per mezzo di elezione indiretta, il rappresentante camerale non sarebbe stato rappresentato adeguatamente. Per quale motivo? A quel tempo la maggior parte del personale non era sindacalmente organizzato, mentre l'altra parte, assai considerevole, aderiva al sindacato autonomo

camerale, di modo che i grandi sindacati confederati non sarebbero ivi rappresentati. Sarebbe stata un'ingiustizia, se non avessimo previsto l'elezione diretta, poiché la rappresentanza del personale nella giunta camerale non sarebbe stata assolutamente espressione della volontà del personale ivi rappresentato.

Personalmente, e credo anche la Giunta, siamo favorevoli ad una elezione indiretta, essendo noi dell'avviso, che si riesce comunque a raggiungere una soddisfacente rappresentanza, sebbene io debba ammettere che l'elezione diretta sarebbe una forma più corretta, ma ho già spiegato per cui non mi ripeto, il motivo per il quale abbiamo optato per la forma indiretta.

Da parte mia quindi non vi è contraddizione alcuna nel vero senso della parola, ma una posizione coerente nella garanzia di una vera rappresentatività dell'elezione, sia nel caso della legge sul personale, sia nel caso specifico.

Collega Erschbaumer, non credo che lei si aspettasse dalla mia replica un esame delle proposte concrete, da lei avanzate a proposito della Camera del lavoro. Non sono entrato nel merito, e non lo posso fare neppure ora, delle sue proposte concrete, peraltro interessanti, ma al momento non attuali.

Credo proprio che prima dobbiamo concludere lo studio circa le possibilità e le competenze per istituire la Camera del lavoro e, prima eventualmente di elaborare la rispettiva legge, si procederà all'esame del contenuto dei singoli punti, sia per quanto concerne il sistema elettivo, sia il finanziamento; sono tutti certamente aspetti interessanti, ma non sono in grado di entrare nel merito della problematica, che nulla ha a che fare in linea diretta con la presente

legge, essendo tale argomento un riflesso, poiché un domani si intende fare dei confronti fra le parti.

Desidero sottolineare - non vorrei essere stato frainteso - non ho detto che la Regione ha una competenza in materia, ma ho affermato che si dovrà esaminare in generale se l'ente Regione potrà o meno legiferare in tal senso, e, in caso affermativo, si dovrà accertare preliminarmente a quale ente autonomo spetta tale competenza. Tanto per un'ulteriore precisazione.

Il collega Ziosi dichiara di voler ritornare alle effettive origini delle Camere di Commercio e sottolinea a tal proposito il carattere associativo. Collega Ziosi, sono dell'opinione che la forma proposta in questa legge non priva le Camere del carattere associativo, essendo ivi rappresentate le singole associazioni economiche. Non si associano nella forma volontaria, ma nell'ambito di un proprio ente, senza peraltro privarle del carattere associativo.

Lei invece critica il fatto che l'associazione delle singole categorie economiche avviene in seno ad un ente di diritto pubblico, con propria personalità giuridica, ma tale circostanza non cancella il carattere associativo; la collaborazione delle varie categorie nell'ambito delle Camere rimane intoccata, che è la base per le loro opere concrete.

A tal proposito poco importa, se l'associazione è volontaria, o se avviene nell'ambito di un ente di diritto pubblico, con propria personalità giuridica.

Collega Boato, non sono riuscito ad entrare nel merito di una domanda dettagliata, da lei sollevata nel primo intervento; mi restano ancora alcuni minuti e desidero affrontare un argomento di fondo,

sollevato dal collega Boato, se sia più o meno opportuno - questa è una delle premesse base della domanda Boato - emanare una legge a livello regionale, ancora prima che lo Stato emani in materia una legge di riforma.

Collega Boato, mi permetto ricordare che, a livello nazionale, da anni esistono plichi di disegni di legge per la nuova regolamentazione delle Camere, ma nessuno di questi disegni è stato concretizzato. Attendiamo sin dall'era fascista la nuova regolamentazione e se il legislatore nazionale non è attivo, credo sia nostro dovere di cogliere, come Regione, le nostre competenze.

Siccome nel caso specifico trattasi di una competenza primaria in materia di ordinamento delle Camere di Commercio, non abbiamo soltanto la facoltà, ma il dovere di provvedervi come legislatori, di cogliere, ripeto, la possibilità dataci dalle nostre competenze, affrontare un argomento così importante e non nasconderci dietro una comoda affermazione, di voler attendere la legislazione nazionale, per poi esaminare quali norme statali possiamo assumere e che cosa dobbiamo regolamentare autonomamente con proprio provvedimento legislativo. Anzi, collega Boato, questo disegno di legge, essendo il primo nel suo genere in Italia, ed essendo noi l'unica Regione fra quelle a statuto speciale ed ordinario, a disporre di una competenza primaria in materia, a livello nazionale, ad esempio, la Union Camere, a cui aderiscono tutte le Camere di Commercio d'Italia, il presente provvedimento è molto atteso, in quanto potrebbe costituire uno spunto per far affrontare a Roma il problema più celermente ed offrire a livello nazionale un riordino delle Camere, tanto necessario.

Ciò non significa che, entrando un domani in vigore il

riordinamento nazionale, non si esaminerà il provvedimento per vedere se l'uno o l'altro punto è stato risolto in modo migliore, anzi si procederà a correggere se del caso la nostra legge.

Ma certamente non è opportuno ed a mio avviso è necessario e nostro dovere, di non attendere altro tempo e legiferare finalmente in merito.

Mi è dispiaciuta, collega Boato, la sua insinuazione circa la attività del Presidente della Camera di commercio di Trento; è stato l'unico punto polemico e antipatico di tutto il dibattito oggettivo.

Nella discussione generale era stato sollevato un argomento, a cui non avevo risposto nella mia replica, e cioè riguarda le sedi distaccate. Si voleva sapere di che si tratta. A tal proposito, la sede distaccata è intesa nel settore dei servizi, offerti dalle Camere. Ho distribuito un lungo elenco dei servizi attualmente offerti dall'istituto camerale, evidenziando soprattutto i registri. Sarebbe interessante...

(Interruzione)

DUBIS (assessore per le Camere di commercio - S.V.P.): Detti elenchi sono stati forniti ai consiglieri, che ne hanno fatto richiesta in sede di commissione. Se lei, collega Erschbaumer, ne avesse fatto richiesta, avrei provveduto, ma comunque sono in grado a provvedervi anche ora.

(Interruzione)

DUBIS (assessore per le Camere di commercio - S.V.P.): Darò volentieri disposizioni di far pervenire copia di detto elenco ai colleghi

Tomazzoni ed Erschbaumer, ed a qualunque altro collega, che lo desiderasse. Dalla lista risultano chiaramente tutti i servizi camerali. Se a tal proposito parliamo di sedi distaccate, anche il collega Tomazzoni ha affrontato la scorsa volta l'argomento, intendiamo un terminale dei rispettivi registri nelle maggiori città della Provincia.

In Provincia di Bolzano, ad esempio, si potrebbero installare terminali a Merano, Brunico o Bressanone, per richiamare i dati dalla centrale di Bolzano. Questa è un'idea concreta! Non credo che una sede distaccata possa essere intesa come un istituto sub-camerale o una seconda Camera di Commercio a Rovereto, ma tale sede può essere soltanto vista nel contesto dei servizi.

A tal proposito desidero ricordare che tutti i disegni di legge presentati a livello nazionale propongono appunto la possibilità di istituire sedi di questo genere e credo con le stesse finalità.

Credo di aver risposto a tutte le domande, ma qualora avessi ommesso l'uno o l'altro argomento, i signori consiglieri sono pregati di riproporle nel corso della discussione articolata.)

PRESIDENTE: La discussione generale è chiusa. Pongo in votazione il passaggio alla discussione articolata.

E' approvato a maggioranza con 12 voti contrari ed 1 astensione.

Art. 1

Natura delle Camere

Le Camere di commercio, industria, artigianato e agricoltura di Trento e di Bolzano sono enti locali non territoriali, di diritto

pubblico, a struttura rappresentativa.

Hanno sede nel capoluogo della rispettiva provincia e la loro competenza si estende all'intera circoscrizione provinciale.

Possono istituire, mediante deliberazione del Consiglio camerale, uffici staccati in comuni della rispettiva circoscrizione provinciale.

Nelle disposizioni della presente legge le Camere di commercio, industria, artigianato e agricoltura sono indicate con il termine di "Camere".

E' aperta la discussione sull'art. 1.

La parola al cons. Boato.

BOATO (NS-NL): Grazie, Presidente. Rispondo in un certo senso, per quello che può fare un consigliere ovviamente, all'ultimo rilievo dell'assessore Dubis sul dimenticato nella sua replica, che mi ha molto deluso, e, visto che siamo sulla questione della natura delle Camere, riprendo dal punto più importante, la questione dello Statuto innanzitutto e della competenza primaria. Lo Statuto, art. 4, punto 8, parla di deleghe sulle Camere di Commercio e al punto successivo di deleghe sulla cooperazione.

Questo lo dico provocatoriamente, per far capire, ma dovrebbe essere chiaro, che non è che lo Statuto imponga un ente di diritto pubblico, non è che perché la Regione - ed è giusto quello che lei dice - ha l'obbligo, dopo 34 anni per lo Statuto e qualcosa di più per il Parlamento, ma siamo lì grosso modo, pochi mesi di differenza, imponga di legiferare in questo modo.

Voi potete legiferare, ma questo modo di legiferare è un tentativo

di penetrazione di un ordinamento giuridico diverso, quello austriaco, nell'ordinamento giuridico italiano. Allora questo non può essere fatto tramite un intervento regionale, perché è una modifica che ha rapporto con la Costituzione e con il quadro complessivo dell'ordinamento giuridico italiano.

Non è che si riveda la Camera di Commercio così com'è, con un aggiornamento formale o meno formale, ma comunque non di stravolgimento del senso che aveva la Camera di Commercio, anche se io la ritengo un ente inutile ormai, così com'è andata la storia, ma comunque non è che avete dato vigore a un ente inutile nelle sue caratteristiche precedenti.

Voi avete con questo disegno di legge modificato l'ordinamento giuridico indirettamente e comunque correggete il significato della Camera di Commercio, rispetto alla situazione precedente.

Allora ci sono due problemi. Uno, questo sostituirsi di fatto ad una modifica di carattere nazionale per forza, perché voi parlate dell'Austria, non è che parlate del Nordtirolo o del Sudtirolo, dovete parlare dell'ordinamento giuridico austriaco e della bicameralità austriaca: quella del commercio e altri settori economici, e quella del lavoro e dipendenti complessivamente.

E questo ha a che vedere con l'ordinamento giuridico italiano, che non lo prevede.

Secondo, anche ragionando nella vostra logica, in quella di Dubis o in quella della Franzelin o in quella degli altri della S.V.P., ma devo presumere di tutta la maggioranza che non si è espressa in maniera contraria a questo, è in totale contraddizione la vostra proposta, perché dovremmo parlare contemporaneamente, in un disegno di legge, delle

Camere del lavoro e delle Camere di Commercio.

Se non è questo, salta addirittura, ma salta da destra in maniera pesante - e una volta tanto bisogna parlare di destra e sinistra - salta da destra, anche rispetto alla S.V.P., non credo solo alla sua ala sociale, Arbeitnehmer, non credo solo rispetto a questa, salta la vostra dichiarazione di principio, la vostra linea, quella che lei ha chiamato, assessore Dubis, la logica politica con cui la S.V.P. affronta questo problema, perché il patto sociale e la collaborazione dei due mondi - a me fa stridore parlare in questi termini, ma comunque io assumo il vostro linguaggio - diventa una scelta, una opzione precisa, univoca, perché è giuridicamente esplicitata, a prescindere dalle parole e dalle code delle frasi, che non servono a niente.

Non serve dire: noi affronteremo, quando sarà possibile e chissà in che sede, chissà in che situazione, la questione della Camera del lavoro. No, voi oggi scegliete e optate per la Camera degli imprenditori! A chiare lettere, perché sarebbe molto più ambiguo che si continuasse a dire la Camera dell'economia o dei settori economici, identificando l'imprenditorialità con l'economia senza esplicitare del tutto questa linea.

Vi dò atto che avete parlato abbastanza, tirati da noi, dalla sinistra, ma comunque è venuta fuori. Ma questa è un'opzione precisa, mi dispiace! Non è il patto sociale, non è la collaborazione, ma è l'opzione per gli imprenditori, come rappresentanti di un settore, a cui si delegano funzioni pubbliche - lo decideranno le due Province, ma comunque è già esplicito e il vestito è largo, come lei ha detto - che non potranno essere, neppure per contrappeso, nella vostra ideologia, che, almeno come rappresentante della sinistra, non accetto, e che credo

sia anche stridente rispetto a tutta la storia dei 35 anni, piena di contraddizione dei rapporti fra imprenditoria e mondo del lavoro italiano, mondo del lavoro dipendente in particolare; comunque è stridente rispetto a questo, ma voi non date, anche accettando lo stridore di questa impostazione ideologica, non date poi all'altro altare, quello del mondo del lavoro, un corrispettivo di competenze.

Voi sapete benissimo che con questa legge passeranno decenni prima che si affronti il tema, perché questo dovrebbe essere, se è serio il vostro discorso, contemporaneamente affrontato.

Se ci sono delle difficoltà per la Camera del lavoro sul piano giuridico, lei che è più giurista di me forse, o voi che avete strumenti più dell'opposizione, saprete che queste difficoltà non sono il vizio di qualcuno, ma sono l'impianto, la struttura complessiva dello Stato italiano e dell'articolazione delle sue regioni, buona o cattiva che sia, che non porta a questa possibilità di intervento in questa sede sulle Camere del lavoro.

E allora è insensato, anche dal punto di vista della vostra logica, se non c'è sotto una provocazione, nel senso politico più complessivo, è insensato che voi portiate l'un corno del problema fino allo sviluppo legislativo di una legge approvata, e l'altro fate finta di dimenticarlo. Fate finta, a parole non fate neppure finta, però si sa complessivamente che non c'è la risposta, perché dietro ad una parte c'è un interesse - lo avete detto - quello dell'Union Camere. Eh, grazie, voi, che fate la parte del giaguaro, citate il giaguaro!

E' evidente che l'Union Camere vi va benissimo, è una esaltazione della propria potenzialità economica tradotta anche in termini giuridici di ente pubblico, addirittura in maniera totale ed esplicita in questo

caso, volete che vi dica di no?!

Lei ha detto adesso in questa ultimissima replica che l'Union Camere attende che la Regione Trentino - Sudtirolo legiferi, per poter poi generalizzare, magari fingendo una riforma. Come se poi le forze politiche, presenti qui dentro, non avessero dei corrispettivi nazionali e non fossero anche loro in mora a livello nazionale, perché la vostra iniziativa avrebbe potuto lo stesso essere anticipatoria, ma spingere verso una riforma di tipo austriaco, se voi lo volevate così, avrebbe deciso il Parlamento, tramite tutti i vostri parlamentari, perché le leggi vengano tirate fuori dalle commissioni e vadano avanti.

Ma di chi è la colpa? E' troppo comodo, è troppo facile dire "il legislatore è passivo" perché tutti abbiamo delle colpe da questo punto di vista. Voi avete tre o quattro parlamentari e avete anche dei senatori, ma la D.C. e anche il P.C.I., che ha comunque parlato della sua legge, tutte queste forze, anche quelle di minoranza in Parlamento, hanno la forza di imporre alla discussione un argomento di questo genere, e lo possono portare, nel giro di alcuni mesi o di un anno, all'ordine del giorno, se proprio si vuole. Non passerà quella proposta, ma verrà discussa, ma verrà cambiata, ma verrà modificata. Non è pensabile che ci fosse la volontà politica che questa cosa non avvenisse.

In appendice a questa questione grossa, statutaria e giuridica, assessore, non ci prenda in giro almeno! Anche se forse la sua volontà non era questa, non dica che le deleghe verranno discusse dal legislatore provinciale, perché il legislatore provinciale non ci metterà becco né naso in questa vicenda, e saranno le Giunte provinciali che faranno il bello e il cattivo tempo, e decideranno, in rapporto alla

Giunta regionale - ma questo non ci garantisce niente, passa una legge che non ci va e che non vogliamo - decideranno quali saranno le deleghe a Bolzano e a Trento.

Io credo che lo decideranno, ed è il senso di questa legge, il potere economico e le associazioni industriali maggioritarie - perché fra l'altro le altre non sono neanche garantite - assieme alle Giunte provinciali e decideranno qual è la sostanza di questa nuova o rinnovata articolazione del potere provinciale che farà da contraltare allo strapotere, come dicono gli imprenditori, lo strapotere della Provincia, a Bolzano e a Trento.

E allora non parliamo di discussione in Consiglio provinciale o del legislatore provinciale che deciderà, ma delle Giunte, che faranno quello che vorranno, nel vestito largo, che questa legge ha tessuto.

Un altro rilievo per certificare che, credo non solo dal mio punto di vista - veramente la sua replica ha certificato tutte le questioni, salvo, in subordine, quella del controllo di legittimità, contraddizioni dei tre o quattro cardini di questa legge - la questione non è risolta neppure dal punto di vista della logica politica della Giunta che l'ha espressa.

Il primo e il secondo punto erano lo Statuto e la questione delle Camere del lavoro, il terzo è la questione del decentramento. E' una questione di principio, non ha un riscontro specifico in un aggettivo, però lei ha dato molto peso a questo, rispondendo in particolare alle sinistre, al P.C.I. in particolare. Non è pensabile un paragone con gli handicappati o i portatori di handicaps e non è pensabile ai due esempi più espliciti che ha fatto sulla minoranza ladina, perché si tratta in tutti e due i casi di un ambito sociale molto meno specificato per

classe sociale, si tratta di emarginazione, che può avvenire in tutti i settori sociali - la natura non guarda in faccia in questi casi - ed è una minoranza da tutelare e quindi grazie al decentramento che è in sé un principio anche di tutela, voluta dall'autotutela, e la negazione del decentramento in questo caso sarebbe la negazione della possibilità di espressione.

Gli imprenditori, come soggetti cittadini e come soggetti economici, hanno tutti gli strumenti di espressione e la minoranza ladina non avrebbe la possibilità, sul piano linguistico e culturale, di farsi valere anche sul piano politico, se questo decentramento non fosse attuato, ma dovrebbe suonare quasi provocatorio che io lo dica a un rappresentante di un partito della minoranza tedesca, in questo caso!

Non è possibile che voi facciate questo paragone, non ha assolutamente senso, è di uno stridore assoluto! La questione del decentramento viene posta in termini di enti territoriali e di questione amministrativa, ma paritaria di tutte le forze in campo, in termini del diritto amministrativo italiano.

Quindi potete parlare di comprensorio e di comunità di valle, di comuni o di altre entità, di Camere di Commercio, nella vecchia accezione contraddittoria, parziale, fallimentare. Io dico le Camere di Commercio si facciano tutte le associazioni degli imprenditori, se ne facciano una sola, se la facciano democratica, e va bene, ma non è un ente di diritto pubblico. E siamo al quarto punto e alla grossa contraddizione, non dico la più grossa, perché in un certo senso mi tocca meno: voi fate un ente e poi non garantite neanche come ente di diritto pubblico, sì la Regione e la Provincia in secondo ordine, non garantite neppure la democraticità interna di ascendenza austriaca, pur avendo

detto di riferirvi a quel modello.

Dopo di che lei si scusa, giustifica questa mancanza di elezione diretta, e io la considero solo in subordine al vostro disegno di legge, non è che io opto per questo, perché sono contrario complessivamente, però siete ancora in contraddizione laddove l'interferenza la fate bene in questa questione, perché siete voi che definite le deleghe e quindi su che cosa ha da fare e date anche delle deleghe, che non hanno a che vedere solo con gli strati sociali che rappresentano, ma con l'intera collettività, come potrebbe essere il caso della statistica, ma anche in altri casi, sulle questioni delle foreste o di altro, cioè di patrimonio di carattere pubblico, che non può essere degli imprenditori o dei lavoratori dipendenti; su questo, ripeto, fate interferenza, cioè sul dare! Ma sul controllare ritirate l'interferenza! Il controllo che sia garantita dall'ente pubblico almeno questa questione, che è già discutibilissima, dite che è interferenza e non lo fate!

Ma allora andate a dire agli austriaci, che hanno creato questo modello; voi stessi vi date la zappa sui piedi! Questa è già una riduzione della democratizzazione interna su una questione, di cui io non voglio sporcarmi le mani, non nel senso polemico della parola, ma nel senso che ci sono problemi di natura superiore e quindi credo che sia tutta in subordine questa discussione sulla democraticità, ma siete in piena contraddizione anche su questo.

Per cui, per quanto riguarda lo Statuto e la questione del rapporto con l'ordinamento giuridico nazionale, per quanto riguarda lo Statuto e in rapporto alle deleghe, per quanto riguarda la Camera del lavoro, che è un modo di dire qui dentro, che poi non ha un riscontro esterno, per quanto riguarda il discorso sul decentramento, che è

veramente preso in senso deformato, per quanto riguarda la democratizzazione siete in contraddizione con la vostra stessa linea, con la vostra dichiarazione di logica, riflessa dall'ordinamento giuridico austriaco, e anche da una storia diversa, di cui abbiamo il massimo rispetto, ma che comunque è diversa.

Quindi questa è una legge che voi stessi dovrete bocciare. Dovreste essere più espliciti e fare un lavoro complessivo, che porti a una legge, che abbia le Camere del lavoro da una parte e le Camere del commercio dall'altra, una legge che spinga in parallelo, perché non è ammissibile che passi prima una modifica, sia pure parziale, settoriale e specifica, dell'ordinamento giuridico italiano, per quanto riguarda alcuni aspetti di interpretazione della Costituzione e sicuramente del capitolo che riguarda i rapporti economici e per quanto riguarda la riforma delle Camere di Commercio a livello nazionale.

Io non sono un giurista nel senso stretto della parola, ma comunque ammetto che un testo di legge possa essere anche interpretato in maniera elastica, invece che in maniera riduttiva, ma almeno questo testo di legge deve esserci e non è un ricorso alle decisioni nazionali.

La questione di principio, che è in gioco, non è strettamente la legge sulle Camere di Commercio; viene fuori da questa, ma va molto più in là.

(Assume la Presidenza il Presidente Achmüller)

PRESIDENTE: Wer meldet sich zum Artikel 1 noch zu Wort?

Assessor Dubis.

Chi chiede ancora la parola sull'art. 1. Assessore Dubis.

DUBIS (Assessor für die Handelskammern - S.V.P.): Der Kollege Boato hat den Artikel 1 eigentlich zu einer dritten Intervention zur Generaldebatte gebraucht. Das entspricht den parlamentarischen Gepflogenheiten. Ich möchte nur ganz kurz auf einige Punkte eingehen.

Wenn Sie behaupten, Kollege Boato, daß wir uns an das österreichische Modell angelehnt haben, dann stimmt das, stimmt aber nur zum Teil. Wir haben, bevor wir mit der Ausarbeitung dieses Gesetzentwurfes begonnen haben, das bayrische Modell ebenfalls untersucht, das schweizerische Modell ebenfalls untersucht, um zu sehen, wo wir brauchbare Anhaltspunkte finden können. Wir haben im österreichischen Modell einige brauchbare Anhaltspunkte gefunden und hier in diesem Gesetz rezipiert. Es ist aber selbstverständlich, daß wir das nur im Rahmen derjenigen Möglichkeiten tun können, die nicht die österreichische Verfassung vorsieht, sondern die die italienische Verfassung vorsieht und vor allem der Artikel 4 des Autonomiestatutes, der die Möglichkeit der regionalen Gesetzgebung ja ganz klar abgrenzt. Wir können auch in Sachgebieten, wo uns die ausschließliche, primäre Zuständigkeit vom Gesetz zuerkannt wird, nur im Rahmen der italienischen Verfassung, im Rahmen der Grundprinzipien der italienischen Rechtsordnung ein Gesetz erlassen. Wir haben uns selbstverständlich bemüht, das Gesetz so zu formulieren, daß dieser Rahmen nicht gesprengt wird. In diesem Zusammenhang sei darauf verwiesen, weil

hier der öffentlich-rechtliche Charakter immer wieder in diesem Zusammenhang strapaziert wird, daß fast alle Gesetzesvorlagen, die auf nationaler Ebene eingebracht wurden, nicht nur die Vorlage der Christdemokraten Florett und Ferrari, aber auch die Vorlage des Sozialdemokraten Corti und des Sozialisten Sacceni, die öffentlich-rechtliche Natur der Handelskammer vorsehen, und zwar "sono enti pubblici a base associativa" im sozialistischen Entwurf; ähnliche Diktionen in den anderen Entwürfen. Ich glaube also nicht, daß wir hier in diesem Zusammenhang den Rahmen der Grundsätze der italienischen Rechtsordnung sprengen, wenn wir im Artikel 1 diese öffentlich-rechtliche Natur vorsehen.

Wer nun von uns beiden, Kollege Boato, der bessere Jurist ist, das möchte ich dahingestellt lassen. Sicher ist aber, daß Ihre Behauptung nicht zutrifft und rechtlich untragbar ist, daß morgen die Landesregierungen und nicht die Landtage Delegationen von Befugnissen vornehmen können. Die Delegation von Befugnissen bedeutet, daß das Land eigene Befugnisse abtrotet. Das kann das Land im Sinne des Artikels 18 an die Gemeinden machen; das kann es auch machen mit eigenem Gesetz zugunsten der Handelskammern. Es braucht aber immer ein Gesetz, wenn eine Delegation vorgenommen wird.

Die beiden im Begleitbericht vorgesehenen Beispiele für Trient die "formazione professionale", für die Provinz Bozen die Massen und die Märkte, wurden delegiert aber mit eigenem Gesetz, nicht mit Beschluß der Landesregierung. Ein solcher Beschluß wäre

null und nichtig. Sicher wird es hingegen die Landesregierung sein, die auf dem Gebiet der konsultativen Funktionen der Handelskammern ohne Befragung des Landtages aktiv werden kann. Die Landesregierung hat ohne weiteres das Recht aufgrund auch dieses Gesetzes, ohne Befragung der Landtage ein Gutachten einzuholen bei den Kammern über irgendeine Materie. Die Landesregierung hat aber nie und nimmer das Recht, ohne Gesetz irgendwelche ...

Unterbrechung

DUBIS (Assessor für die Handelskammern - S.V.P.): Ich antworte auf Ihre Frage, Kollege Boato.

Die Landesregierung hat nie und nimmer das Recht und die Möglichkeit, landeseigene Befugnisse mit Verwaltungsbeschluss an die Kammern weiterzuleiten. Das ist rechtlich undenkbar.

Noch ein Wort zur Dezentralisierung. Ich habe nicht nur das Beispiel der Ladiner genannt; ich habe auch das Beispiel des Sektors Musik genannt - das ist ein Teilsektor, der in die Zuständigkeit des Landes fällt - und der in Bozen delegiert worden ist; ich habe das Beispiel des Sektors Fernsehen, Empfang ausländischer Fernsehprogramme in meiner Replik genannt - das ist auch eine Kompetenz der Provinz Bozen, die ebenfalls dezentralisiert und delegiert worden ist, aber ebenfalls mit Gesetz.

(Il collega Boato ha colto l'occasione dell'art. 1 per fare il suo terzo intervento in merito al dibattito generale, la qual cosa rientra nella prassi parlamentare

Desidero entrare brevemente nel merito di alcuni punti.

Collega Boato, è vero che ci siamo ispirati al modello austriaco, ma tale sua affermazione è vera soltanto in parte. Prima di iniziare con l'elaborazione di questo progetto di legge, abbiamo esaminato pure i modelli bavarese e svizzero, per individuare punti di riferimento validi. Nel modello austriaco abbiamo trovato alcuni punti, recepiti in questa legge. Naturalmente non abbiamo potuto evidenziare le possibilità, previste dalla Costituzione austriaca, ma da quella italiana e soprattutto dall'art. 4 dello Statuto di autonomia, che delimita chiaramente la possibilità della legislazione regionale.

In settori, nei quali la legge ci conferisce esclusivamente competenza primaria, possiamo legiferare soltanto nell'ambito della Costituzione italiana e dei principi fondamentali dell'ordinamento giuridico italiano.

Ci siamo premurati di formulare la legge in maniera tale da non violare questo quadro. A tale proposito desidero ricordare, in quanto si sta strapazzando l'argomento del carattere pubblico-giuridico dell'istituto, che quasi tutti i disegni di legge presentati a livello nazionale e quindi non solo la proposta dei democristiani Florett e Ferrari, ma anche quella dei socialdemocratici Corti e del socialista Sacconi, prevedono la natura pubblico-giuridica delle Camere di Commercio e cioè il progetto socialista afferma che "sono enti pubblici a base associativa", mentre gli altri contengono dizioni simili. Non ritengo pertanto che questo provvedimento violi i principi fondamentali

dell'ordinamento giuridico italiano, prevedendo nell'articolo 1 la natura pubblico-giuridica.

Non desidero discutere, collega Boato, su chi di noi due sia il giurista migliore. Certo è comunque che la sua affermazione non trova rispondenza ed è giuridicamente insostenibile, che un domani saranno le Giunte e non i Consigli provinciali a poter delegare competenze. La delega di competenze significa che la Provincia trasferisce ad altri enti competenze proprie e ciò può avvenire a sensi dell'art. 18 verso i comuni, la qual cosa sarà possibile pure nei confronti delle Camere di Commercio con apposita legge. Una delega avviene sempre per mezzo di una legge.

I due esempi previsti nella relazione: la formazione professionale per la Provincia di Trento, fiere e mercati per quella di Bolzano, sono competenze delegate per mezzo di una legge e non con delibera della Giunta provinciale. Una simile deliberazione sarebbe nulla. Sarà certamente la Giunta provinciale a fare uso delle funzioni consultive delle Camere, senza interpellare il Consiglio.

La Giunta provinciale ha senz'altro il diritto, anche sulla base di questa legge, di richiedere un parere a detto istituto in qualsiasi materia, senza dover sentire il Consiglio provinciale, mentre non potrà mai, senza legge...

(Interruzione)

DUBIS (Assessore per le Camere di Commercio - S.V.P.): Rispondo alla sua domanda, collega Boato.

La Giunta provinciale non ha mai il diritto e la possibilità di

trasferire con atto amministrativo proprie competenze alle Camere. E' impensabile sotto il profilo giuridico.

In merito alla decentralizzazione. Non ho citato soltanto l'esempio dei ladini; ho fatto pure presente l'esempio della musica, è un settore parziale di competenza provinciale che è stato delegato; nella mia replica ho menzionato la radiotelevisione, la ricezione dei programmi televisivi esteri, una competenza della Provincia di Bolzano, che è stata parimenti decentralizzata e delegata, ma sempre con un provvedimento legislativo.)

PRESIDENTE: Wer meldet sich noch zu Wort? Niemand. Wir stimmen über den Artikel 1 ab.

Der Artikel 1 ist mehrheitlich genehmigt.

Chi chiede ancora la parola? Nessuno. E' posto in votazione l'art.

1.

L'art. 1 è approvato a maggioranza.

Art. 2

Funzioni delle Camere

Nei limiti delle attribuzioni proprie, delegate o comunque demandate, le Camere svolgono funzioni di rappresentanza unitaria delle categorie economiche in esse operanti, assumono iniziative intese a promuovere e stimolare le attività, esercitate anche in forma cooperativa, nel campo della produzione di beni e di servizi, della distribuzione e del consumo e collaborano alla soluzione di problemi particolari o comuni alle varie categorie, in armonia con l'azione

programmatica e con le competenze dello Stato, della Regione e delle Province autonome.

Wer meldet sich zu Wort? Niemand. Wir stimmen ab.

Mit 28 Ja-Stimmen und 10 Nein-Stimmen ist der Artikel 2 genehmigt.

Chi chiede la parola? Nessuno. E' posto in votazione l'art. 2.

L'art. 2 è approvato a maggioranza con 28 voti favorevoli e 10 contrari.

Art. 3

Attribuzioni e compiti delle Camere

Le Camere esercitano le attribuzioni disciplinate dalle leggi e di regolamenti, quelle ad esse delegate dallo Stato, dalla Regione o dalle Province autonome, nonché quelle ad esse comunque demandate.

Alle funzioni delegate deve corrispondere l'attribuzione di adeguati mezzi finanziari da parte delle amministrazioni deleganti.

Nell'ambito della legislazione vigente, le Camere:

- svolgono funzioni consultive e curano l'esecuzione di direttive e di programmi settoriali e territoriali in materia economica, su richiesta delle amministrazioni dello Stato, della Regione, delle Province autonome e di altri enti locali;
- possono pronunciarsi sulle iniziative di legge delle Province autonome che implicino direttive di politica economica e sociale e di assetto del territorio;
- effettuano studi, indagini, inchieste e rilevazioni di carattere economico e sociale, di propria iniziativa, o a richiesta dello Stato,

della Regione o delle Province autonome;

- promuovono l'incremento della produzione e degli scambi, lo sviluppo tecnico, la qualificazione dei quadri e il miglioramento delle condizioni economico-sociali, anche in collaborazione con le amministrazioni pubbliche e con le organizzazioni di categoria;
- formulano osservazioni e proposte su problemi che implicano indirizzi di politica economica, finanziaria e sociale, e di assetto del territorio, relativamente alle circoscrizioni di loro competenza;
- possono pronunciarsi in merito alla elaborazione dei piani e dei programmi economici, territoriali e settoriali;
- compilano elenchi di persone che possono assumere l'ufficio di arbitri per la risoluzione delle controversie comunque deferibili a giudizio arbitrale in materia commerciale, stabilendo le modalità da osservarsi nei relativi procedimenti. A richiesta degli interessati costituiscono collegi arbitrali;
- possono costituirsi parte civile nei giudizi per frodi in commercio e per ogni altro reato attinente alle attività economiche.

La prestazione dei servizi che non rientrano nelle attribuzioni, proprie o delegate, delle Camere deve formare oggetto di apposita convenzione.

Ai fini dell'esercizio delle attribuzioni di loro competenza, le Camere possono richiedere alle pubbliche amministrazioni le notizie e i dati necessari, e mantengono, altresì, per il coordinamento delle attività promozionali, di studio, di ricerca e di rilevazione statistica, i necessari rapporti con gli altri enti pubblici operanti nei medesimi settori di competenza.

Hierzu sind folgende Änderungsanträge eingebracht worden, unterzeichnet von den Assessoren Dubis, Balzarini und Müller:

All'art. 3 sono stati presentati i seguenti emendamenti a firma degli assessori Dubis, Balzarini e Müller:

a) il 3° comma del primo periodo viene sostituito dai seguenti due:

- svolgono funzioni consultive su richiesta delle amministrazioni dello Stato, della Regione, delle Province autonome e di altri enti locali;

- curano l'esecuzione di direttive di programmi settoriali e territoriali in materia economica su richiesta delle Province autonome;

b) al 3° comma del terzo periodo vengono aggiunte le seguenti parole:

"...nelle materie delle rispettive competenze";

c) l'ultimo comma dell'art. 3 è sostituito dal seguente:

"Fermo restando quanto disposto dal D.P.R. 31 luglio 1978, n. 1017, e dalle relative leggi provinciali, le Camere possono, ai fini dell'esercizio delle attribuzioni di loro competenza, richiedere alle pubbliche amministrazioni le notizie e i dati necessari, e mantengono, altresì, per il coordinamento delle attività promozionali, di studio, di ricerca e di rilevazione statistica, i necessari rapporti con gli altri enti pubblici operanti nei medesimi settori di competenza".

Außerdem ist noch ein Änderungsantrag, unterzeichnet von Pancheri, Dubis, Mognioni, eingebracht worden, mit folgendem Wortlaut:

E' stato inoltre presentato un emendamento all'art. 3, a firma Pancheri, Dubis e Mognioni, del seguente tenore:

al terzo comma, ottavo periodo, sostituire la parola "possono" con le

parole "sono autorizzate, nei limiti previsti dall'ordinamento processuale vigente, a".

Ich glaube, in der Diskussion können wir diese Änderungsanträge, die einen Artikel betreffen, zusammenlegen. Zu Wort gemeldet hat sich Regionalassessor Dubis. Er hat das Wort.

Credo di poter unificare la discussione di questi emendamenti, che riguardano un unico articolo.

Ha chiesto la parola l'ass. Dubis. Ne ha facoltà.

DUBIS (Assessor für die Handelskammern - S.V.P.): Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, daß es meine Pflicht ist, kurz diese Abänderungsanträge zu erläutern. Ich beginne beim Artikel 3, a), also der erste Änderungsantrag: Hier wird praktisch der erste Absatz in zwei Teile geteilt. Warum? Die Möglichkeit, durch die Durchführung von Richtlinien sowie von Teil- und Gebietsprogrammen im Bereiche der Wirtschaft durchzuführen, kann sich nur auf die Zuständigkeit der Handelskammern beziehen und nicht auch auf die Zuständigkeit des Staates oder der Regionen, die auf diesem Gebiet keine Zuständigkeit haben. Also in diesem Sinne war es, um hier irgendwelche Mißverständnisse von vorneherein auszuräumen, erforderlich, diesen Absatz einfach zu trennen und die Dktion getrennt vorzunehmen.

Ähnlich steht es bei Punkt b), wo praktisch nur hinzugefügt wird zum Zwecke der Klärung auf den Sachgebieten der entsprechenden Zuständigkeiten. Denn sonst könnte dieser Punkt eventuell dahingehend interpretiert werden, daß man auch unabhängig von den

Sachgebieten der entsprechenden Zuständigkeiten von den Kammern "studi, indagini, richieste" also irgendwelche Untersuchungen verlangen könnte. Auch hier erscheint es notwendig, den Punkt entsprechend zu ergänzen, um diese Tätigkeit im Zusammenhang mit Staat, Region und Provinz jeweils auf die entsprechenden Zuständigkeitsgebiete zu beschränken.

Beim letzten Absatz des Artikels 3 ändert sich praktisch nur folgendes: es werden die Worte "unbeschadet der Bestimmungen des D.P.R. vom 31.7.1978, Nr. 1017, und der entsprechenden Landesgesetze" vorangesetzt. Warum diese Voransetzung? Auch hier eine Präzisierung: Dieses Dekret des Präsidenten der Republik ist die Durchführungsbestimmung auf dem Gebiet der Statistik und hier haben ja die beiden Provinzen ein eigenes Gesetz erlassen auf dem Gebiet der Statistik und man will hier ausdrücklich festhalten, daß durch die Verabschiedung dieses Regionalgesetzes die Kompetenzen der Provinz nicht tangiert werden, um eben nicht Gefahr zu laufen, daß man hier eine Einmischung der Region in die Landeskompetenzen herausinterpretieren könnte.

Es sind alles mehr oder weniger Präzisierungen, die erforderlich geworden sind, um eben möglichen Mißverständnissen vorzubeugen.

Was dann den bereits am 13. Mai verteilten Abänderungsantrag angeht, wo es heißt: "Al 3^o comma, 8^o periodo, sostituire le parole 'possono' con le parole 'sono autorizzate, nei limiti previsti dall'ordinamento processuale vigente, a'" das bezieht sich

auf die Möglichkeit, sich als Privatkläger in Strafprozessen zu konstituieren. Wir haben diese Diktion gewählt nach einer Rücksprache mit Vertretern des Ministeriums in Rom, welche uns empfohlen haben, die Diktion dahingehend zu ändern, daß wir auf jeden Fall die Grenzen der Strafprozeßordnung einhalten müssen und daß wir das auch positiv im Gesetz vorsehen müssen, denn die Strafprozeßordnung sieht ja gewisse subjektive und objektive Voraussetzungen vor, damit sich jemand als Privatkläger einem Strafverfahren anschließen kann. Die Möglichkeit, die hier als Zuständigkeit für die Kammer vorgesehen ist, kann natürlich nur im Rahmen der von der Strafprozeßordnung vorgesehenen Voraussetzungen erfolgen. Also auch hier eine interpretative Änderung!

Ich glaube, man kann sagen, es handelt sich im wesentlichen nur um Textverbesserungen!

(Signor Presidente, colleghe e colleghi. Credo sia mio dovere illustrare brevemente questi emendamenti. Inizio con l'articolo 3, punto a), cioè con il primo emendamento: praticamente si provvedere a scindere in due parti il primo capoverso. Per quale motivo? La possibilità di attuare direttive, programmi parziali e territoriali nell'ambito dell'economia, può riferirsi soltanto alla competenza delle Camere di commercio e non anche a quella dello Stato o delle Regioni, che non hanno competenza alcuna in questo settore.

E' stato pertanto necessario separare semplicemente questo capoverso e prevedere una dizione separata, per evitare a priori qualsiasi malinteso.

Similmente si procede con il punto b), dove si aggiungono praticamente per chiarire a quali settori rispondono le competenze, altrimenti detto punto potrebbe essere interpretato, che dalle Camere si possono pretendere studi, indagini, richieste, indipendentemente dalle competenze relative. Anche a tal proposito sembra necessario integrare questo punto per limitare la sfera di competenze in relazione allo Stato, Regione e Provincia.

All'ultimo capoverso dell'articolo 3 si modifica praticamente quanto segue: si premettono le parole: "fermo restando le norme del D.P.R. 31/7/1978, n. 1017 e delle relative leggi provinciali". Perché? Anche qui una precisazione: questo D.P.R. è una norma di attuazione nel settore della statistica, in merito al quale entrambe le Province hanno emanato un'apposita legge e si vuole quindi evidenziare che con l'approvazione di questa legge regionale non si toccano minimamente le competenze della Provincia, onde evitare la possibilità di interpretare tale norma come ingerenza della Regione in competenze provinciali.

Sono più o meno precisazioni necessarie per prevenire possibili malintesi.

Per quanto concerne l'emendamento già distribuito il 13 maggio, in cui si legge: " Al terzo comma, 8° periodo, sostituire le parole 'possono' con le parole 'sono autorizzate, nei limiti previsti dall'ordinamento processuale vigente, a'", si riferisce alla possibilità di costituirsi parte civile nei procedimenti penali. Abbiamo scelto questa dizione e dopo aver interpellato rappresentanti del rispettivo Ministero a Roma, che ci hanno raccomandato di modificare la dizione, per rispettare in ogni caso i limiti della procedura penale, prevedendo ciò anche nella legge positivamente, poiché la procedura penale prevede determinate premesse soggettive ed obiettive, onde poter costituirsi parte civile. Questa possibilità, prevista come competenza della Camera, deve essere naturalmente data nel modo previsto dalla procedura penale.

Dunque anche in questo caso una modifica interpretativa!

Credo si possa affermare, che essenzialmente trattasi di correzioni di testo).

PRESIDENTE: Wer meldet sich zu Wort? Abgeordneter Mitolo.

Chi chiede ancora la parola? La parola al cons. Mitolo.

MITOLO (MSI-DN): Signor Presidente, egregi colleghi, è proprio questo art. 3 il nodo della legge e con la definizione delle attribuzioni e dei compiti delle Camere, dà il quadro di tutto lo spirito, da cui è animata la legge e dà i dati essenziali, su cui dimostra che effettivamente il nostro dissenso, nei confronti dei presentatori, è più che giustificato.

Pregherei la cortese collega Gebert Deeg se per cortesia potesse

lasciarmi parlare, non me ne voglia signora...

GEBERT DEEG (S.V.P.): La riforma sanitaria...

MITOLO (MSI-DN): La riforma sanitaria la discuteremo in altra sede, mi pare.

E' evidente che lo spirito, con cui il legislatore ha presentato questa legge, è uno spirito che si rifà soltanto a un ordinamento settoriale, e mai come in questa occasione è evidente la diversità di concezione, che esiste fra coloro i quali chiamano corporativo un simile modo di proporre e di legiferare e fra coloro che, viceversa, sono indotti a definire esclusivamente settoriale il modo di presentare questa legge. Perché? Ma perché proprio in questo articolo si nota quella che è la grave carenza, a nostro modo di vedere, della legge stessa: la non partecipazione del settore del lavoro. Cioè questo tipo di legge riguarda esclusivamente una categoria, che è la categoria degli imprenditori, che pure è chiamata ad occuparsi di problemi, di temi, che viceversa, impongono anche la presenza e l'ascolto della voce del lavoro.

Modificando la legge del '38, riprendendo con la legge del '44 e del '46 praticamente le funzioni della Camera di Commercio, così come erano prima del ventennio, si è ritornati a uno schema che a nostro modo di vedere è uno schema riduttivo, è un modo di pensare improprio nei confronti di quella che è la situazione, che si è venuta a determinare con lo sviluppo della società. In sostanza le Camere di Commercio diventano niente più e niente meno che un organo notarile, un organo che "può" pronunciarsi sulle iniziative di legge, non ha l'obbligo di

pronunciarsi. Può pronunciarsi sulle iniziative di legge delle Province autonome, che implicino direttive di politica economica e sociale e di assetto del territorio; una pura facoltà di consulenza, non un obbligo. Poi possono pronunciarsi in merito alla elaborazione dei piani e dei programmi economici territoriali e settoriali. Da questo si deduce come il compito di questi enti, nonostante la buona volontà, nonostante le parole che si vogliono porre come un quadro, come una cornice attorno a questa iniziativa, dimostrano viceversa un compito assolutamente subordinato e ridotto di questi enti.

Anche per questi motivi, senza voler ripetere quello che ho detto in sede di discussione generale, dopo aver ascoltato anche la difesa d'ufficio dell'assessore Dubis, e proprio per queste considerazioni, noi riteniamo di non poter accettare questo disegno di legge.

E si ha un bel dire che non si vuole affossare il compito delle Camere di Commercio, ma la realtà è che si riducono a puri enti, qualche volta di consulenza, ma niente affatto importanti per quello che riguarda i compiti per cui erano stati istituiti e a cui dovranno tornare, io credo. Perché, anche quando avremo varato questa legge e l'Union Camere e il Parlamento finalmente si saranno decisi a prendere provvedimenti in materia, o le Camere di Commercio risultano un elemento propulsivo, dinamico, attivo, incentivo, che produce effettivamente nel campo della attività economica e commerciale più vasta e quindi ha bisogno della collaborazione del lavoro, o non ha senso parlare di partecipazione. Scordiamoci, per cortesia, di parlare di partecipazione, che è diventata soltanto la polvere negli occhi, che ogni tanto si getta in questo Consiglio regionale o provinciale, per farci vedere che in qualche modo ci interessiamo anche del lavoro. O altrimenti finiscono

per essere esclusivamente degli uffici, dove si fanno delle registrazioni dei contratti o si tiene il libro delle ditte e degli esercenti e dei rappresentanti di commercio, il che non significa niente.

Questa mattina l'assessore Dubis replica ai vari interventi, e per un momento ha nominato il CESP. Purtroppo il difetto di origine di questa legge - lo denota proprio questo articolo - è che viene dopo la istituzione del CESP, che vi ha tagliato l'erba sotto i piedi, vi ha portato via gran parte di quelle competenze, che potevano e dovevano essere riservate, proprio in una visione unitaria e organica, alle Camere di Commercio. Anche per questi motivi naturalmente noi votiamo contro non solo all'articolo, ma, come ho già detto, anche a tutta la legge.

PRESIDENTE: Abgeordneter Boato.

La parola al cons. Boato.

BOATO (NS-NL): Grazie, Presidente. Questo articolo è rilevante, come ha già detto chi mi ha preceduto, ed è costituito da una serie di competenze, proprie di una libera associazione di imprenditori.

Per esempio, l'esecuzione di direttive e di programmi settoriali in materia economica, su richieste delle amministrazioni dello Stato, cosa che un'associazione di imprenditori, su richiesta, fa e può fare, anche con un suo aggregato; l'incremento della produzione e degli scambi, lo sviluppo tecnico, ecc., ecc., compito proprio della Confindustria o di qualsiasi di queste associazioni; poi elenchi di persone che possono assumere l'ufficio di arbitri per la risoluzione delle controversie e parte civile nei giudizi per frodi; queste sono

competenze di una associazione di settore imprenditoriale, ma neanche di settore in senso proprio, perché non è solo un settore definito, ma è all'interno di un settore, la categoria degli imprenditori. E poi sono competenze, che sono assolutamente indelegabili a un ente di questa natura, che sono, sia pure con diverso grado, definibili, lei dice a livello di Consiglio, io dico di Giunta. Mantengo questa mia forte perplessità sul fatto delle deleghe, può darsi che una o due deleghe verranno fatte con legge, ma altre passano d'ufficio, come l'art. 18 permette, purtroppo.

Perché l'art. 18 dice: "Le Province possono delegare alcune loro funzioni amministrative ai comuni o ad altri enti locali - e questo è assimilato ad un ente locale indebitamente - o avvalersi dei loro uffici", per cui può, con delibera, avvalersi dei suoi uffici. Comunque sappiamo quante irregolarità, nei rapporti con le Camere di Commercio, sono in corso, anche a tutt'oggi, a Bolzano e a Trento.

Lascio perdere l'altro discorso, perché poi voglio rispondere anche sulla polemica sul presidente della Camera di Commercio. Ben venga la polemica, se porta anche a chiarificazioni, però voglio concludere su questo.

Pareri su iniziative di leggi di politica economica e di assetto del territorio: scusate, voi chiedete un parere al sindacato, visto che non ci sono le Camere del lavoro, e quindi lo chiedereste a tutte le associazioni di categoria? Immaginarsi se privilegiate i sindacati rispetto alla Confindustria o ad altre associazioni, all'Unione Contadini e ai corrispettivi sudtirolesi di queste organizzazioni piccole e grandi; e avreste i pareri. Poi lo chiedete all'insieme delle associazioni degli imprenditori. Ma che senso ha? Chiedete un doppio

parere e poi voi mettete su un ente, che deve darvi una cosa che già vi danno le associazioni specifiche.

Fra l'altro a Trento, ma anche a Bolzano, c'è un coordinamento degli imprenditori, che ha già questo ruolo: viene addirittura sentito, per richiesta delle sinistre, in sede di Prima Commissione Bilancio, perché ci interessa il loro parere. Quindi non c'è nessuna preclusione.

Effettuando studi, indagini, inchieste e rilevazioni di carattere economico-sociale: ma scusate, che credibilità può avere per i lavoratori dipendenti o per altre categorie di cittadini, gli insegnanti, o per la collettività, una rilevazione che viene fatta da imprenditori? Potranno essere bravi, potranno assumere bravi economisti, ma lo faranno sempre dal loro punto di vista e, se non lo fanno dal loro punto di vista, è una cosa arbitraria, perché è nella loro buona fede o buona volontà di non assumere un punto di vista.

Ma non ha senso, perché questo è un ente di imprenditori e quindi non si capisce perché debba andare contro se stesso. Perché se un'inchiesta deve dire qualche cosa che può dispiacere all'ente degli imprenditori, è l'ente pubblico che la può e la deve mettere in evidenza, non è questo ente, perché non è un ente!

Formula osservazioni e proposte su problemi che implicino indirizzi di politica economica, finanziaria, sociale: sono piene di ripetizioni queste cose, perché parlate di osservazioni e proposte sui problemi, parlate di osservazioni e proposte sui piani e quando i problemi riguardano politica economica e sociale e territoriale è la stessa cosa che dire sui piani. Cioè anche questo è un elenco, che mi sembra un po' ambiguo, nel senso che dove c'è tanto ci sta dentro anche il poco e potete pescare delle competenze da una parte e dall'altra. Ma

di fatto si ripete anche la stessa competenza qui.

In ogni modo c'è un dualismo: competenze specifiche di settore, per cui non c'è assolutamente bisogno di un ente imprenditoriale diverso, che non una associazione propria e autonoma e libera dell'imprenditoria privata, e le altre sono competenze che non si possono attribuire ad una parte della società, che vanno assunte dalla rappresentanza politica dell'intera società, e quindi di un ente territoriale elettivo diretto. Perché non potete chiedere pareri su piani, su politiche di piani, a imprenditori che hanno già la possibilità di fare i loro piani, di proporli e anche di esprimere i loro pareri, e poi glieli richiedete in questa sede.

E' ridicolo! Questa tra l'altro è la conferma che è un ente inutile. Cioè non è solo un'operazione, che diventerà certamente utile agli imprenditori, ma da un punto di vista del diritto pubblico e di quello che stiamo facendo qui dentro, è un ente inutile quello che stiamo per varare.

Ultima cosa, proprio un neo, che mostra anche le vostre intenzioni più recondite; alla fine dove dite: "ai fini dell'esercizio delle attribuzioni di loro competenza, le Camere possono richiedere alle pubbliche amministrazioni le notizie e i dati necessari, altresì il coordinamento delle attività promozionali, di studio, di ricerca, ecc.", vi dimenticate il sindacato. E' ridicolo.

Può far solo ridere il fatto che il sindacato sia inserito qui dentro come fornitore di dati, ma almeno che questi prendano i dati anche di parte sindacale! E' stata bocciata questa proposta, quindi non la ripropongo neanche in aula, perché veramente non mi interessa. Non lo dico personalmente o per ripicca, lo dico dal punto di vista politico, è

vergonnoso semplicemente e quindi è meglio che stia fuori, anche da un punto di vista della fonte, perché così appare come la fonte sia di parte, come è implicito.

Concludo con l'osservazione del presidente della Camera di Commercio di Trento. Lei, assessore, a meno che non le dispiaccia la polemica, la quale però non è la vita della politica e di tante altre cose, quando non è assurda, quando non è infondata, dovrebbe pensare se è più disonorevole portare la polemica qui - è l'unico birichino che ha sollevato una questione polemica, tra l'altro non me ne sono anche reso conto, perché io l'ho portata come una constatazione di fatto - o se non è invece più disonorevole eventualmente essere presidenti di una Camera di Commercio, essere anche direttore di un'azienda e fare, tramite la Camera di Commercio, un convegno, che porta proventi alla propria azienda. E' disonorevole che uno lo dica polemicamente in quest'aula o è invece disonorevole farlo? Mi sembra che sia farlo, ed è un disonore per la Camera di Commercio, non per il suo presidente soltanto.

PRESIDENTE: Damit sind wir am Ende der vormittägigen Sitzung angelangt. Die Sitzung am Nachmittag beginnt um 14.30 Uhr. Ich möchte die Abgeordneten bitten, pünktlich hier zu sein, weil es gleich auch die Beschlußfähigkeit braucht. Außerdem möchte ich mitteilen, daß am Schluß der heutigen Sitzung um 16.30 Uhr, wie angekündigt, die Fraktionssprecher einberufen sind zu einer Sitzung, um über die weitere Tagesordnung und die nächsten Sitzungen, solange wir eben in dieser Session noch Sitzungen abhalten wollen, zu sprechen.

Die Sitzung ist geschlossen.

Siamo giunti alla fine della seduta antimeridiana. Riprendiamo i

lavori nel pomeriggio alle ore 14.30. Vorrei raccomandare ai signori consiglieri la puntualità, per poter raggiungere subito il numero legale. Desidero inoltre comunicare che alla fine della seduta odierna, alle ore 16.30, è convocato, come annunciato, il collegio dei Capigruppo, per discutere l'ulteriore ordine del giorno e sedute, per quanto intendiamo convocarci ancora in questa sessione.

La seduta è tolta.

(Ore 12.35)

(Ore 14.50)

(Assume la Presidenza il Vicepresidente Marziani)

PRESIDENTE: La seduta riprende. E' iscritto a parlare il cons. Tomazzoni. Prego, ne ha facoltà.

TOMAZZONI (P.S.I.): Solo per intervenire brevemente su uno di questi emendamenti all'art. 3. L'emendamento difatti è uno sdoppiamento, diceva l'assessore, di quanto è già contenuto nel disegno di legge. Per la prima parte è chiaro, cioè si dice che le camere di Commercio svolgono quelle funzioni consultive, che già svolgevano nel passato le Camere di Commercio, su richiesta delle varie amministrazioni. Invece nuova è questa seconda parte del terzo comma, quella in cui si dice che le Camere di Commercio curano l'esecuzione di direttive e di programmi settoriali e territoriali in materia economica, su richiesta delle Province autonome. Mi pare che nell'elenco delle funzioni che anche l'assessore ci ha distribuito gentilmente questa mattina non rientrano esecuzioni di direttive e di programmi settoriali e territoriali in materia economica.

Io vorrei che l'assessore spiegasse, anche con esemplificazioni, cosa sono queste esecuzioni di direttive e di programmi settoriali e territoriali, quelle che praticamente noi intendiamo come deleghe che in genere la Provincia dà ai comprensori, come ente locale territoriale. Qui l'esecuzione di certi programmi di tipo territoriale la prevediamo nella legge di delega di funzioni da parte della Provincia ai comprensori, per determinate materie e per determinate competenze. Non so se intenda questo, se cioè siano parallele e completamente analoghe a queste deleghe o a questi compiti, che vengono dati per delega ai comprensori o ad altri enti locali o ai comuni, da parte della Provincia. Vorrei che l'assessore spiegasse meglio che cosa si intende o quali spazi si aprono per le Camere di Commercio per questa dizione, contenuta nel secondo comma, che sostituisce il terzo, qui presentato come emendamento, cioè "l'esecuzione di direttive e di programmi settoriali e territoriali di materia economica".

Non so se ho formulato chiaramente la domanda all'assessore, che è di due aspetti. Primo, mi pare che è una competenza nuova, rispetto a quelle che qui ci sono state fornite fra le attività che svolgevano prima le Camere di Commercio, e, anche con esemplificazione, la spiegazione di quali spazi si aprono per le Camere di Commercio con questa dizione.

PRESIDENTE: Faccio presente che la parola all'assessore chiude la discussione sugli emendamenti e sull'art. 3, perché è la seconda volta che l'assessore parla. Quindi se qualcuno ha da chiedere qualche indicazione, informazione, precisazione, è pregato di farlo subito.

La parola all'ass. Dubis per la replica. Prego.

DUBIS (Assessor für die Handelskammern - S.V.P.):

Die Debatte über die Abänderungsanträge der Regionalregierung hat praktisch eigentlich nicht stattgefunden, mit Ausnahme jetzt der Intervention des Kollegen Tomazzoni, der hier etwas Neues sehen will beim Abänderungsantrag, bei der Auseinanderlegung des ersten Absatzes, aber ich komme dann noch darauf zurück.

Zu den Interventionen, die direkt den Artikel 3 betreffen, möchte ich in erster Linie auf die Äußerungen des Kollegen Mitolo eingehen, die zum Teil sicherlich nicht unberechtigt sind, und zwar in dem Augenblick nicht unberechtigt sind, wo er sagt, daß es sich ja in der Substanz hier im Artikel 3 in den meisten Fällen um Kann-Bestimmungen handelt. Also die Handelskammern können etwas tun, aber es sind nicht Muß-Bestimmungen. In diesem Zusammenhang darf ich daran erinnern, daß bei unseren präliminären Aussprachen mit den einzelnen Wirtschaftskategorien eigentlich sämtliche Wirtschaftskategorien den Wunsch geäußert haben, daß im Zusammenhang mit bestimmten Gesetzen ein notwendiges Gutachten von seiten der Handelskammer vorgesehen wird also ein "parens obbligatorio", wie es das Gesetz in anderen Fällen vorsieht. Es stimmt auch darüberhinaus, Kollege Mitolo, daß in sämtlichen Gesetzentwürfen, die auf staatlicher Ebene eingebracht worden sind, die Rede von einem notwendigen Gutachten ist also daß die Handelskammern angehört werden müssen vom nationalen Gesetzgeber,

wenn es um bestimmte Materien geht. Wir konnten nach längerer Vertiefung dieses Problems dem Antrag der Kammern nicht stattgeben und dem Antrag der Wirtschaftskategorien in diesem Zusammenhang nicht stattgeben, weil sich hier eine rechtliche Konfliktsituation herauschälen würde zwischen dem Zuständigkeitsbereich der Region und dem Zuständigkeitsbereich der Provinz, denn ...

Es wäre für mich leichter, mich zu äußern, wenn etwas mehr Ruhe im Saal wäre!

... denn die Sachgebiete, zu denen sich die Handelskammern äußern, sind zum Großteil Sachgebiete, die in den Kompetenzbereich der Provinz fallen. Wenn wir also als Region hergehen würden und vorsehen würden, daß die Provinz auf diesen Sachgebieten obligatorisch ein Gutachten von seiten der Handelskammern einholen muß, dann würden wir den Kompetenzbereich der Provinz tangieren. Deshalb mußten wir unter Berücksichtigung dieser juristischen Überlegungen die Muß-Bestimmung, wie sie ursprünglich vorgesehen war, in eine Kann-Bestimmung umwandeln. Wir hoffen aber, wertere Kolleginnen und Kollegen, daß die Provinz von dieser Möglichkeit Gebrauch machen wird, in den im Artikel 3 angeführten Sachgebieten die Kammern an-gesetzlich zuhören und in diesem Falle sind dann die Kammern/verpflichtet, auch ein Gutachten abzugeben. Zumal jedoch die Muß-Bestimmung nicht vorgesehen werden kann, haben wir gleichzeitig vorgesehen, daß auch in jenen Fällen, wo sich die Provinz oder der Staat nicht an die Kammern wenden, um ein entsprechendes Gutachten

einzuholen, die Kammern selbst aktiv werden können und ihre Meinung im Zusammenhang mit den jeweiligen Gesetzesvorlagen deponieren können. Deshalb diese Zweigliederung. Einmal kann die Provinz die Kammer verpflichten, aber ein zweites Mal kann auch die Kammer von sich aus aktiv werden. In diesem Sinne möchte ich auch meine Äußerung von heute vormittag verstanden haben, wo ich behauptet habe, daß die Effizienz der Kammern weitgehend davon abhängig sein wird, inwieweit die Unternehmer, die in den Kammern vertreten sind, wirklich aktiv werden. Denn wenn sie ein einheitliches Sprachrohr der gesamten Wirtschaftsverbände werden, wenn sie aktiv sein werden, dann, glaube ich, haben sie doch auch ein bestimmtes Gewicht in dem Augenblick, wo es nicht möglich ist, obligatorische Gutachten hier vorzusehen.

Nun zum Kollegen Boato - ich werde nicht noch einmal wiederholen, was ich schon vorher gesagt habe - möchte ich nur/ein^{auf} Punkt eingehen, wo Kollege Boato davon spricht, daß eigentlich durch dieses Gesetz die gesamte Vorgangsweise beim Einholen der Gutachten verkompliziert wird, denn zum Ersten hört die Landesregierung oder ein Gesetzeseinbringer die Gewerkschaften an auf der einen Seite, zum anderen hört er die einzelnen Wirtschaftsverbände an und jetzt käme zusätzlich zum Anhören dieser Wirtschaftsverbände noch das Anhören, das Einholen eines Gutachtens von seiten der Kammer. Das ist nicht Sinn und Zweck dieser Gesetzesvorlage; das ist auch nicht Sinn und Zweck des Artikels 3, sondern vielmehr wäre Sinn und Zweck des Artikels 3 derjenige, zu erreichen, daß die einzelnen Wirtschaftsverbände, die hier und

heute bisher getrennt, einmal die Bauern, einmal die Kaufleute, einmal die Handwerker, alle getrennt, ihre Gutachten im Zusammenhang mit bestimmten Gesetzen deponiert haben bei der Landesregierung, ganz gleich ob sie befragt wurden oder nicht, hier sollte erreicht werden, daß diese einzelnen Verbände im Rahmen der Kammerorgane sich nach Möglichkeit zu einer einheitlichen Meinung durchringen und diese Meinung als Meinung der gesamten Unternehmerschaft dann der jeweiligen Landesregierung kundtun. Also gedacht und gewollt ist nicht eine Verkomplizierung der Situation, sondern eine Vereinheitlichung und somit auch eine Vereinfachung dieser Vorgangsweise bei der Erstellung der einzelnen Gutachten.

Im Zusammenhang mit der Fragestellung des Kollegen Tomazzoni möchte ich noch bemerken: Der Abänderungsantrag ist im Verhältnis zum ursprünglichen Text nichts Neues, denn die zitierten Worten: "curano l'esecuzione ..."

Unterbrechung:

DUBLE (Assessor für die Handelskammern - S.V.F.): Im Zusammenhang mit den früheren Zuständigkeiten der Handelskammern möchte ich sagen, daß dieser Begriff wesentlich sehr allgemein gehalten worden ist und sehr allgemein definiert worden ist, weil auch er zu denjenigen Begriffen gehört, die in jenem Kreis der Möglichkeiten der Delegation bzw. der Durchführung von Aufgaben von seiten der Provinz ist. Man könnte hier als Beispiel nennen: das was in Trient gut oder schlecht gemacht worden ist, und zwar die Erhebung des

Wohnbedarfes. Man könnte hier irgendwelche andere Beispiele auf dem Gebiet der Wirtschaftsprogrammierung und die Wirtschaftsprogrammierung ist ja sehr eng verbunden auch mit der Raumordnung - anführen. Auf jeden Fall läßt diese Formulierung hier weite Möglichkeiten offen. Es könnte sich morgen beispielsweise die Notwendigkeit einer Untersuchung oder einer Intervention auf dem Gebiet der Industrie unter Berufung auf die Steuerung der Industrie in den einzelnen Provinzen oder auf dem Gebiet des Handwerks oder auf dem Gebiet des Handels ergeben, daß gewisse Pläne durchgezogen werden müssen und hier ist eben die Möglichkeit konkret vorgesehen, daß die beiden autonomen Provinzen von Dozen und Trient für die Durchführung von Programmen und Untersuchungen auch die Mitarbeit der Handelskammern beanspruchen können. Das war in der Vergangenheit teilweise auch schon so, soll aber für die Zukunft positiv in Form einer gesetzlichen Norm festgehalten werden.

(Il dibattito sugli emendamenti della Giunta regionale non ha avuto praticamente luogo, eccezion fatta per l'intervento del collega Tomazzoni, che vuol vedere qualche cosa di diverso nella scissione del primo capoverso, ma ritornerò ancora sull'argomento.

Per quanto riguarda gli interventi sull'articolo 3 di per sè, desidero innanzitutto entrare nel merito delle affermazioni del collega Mitolo, che non sono parzialmente ingiustificate, trattandosi in sostanza, come egli afferma, nella maggior parte dei casi, di norme facoltative. Dunque le Camere di Commercio possono, ma non devono operare. A tal proposito mi permetto di ricordare che nei nostri colloqui preliminari con le singole categorie economiche, tutte hanno espresso il desiderio, che in relazione a determinate leggi è stata prevista la necessità di un parere da parte della Camera di Commercio, per cui si tratta di un parere obbligatorio, come è previsto dalla legge anche per altri casi.

E' vero, collega Mitolo, che in tutti i disegni di legge, presentati a livello nazionale, si parla di un parere, nel senso che è obbligatorio sentire le Camere, nel caso di tratta di determinate materie. Dopo aver esaminato dettagliatamente il problema, non abbiamo potuto accettare a tal proposito le proposte delle Camere e delle varie categorie economiche, venendosi diversamente a creare un conflitto giuridico tra competenze regionali e provinciali...

Riuscirei ad esprimermi meglio, se in aula vi fosse un po' di silenzio!

... poiché i settori, in merito ai quali le Camere si pronunciano, riguardano per la maggior parte funzioni provinciali. Prevedendo quindi un parere obbligatorio in materia di competenza provinciale, si

invaderebbero le funzioni della Provincia e per queste considerazioni di carattere giuridico abbiamo dovuto trasformare l'originaria norma obbligatoria in norma facoltativa. Speriamo, colleghe e colleghi, che la Provincia faccia uso di tale possibilità di sentire la Camera di Commercio nei settori indicati all'art. 3 ed in questo caso le Camere sono per legge obbligate ad esprimere un parere.

Siccome non è possibile prevedere questa norma obbligatoria, abbiamo dato alle Camere di Commercio l'opportunità di depositare un parere per disegni di legge, nei cui settori la Provincia o lo Stato non si rivolgono alle Camere in parola.

Per questo motivo abbiamo previsto la scissione.

Così la Provincia può obbligare le Camere e queste a loro volta possono farsi parte diligente e depositare un parere.

In questo senso va compresa la mia affermazione di questa mattina, che l'efficienza delle Camere dipenderà dalla volontà degli imprenditori, rappresentati in seno alle Camere, di operare.

Essendo portavoce unitario di tutte le associazioni economiche, viene loro attribuito, se desiderano, un certo peso, nel momento in cui il parere non è obbligatorio.

Vengo ora al collega Boato; non ribadirò quanto già detto, ma desidero entrare nel merito di un solo punto, in cui egli ha fatto presente che la procedura prevista per i pareri è complicata, poiché la Giunta provinciale o il presentatore della legge sente in primo luogo i sindacati, poi le varie associazioni economiche ed infine deve richiedere il parere della Camera di Commercio.

Questo non è lo scopo del disegno di legge e l'art. 3 non si prefigge tanto, ma di evitare, come si è proceduto finora, di sentire

separatamente gli agricoltori, i commercianti, gli artigiani, che hanno sempre depositato, nel caso di determinati disegni di legge, il proprio parere autonomamente; con questa norma si desidera che le singole associazioni esprimano, nell'ambito camerale, possibilmente un parere unitario, come opinione di tutti gli operatori, rendendolo poi noto alla rispettiva Giunta provinciale. Non si intende pertanto complicare la situazione, ma unificare e pertanto semplificare la procedura nell'approntamento dei pareri.

Collegandomi alla domanda del collega Tomazzoni, desidero osservare: rispetto al testo originario, l'emendamento non contiene nulla di nuovo, poiché le parole citate: "curano l'esecuzione..."

(Interruzione)

DUBIS (Assessore per le Camere di Commercio - S.V.P.): In relazione alle competenze precedenti delle Camere desidero dire che questo concetto è stato volutamente generalizzato ed anche la sua definizione è stata tenuta al generico, rientrando nelle possibilità della delega, ossia attuazione di funzioni da parte della Provincia. Come esempio, si potrebbe citare Trento, dove è stato rilevato il fabbisogno qualitativo. Si potrebbe indicare altri esempi nel settore della programmazione economica, che si trova in stretta connessione con quella urbanistica. Comunque questa formulazione lascia spazio a molte possibilità.

Un domani potrebbero presentarsi necessità di un esame o di un intervento nel settore industriale, con particolare richiamo

all'orientamento da dare all'industria delle Province e ciò vale anche per l'artigianato o il commercio; in sostanza si potrebbe presentare la necessità di attuare determinate parificazioni e tale norma offre alle Province autonome di Bolzano e Trento la possibilità di servirsi anche delle Camere di Commercio per attuare programmi e svolgere indagini.

Anche in passato si è avuta parzialmente simile collaborazione, ma ora la si intende prevedere positivamente in una norma di legge.)

PRESIDENTE: Sono in votazione i singoli emendamenti.

Cominciamo dall'emendamento presentato dalla Giunta, a firma Dubis, Balzarini e Müller, che dice: al terzo comma, il primo periodo viene sostituito dai seguenti due:

- svolgono funzioni consultive, su richiesta delle amministrazioni dello Stato, della Regione, delle Province autonome e di altri enti locali;
- curano l'esecuzione di direttive e di programmi settoriali e territoriali in materia economica, su richiesta delle Province autonome;"

Lo metto in votazione. E' approvato a maggioranza con 12 voti contrari.

Secondo emendamento all'art. 3: al terzo comma, al terzo periodo, vengono aggiunte le seguenti parole: "...nelle materie delle rispettive competenze".

E' in votazione. E' approvato a maggioranza con 12 voti contrari.

Il terzo emendamento che viene posto in votazione è quello a firma Pancheri, Dubis, Molignoni, che dice: al terzo comma, ottavo periodo, sostituire la parola "possono" con le parole "sono autorizzate, nei

limiti previsti dall'ordinamento processuale vigente, a...".

E' in votazione.

E' approvato a maggioranza.

E' in votazione, sempre all'art. 3, l'emendamento a firma Dubis, Balzarini, Müller, che dice:

L'ultimo comma dell'art. 3 viene sostituito dal seguente:

"Fermo restando quanto disposto dal D.P.R. 31 luglio 1978, n. 1017, e dalle relative leggi provinciali, le Camere possono, ai fini dell'esercizio delle attribuzioni di loro competenza, richiedere alle pubbliche amministrazioni le notizie e i dati necessari, e mantengono, altresì, per il coordinamento delle attività promozionali, di studio, di ricerca e di rilevazione statistica, i necessari rapporti con gli altri enti pubblici operanti nei medesimi settori di competenza".

E' approvato a maggioranza.

E' in votazione l'art. 3 nel suo complesso.

E' approvato a maggioranza.

Art. 4

Aziende, società, gestioni, servizi speciali camerale

Le Camere, secondo le attribuzioni ad esse conferite, possono, mediante deliberazione del Consiglio camerale, istituire ed esercitare aziende, gestioni o servizi speciali nell'interesse dell'economia della Provincia.

Possono inoltre, entro i predetti limiti, partecipare a società, aziende, gestioni o servizi speciali istituiti o esercitati da enti

pubblici o da altri enti che perseguano finalità di pubblico interesse, nonché a consorzi e associazioni aventi analoghe finalità. Alle Camere è vietato in ogni caso assumere in tali partecipazioni impegni finanziari a carattere illimitato.

E' aperta la discussione sull'art. 4. La parola al cons. Panza.

PANZA (P.C.I.): Semplicemente per un chiarimento. Vorrei capire che cosa significa l'ultimo comma di questo articolo, quando dice che le Camere, per queste partecipazioni, non possono assumere impegni a carattere illimitato.

Mi pare, almeno se conosco l'italiano, che dire questo è come dire niente, nel senso che "il carattere illimitato" ritengo si riferisca ai limiti temporali, messo così non ha alcun senso.

Io posso capire che si dica non più di tanto, ma dire a carattere illimitato è un impegno temporale, può essere anche cento anni, duecento anni.

Quindi vorrei che l'assessore mi spiegasse cosa significa questo limite.

PRESIDENTE: Chi chiede la parola? La parola alla Giunta.

DUBIS (Assessor für die Handelskammern - S.V.P.): Herr Kollege Panza, wir haben den letzten Satz des Artikels 4 nicht auf die Dauer einer bestimmten Verbindlichkeit, wie sie im Artikel 4 selbst vorgesehen ist, verstanden, sondern im Zusammenhang mit der Höhe. Es wäre also im Sinne dieses Artikels 4 nicht zulässig, daß die Kammer eine Verpflichtung eingeht, die in Prozenten ausgedrückt wird im Zusammenhang mit einer bestimmten Gesellschaft. Also die Kammer verpflichtet sich, 30 % des Aktienkapitals dieser Gesellschaft zu erwerben auch im Falle, daß dann das Gesellschaftskapital aufgestockt würde. Die Grenze, die von vorneherein im Zusammenhang mit diesen 30 % festgelegt ist, würde dann überschritten. Also die Kammer ist nur ermächtigt, fallweise ...

Unterbrechung

DUBIS (Assessor für die Handelskammern - S.V.P.): Ja, auch 99 %. Es kann 1 % sein oder 99 %, wichtig ist, daß von vorneherein der Betrag festliegt und daß der Betrag nicht durch eine Kapitalerhöhung zu einem späteren Zeitpunkt automatisch erhöht wird. Also die Kammer kann kraft dieser Bestimmung nicht eine Verpflichtung eingehen, die nicht von vorneherein quantitativ abgegrenzt ist. Deshalb der Ausdruck "illimitato".

(Collega Panza, l'ultima frase dell'art. 4 non è da intendersi come un vincolo duraturo, come previsto dall'art. 4, ma soltanto in rapporto all'entità. A sensi dell'art 4 non è concesso alla Camera di assumere un impegno espresso in percentuale in relazione ad una determinata società. La Camera quindi si impegna ad assumere il 30% del capitale sociale, anche se tale capitale venisse aumentato. Il limite, stabilito a priori con questo 30%, sarebbe superato.

La Camera quindi è soltanto autorizzata...

(Interuzione)

DUBIS (Assessore per le Camere di Commercio - S.V.P.): Sì, anche il 99%; può essere l'1% come il 99%, ma importante è che l'importo sia fissato a priori, senza che venga aumentato automaticamente con un futuro aumento del capitale sociale. La Camera, a sensi di questa norma, non può assumere un impegno, senza un limite quantitativo, fissato a priori.

Questo motiva l'espressione "illimitato".)

PRESIDENTE: Nessun altro chiede la parola?

E' in votazione l'art. 4.

E' approvato a maggioranza.

Art. 5

Organi delle Camere

Sono organi della Camera:

- 1) il Consiglio;
- 2) la Giunta;
- 3) il Presidente;
- 4) il collegio dei revisori dei conti.

E' aperta la discussione sull'art. 5. Nessuno chiede la parola.

E' in votazione l'art. 5.

E' approvato a maggioranza.

Art. 6

Composizione e durata in carica del Consiglio camerale

Il numero dei componenti del Consiglio è fissato in 45, di cui quattro quinti in rappresentanza degli imprenditori, ivi compresi i lavoratori autonomi, e un quinto in rappresentanza dei liberi professionisti.

Il Consiglio dura in carica cinque anni.

E' stato presentato un emendamento a firma Tomazzoni, Micheli, che recita:

Il primo comma dell'art. 6 è così sostituito:

"Il numero dei componenti del Consiglio è fissato in quarantanove (49). Quattro quinti di quarantacinque membri sono in rappresentanza degli imprenditori, ivi compresi i lavoratori autonomi, e un quinto in rappresentanza dei liberi professionisti; gli altri quattro membri sono in rappresentanza dei consumatori".

E' aperta la discussione sull'emendamento presentato dai consiglieri Tomazzoni e Micheli.

La parola al cons. Tomazzoni, per l'illustrazione.

TOMAZZONI: Brevemente, perché non credo occorra illustrarlo a lungo, in quanto ho già parlato del significato di questo emendamento, che non vuol dire che si vuole snaturare l'ente camerale, che non si vuole affatto introdurre un elemento tale che disturbi la composizione e che possa in un certo modo anche determinare orientamenti diversi da quelli che sono gli interessi specifici delle categorie rappresentate. Ma siccome si parla nei vari articoli, ma in modo particolare nell'art. 3 e anche nella relazione, dei compiti delle Camere di Commercio, e tra questi anche del miglioramento delle condizioni economiche e sociali, si formulano osservazioni e proposte su problemi che implicino indirizzi di politica economica, finanziaria e sociale e di assetto del territorio e si discute di determinazione dei prezzi, indagini e statistiche sulla formazione dei prezzi, tutti temi che interessano tutti i consumatori, e in modo particolare quelle associazioni, che in un certo modo tentano di rappresentare questi interessi dei consumatori, noi riteniamo che sia importante la presenza anche di queste figure, almeno per la conoscenza di quali politiche si vanno ad adottare e per avere dati ed elementi a disposizione per poter informare i consumatori e per poter orientare poi una politica dei consumi, secondo quelli che sono gli statuti delle singole associazioni dei consumatori.

Questo è il significato dell'emendamento, penso che non ci sia nessun stravolgimento, come diceva l'assessore, della natura dell'ente camerale.

PRESIDENTE: Altri che chiede la parola sull'emendamento Tomazzoni?

La parola all'assessore Dubis.

DUBIS (Assessore alle Camere di Commercio - S.V.P.): Meritorisch habe ich bereits heute vormittag...

(Nel merito sono già entrato questa mattina...)

PRESIDENTE: La parola al cons. Panza.

PANZA (P.C.I.): Non è che l'emendamento dei compagni socialisti ci convinca in modo particolare, perché noi avremmo visto meglio le Camere di Commercio come una emanazione degli imprenditori e quindi anche i consumatori non ci sarebbero stati bene.

Ma, considerato che la Giunta intende dare un'impostazione diversa, trasformarle in enti locali, sia pure non territoriali, che ci include anche i liberi professionisti, che vorrei sapere che cosa c'entrano con una struttura che dovrebbe essere al servizio degli imprenditori, a questo punto penso che vadano bene anche i consumatori e quindi votiamo anche per i consumatori.

PRESIDENTE: C'è qualcun altro che vuole intervenire sull'emendamento?

La parola alla Giunta.

DUBIS (Assessor für die Handelskammer - S.V.P.): Meritorisch habe ich zu diesem Abänderungsantrag bereits heute vormittag Stellung genommen. Ich bin nicht glücklich über einen solchen Abänderungsantrag und brauche die Gründe nicht neuerdings zu wiederholen. Ich möchte aber noch auf einen Umstand aufmerksam machen. Ich weiß nicht, wie die Dinge in der Provinz Trient liegen, ich weiß aber, daß in Bozen es kaum Körperschaften oder Verbände gibt, die effektiv die Verbraucher in angemessener Weise vertreten. Sollte also der Abänderungsantrag Tomazzoni durchgehen, dann muß ich mir vorbehalten, am Ende eine Übergangsbestimmung für eine zwischenzeitliche Lösung wenigstens in der Provinz Bozen hinzuzufügen.

(Nel merito di questo emendamento sono già intervenuto questa mattina. Non sono felice per questa modifica e ritengo superfluo ribadire i motivi. Desidero tuttavia richiamare l'attenzione su una circostanza.

Non conosco la situazione della Provincia di Trento, ma sono sicuro che in quella di Bolzano non esistono enti o associazioni che rappresentino adeguatamente i consumatori. Qualora l'emendamento Tomazzoni dovesse avere successo, mi devo riservare di inserire alla fine una norma transitoria per una soluzione temporanea, almeno per quanto concerne la Provincia di Bolzano.)

PRESIDENTE: Siamo sempre in discussione dell'emendamento, chiedo se ci

sono altri che vogliono intervenire. No, la parola al cons. Tomazzoni per la replica.

TOMAZZONI (P.S.I.): Per dire all'assessore che a Bolzano c'è un'associazione e riceve anche finanziamenti dalla Provincia, su una legge provinciale. E' un'associazione interetnica, e quindi, proprio per questo, non collegata con le associazioni a livello nazionale, ma è un'associazione a livello locale, quindi ha un suo specifico locale, proprio per la sua composizione.

Mentre le due di Trento sono collegate con associazioni a livello nazionale e quelle nazionali, almeno una, a livello internazionale, cioè a livello C.E.E.

Quindi è un'associazione, quella di Trento, che ha indirettamente, attraverso un'associazione nazionale, una rappresentatività riconosciuta a livello di Comunità Economica Europea. A livello di Comunità Economica Europea è stata emanata anche una direttiva, per quanto riguarda le associazioni dei consumatori, con una specie di carta dei diritti dei consumatori, che credo l'assessore dovrebbe conoscere, e tra questi diritti dei consumatori c'è anche la richiesta, emanata dal Consiglio dei ministri della C.E.E., di una rappresentanza delle associazioni dei consumatori a tutti i livelli, dove si prendono decisioni che possano riguardare una politica dei consumi o gli interessi specifici dei consumatori, che vanno non solo in ordine ai prezzi, ma in ordine alla salute, alla possibilità di godimento dell'ambiente, del territorio, alla possibilità di tutela sul piano giuridico dei consumatori stessi.

Quindi c'è un'organizzazione internazionale - e altri paesi come Francia, Inghilterra, Germania, hanno queste associazioni riconosciute e

addirittura riconosciute a livello governativo, in quanto in Inghilterra c'è un sottosegretariato, in Francia c'è un ministro per la politica dei consumatori, che è stato recentemente anche in Italia e ha tenuto un dibattito un paio di mesi fa proprio su queste tematiche - ma qui da noi siamo ancora in arretrato per forza rappresentativa su questa Regione, perché non sono state sostenute dall'ente pubblico queste associazioni!

Ma questo è uno dei passi perché abbiano una maggiore forza, in quanto la loro forza non deve essere di tipo sloganistico, ma deve essere fondata su documentazioni, sulla possibilità di conoscenze e sulla possibilità di presenza negli enti, ove si prendono decisioni, si fanno proposte o si eseguono delle direttive.

Quindi non è che non ci siano, si tratta di rafforzarne il significato, il valore e la funzione.

Io credo che è interesse pubblico, è interesse di chi rappresenta la collettività rafforzare queste associazioni in questo ambito di pluralismo nella conduzione della cosa pubblica, visto che le categorie più forti sono quelle che si organizzano e le categorie più deboli invece non hanno nessuna possibilità di esprimere collettivamente, cioè in modo generale, le loro posizioni, se non attraverso le espressioni individuali, dei singoli, che però contano per quello che contano.

A tutela quindi dei cittadini, a tutela dei consumatori, e in modo particolare della parte più debole dei consumatori, è opportuno che queste associazioni vengano rafforzate e che le loro rappresentanze abbiano anche titolo ad essere informate e a conoscere cosa avviene in quest'altra parte del mondo, che è quella della produzione.

Questo è il significato della proposta, che non ha alcun valore sovversivo o di cambiare la legge. La legge rimane quella che è e anche

il nostro giudizio sulla legge evidentemente rimane quello che è, però sarebbe un minimo di miglioramento della legge stessa.

PRESIDENTE: E' in votazione l'emendamento al primo comma dell'art. 6: è respinto a maggioranza.

E' in votazione l'art. 6 nel suo complesso. E' approvato a maggioranza.

BOATO (NS-NL): (interrompe)

PRESIDENTE: Non ha chiesto la verifica del numero legale, abbia pazienza, consigliere. Penso che possiate consentire alla Presidenza di giudicare anche da un punto di vista quantitativo, senza fare una conta numerica, una volta che non è richiesto il numero legale!

BOATO (NS-NL): No.

PRESIDENTE: Tra l'altro risulta a verbale qual è la maggioranza e qual è la minoranza.

BOATO (NS-NL): Molti non hanno votato e penso che i voti favorevoli fossero sì e no pari a quelli contrari.

PRESIDENTE: Non è stata chiesta la verifica del numero legale, quindi andiamo avanti.

Art. 7

Disposizioni per la nomina dei membri del Consiglio camerale

Alle designazioni per la nomina dei membri del Consiglio del numero e nella ripartizione previsti dal precedente articolo, provvedono, a richiesta della giunta regionale e nel termine dalla stessa fissato, le associazioni di categoria maggiormente rappresentative nell'ambito della provincia, nonché gli ordini professionali.

La Giunta regionale, con propria deliberazione da comunicarsi alle Giunte camerali, determina gli specifici settori economici e le categorie professionali da considerarsi ai fini della richiesta di designazione.

Alla nomina dei membri del Consiglio provvede la Giunta regionale con propria deliberazione.

All'art. 7 è stato presentato un emendamento a firma Tomazzoni e Micheli, che dice:

dopo le parole "maggiormente rappresentative nell'ambito della provincia", togliere quanto segue e sostituirlo con:

"gli ordini professionali, nonché le associazioni dei consumatori maggiormente rappresentative nell'ambito della provincia".

Penso di poter ritenere che questo emendamento decada, dal momento che non è stato approvato l'emendamento al primo comma dell'art. 6.

Quindi è in discussione l'art. 7. La parola al cons. Panza.

PANZA (P.C.I.): Io vorrei tornare su questo argomento, che per ovvie ragioni avevo dovuto lasciar cadere in sede di discussione generale, dopo la replica dell'assessore Dubis, per riproporre l'argomento, che avevo posto in sede di discussione generale.

Io devo dire che, a mio avviso, rispetto a precedenti comportamenti della Giunta, resta aperta una contraddizione dell'impostazione dei problemi e mi dà quasi la sensazione che, a seconda che si tratti di lavoratori o di imprenditori, si vogliono usare due pesi o due misure nei modi di rapportarsi dell'ente politico, del Consiglio o della Giunta, quasi che essi fossero categorie mature, che possono chiedere per conto proprio e categorie immature, per le quali deve decidere la Giunta o il Consiglio, attraverso una norma di legge.

Questa mattina io avevo chiarito che, in occasione di una precedente legge che riguardava le Camere di commercio, si trattava allora non di designare rappresentanti sindacali nella Giunta, ma i rappresentanti nella istanza sindacale presente nelle Camere di Commercio, la Giunta e l'assessore Dubis avevano proposto in legge che questo avvenisse attraverso l'elezione diretta, quindi elezione e non designazione!

Quindi alle associazioni dei lavoratori non veniva riconosciuto il diritto di designare i propri rappresentanti per tutelare gli interessi dei lavoratori. Qui oggi siamo in presenza di una proposta opposta, che è quella di dire che i rappresentanti delle categorie imprenditoriali nel Consiglio della Camera di Commercio vengono designati dalle associazioni degli imprenditori.

Mi pare che gli argomenti portati questa mattina dall'assessore Dubis fossero sostanzialmente questi. Lui cercava di dimostrare che, se

oggi c'era contraddizione nel suo comportamento, c'era nel nostro comportamento, rispetto a quello dell'anno scorso, altrettanta contraddizione in noi, perché non tutti i lavoratori erano iscritti alle organizzazioni sindacali ed esisteva un sindacato autonomo dei dipendenti della Camera di Commercio.

Credo che nessuno di noi avesse mai sostenuto che bisognava non tenere conto che dei lavoratori non erano associati nei sindacati. Il fatto poi che ci fossero dei lavoratori non iscritti a questa o a quella organizzazione sindacale, vorrei che mi si spiegasse che differenza fa, rispetto al fatto che certamente non tutti gli imprenditori sono iscritti all'associazione industriali, all'associazione commercianti, all'associazione artigiani. Di questi non ce ne facciamo carico?

Cioè nei confronti degli imprenditori noi riconosciamo alle associazioni il diritto di rappresentatività totale delle categorie, quando non lo avevamo riconosciuto ai lavoratori.

Ora sicuramente, a mio avviso, è cosa diversa il sostenere che addirittura non tanto per la espressione di una rappresentanza diretta, preposta alla tutela dei compiti specifici, che riguardano il settore e la categoria - e mi pare che in proposito sarebbe molto più sostenibile che un incentivo dell'ente pubblico dovrebbe essere quello di sforzare ciascuno ad organizzarsi nella associazione in cui crede, ma comunque ad organizzarsi, poiché l'ente pubblico deve rapportarsi necessariamente a una società organizzata - ma quando noi attribuiamo, perché questo dice la legge, compiti che vanno al di là della tutela degli interessi specifici delle categorie economiche alle quali si riferisce, credo sia molto meno corretto fare esclusivamente riferimento alle categorie economiche, così come esse sono organizzate, senza tenere conto che

esistono anche forze economiche, che non si riconoscono e che non si organizzano in queste categorie.

Quindi mi pare che, se c'era contraddizione, per modo di dire, nella nostra posizione di allora, rispetto a quella di oggi, è senza dubbio una contraddizione molto più limitata di quella che io riscontro oggi nel comportamento della Giunta. E mi pare che sostenere che si dovrebbe comunque, in presenza dell'organizzazione della struttura di direzione delle Camere di Commercio, che non rappresenterà soltanto gli imprenditori organizzati, riconoscere il diritto di partecipazione anche a chi non si riconosce nelle attuali organizzazioni dei datori di lavoro, in questo caso, o degli imprenditori, mi pare sia una proposta corretta.

Ma il discorso non è limitato a questo.

Io questa mattina avevo posto un'altra questione ancora e non mi sembra che la legge, così come è formulata, dia sufficienti garanzie. Noi parliamo oggi di designazione - e questa sarà la dizione che verrà fuori, perché è questa la dizione che sostiene la Giunta, mi pare che il voto non modificherà sicuramente le cose - parliamo di riconoscere la rappresentatività alle associazioni più rappresentative degli imprenditori.

Ecco, io credo che anche qui noi corriamo il rischio di fatto di delegare alla Giunta la interpretazione di quali sono le associazioni più rappresentative, perché potremmo dire che a questo punto sono associazioni rappresentative la associazione degli industriali, la associazione degli artigiani e la associazione dei commercianti, e associazioni pur rappresentative, ma associazioni di minoranza, potrebbero non essere prese in considerazione. Per capirci, in provincia

di Bolzano, là Confederazione nazionale artigianato, e in provincia di Trento, la Confcoltivatori potrebbero venire escluse dagli organismi della Camera di Commercio, a discrezione della Giunta, perché sarebbe la Giunta che è abilitata a definire quali sono o quali non sono le associazioni rappresentative.

Quindi il problema non è soltanto quello della esclusione delle aziende non organizzate, ma anche di quelle eventualmente organizzate in associazioni di minoranza.

Vorrei che la Giunta mi dicesse come intende risolvere il problema, se intende modificare la legge, ma comunque quali garanzie intende darci in questa direzione.

(Assume la Presidenza il Presidente Achmüller)

PRESIDENTE: Wer meldet sich zu Wort? Regionalassessor Dubis.

La parola all'assessore Dubis.

DUBIS (Assessor für die Handelskammern - S.V.P.): Das angeschnittene Thema im Zusammenhang mit dem Art. 7 ist sicherlich eines der interessantesten Themen dieses Gesetzentwurfes und auch eine die Frage, in der vorbereitenden Phase sehr viel Zeit in Anspruch genommen hat. Es haben sich auch einige Redner in der Generaldebatte hierzu zu Wort gemeldet, unter anderen Avancini und Zanghellini, die meines Erachtens den Sinn dieser gesamten Bestimmungen und auch des Artikels 7 richtig interpretiert haben und denen ich für die ermunternden Worte meine Anerkennung und meinen persönlichen Dank aussprechen möchte, weil eben nicht nur gegen das Gesetz gewettert wurde im Rahmen der Generaldebatte, sondern doch auch gewisse wichtige politische Kräfte ihre Zustimmung gegeben haben, obwohl sie nicht hier im Ausschuß der Region vertreten sind.

Zum Problem, das nun Abgeordneter Panza neuerdings aufgeworfen hat, möchte ich nicht wiederholen, was ich bereits heute vor Mittag gesagt habe. Kollege Panza gibt zu, daß ein Widerspruch besteht in seiner Haltung zwischen den Äußerungen anußlich des Personalgesetzes, wo er gegen eine Direktwahl der Vertreter war, sondern für eine Designierung von seiten der Gewerkschaften, und seiner heutigen Forderung einer Direktwahl. Er behauptet aber gleichzeitig, daß dieser Widerspruch wesentlich geringers sei, wenn er überhaupt besteht, als der Widerspruch, den die Regionalregierung hier äußert, indem sie jetzt nicht für eine Direkt-

wahl ist, während sie damals beim Personal für eine Direktwahl war. Ich muß diesen Vorwurf mit aller Entschiedenheit zurückweisen und ich glaube, auch kurzerhand beweisen zu können, daß dieser Vorwurf nicht der Wirklichkeit entspricht, denn zum Zeitpunkt, in dem wir das Gesetz über das Personal der Kammern verabschiedet haben, war die Situation in etwa folgende: 50 % des Kammerpersonals war in keiner Gewerkschaft erfaßt, in überhaupt keiner Gewerkschaft erfaßt. In der Provinz Trient waren nur 7 Angestellte der Kammer in den konföderierten Gewerkschaften erfaßt und in der Provinz Bozen waren zu dem Zeitpunkt nur 15 Angestellte in den konföderierten Gewerkschaften erfaßt; die Differenz war im autonomen Gewerkschaftsbund. Wir hätten also in Ermangelung einer Direktwahl automatisch 50 % der Angestellten ausgeschlossen, während wir genau wissen ...

Unterbrechung

DUBIS (Assessor für die Handelskammern - S.V.P.): wir hätten 50 % ausgeschlossen, Kollege Panza, insofern 50 % der Angestellten gewerkschaftlich überhaupt nicht erfaßt waren zu dem Zeitpunkt, als wir das Gesetz verabschiedet haben. Ich bin überzeugt, daß es bei den Unternehmern keine 50 % sind, die nicht entweder im Bauernbund oder in der Handwerkervereinigung oder in der Kaufleutevereinigung und und und erfaßt sind.

Also hier ist durch die indirekte Wahl die Garantie einer größeren Repräsentativität sowieso gegeben, deshalb ist - verzeihen Sie mir, Kollege Panza - wenschon der Widerspruch bei Ihnen wesentlich größer als bei der Haltung der Regionalregierung!

Die Gründe, warum wir nicht zu dem System der Direktwahl geschritten sind, Kollege Panza, habe ich bereits erklärt. Ich persönlich bin auch der Überzeugung, daß die direkten Wahlen eigentlich gerechter wären, weil jeder dann die Möglichkeit der Beteiligung hätte, aber die Gründe dafür habe ich bereits erläutert. Ich kann Ihnen im Zusammenhang mit der Interpretation und der konkreten Durchführung keine schriftliche Garantie geben, ich kann Ihnen nur sagen, daß ich der Überzeugung bin, daß verantwortungsbewußte Politiker, Mitglieder des Regionalausschusses, sein werden und von Fall zu Fall eben die Organisationen auswählen werden/^{je}nach ihrer Größe und nach ihrer Repräsentativität und daß in diesem Zusammenhang sicherlich nach bestem Wissen und Gewissen handeln werden. Man kann natürlich nicht von vorneherein sagen, daß jede wie immer geartete Organisation hierbei zum Zuge kommen muß. Es wird aber vielleicht auch denkbar sein, daß die Wirtschaftsverbände unter sich in diesem Zusammenhang, was die numerische Besetzung anbelangt, und wir haben da auch Vorgespräche gehabt, eine Einigung treffen, damit die Repräsentativität so hoch wie möglich ausfällt.

(L'argomento affrontato in relazione all'articolo 7 è certamente uno dei più interessanti di tutto il disegno di legge e mi ha impegnato notevolmente anche nella fase di elaborazione del provvedimento. Alcuni oratori sono intervenuti nel dibattito generale e fra gli altri i consiglieri Avancini e Zanghellini hanno interpretato bene il senso della norma e dell'articolo 7 in generale e devo loro esprimere riconoscimento ed il mio ringraziamento personale per le parole incoraggianti, poiché in questa sede non solo si sono udite espressioni negative in merito a questo provvedimento, ma certe forze politiche pur non essendo rappresentate in Giunta regionale, si sono espresse favorevolmente.

in merito al problema sollevato nuovamente dal consigliere Panza, non desidero ripetere quanto affermato questa mattina. Il collega Panza ammette che nella sua posizione si nota una contraddittorietà e precisamente fra il suo intervento che riguardava il personale, per il quale era contrario all'elezione diretta dei rispettivi rappresentanti, poiché era favorevole ad una designazione da parte delle organizzazioni sindacali e il suo attuale atteggiamento, essendo egli ora favorevole alla elezione diretta.

Nel contempo egli afferma che questa sua contraddizione è minima, se confrontata con quella oggi espressa dalla Giunta regionale, che ora è contraria alla elezione diretta, mentre a suo tempo ha voluto questo sistema elettivo per il personale.

Devo respingere con ogni decisione questo rimprovero e credo di poter dimostrare seduta stante che tutto questo non risponde alla realtà, poiché al momento della approvazione della legge sul personale, la situazione era la seguente: il 50% del personale camerale non era iscritto al sindacato. Nella Provincia di Trento soltanto sette

dipendenti facevano capo ai sindacati confederati ed in quella di Bolzano erano 15; la differenza era iscritta al sindacato autonomo. Senza elezione diretta avremmo escluso automaticamente il 50% dei dipendenti, mentre sappiamo...

(Interruzione)

DUBIS (Assessore per le Camere di Commercio - S.V.P.): Avremmo escluso il 50%, collega Panza, dato che il 50% non aderiva ad alcun sindacato al momento dell'approvazione della legge. Sono persuaso che gli imprenditori non aderenti al "Bauernbund", all'associazione artigiani e dei commercianti, non raggiungono il 50%.

L'elezione indiretta garantisce nel caso specifico comunque una maggiore rappresentatività e per questo motivo - chiedo scusa, collega Panza - la contraddizione è piuttosto evidente nel suo caso, rispetto alla posizione della Giunta!

I motivi che ci hanno indotto a non preferire il sistema della elezione diretta, collega Panza, li ho già illustrati. Personalmente sono persuaso che l'elezione diretta sarebbe più giusta, in quanto ogni singolo potrebbe parteciparvi, ma i motivi sono già stati da me spiegati.

Per quanto concerne l'interpretazione e la corretta applicazione non posso dare una garanzia scritta, posso solo affermare che sono persuaso che i membri della Giunta regionale saranno uomini politici responsabili da scegliere di volta in volta le organizzazioni secondo la loro entità e rappresentatività ed opereranno a tal proposito senz'altro secondo coscienza.

Naturalmente non si può affermare a priori che qualsiasi organizzazione troverà una propria rappresentanza. E' pensabile che le associazioni economiche troveranno un accordo per la composizione numerica, abbiamo avuto a tal proposito colloqui, con cui l'indice di rappresentatività sarà senz'altro il più alto possibile.)

PRESIDENTE: Wer meldet sich noch zu Wort? Abgeordneter Panza.

Chi chiede ancora la parola? Consigliere Panza.

PANZA (P.C.I.): Scusi, io debbo dire che non mi posso ritenere assolutamente soddisfatto della risposta dell'assessore e insisterei perché si trovasse una soluzione di tipo diverso, soprattutto per questa ultima questione. Io non credo di poter accettare una dizione, che poi domani autorizza chiunque a fare una certa interpretazione.

Anziché parlare di associazioni rappresentative, la Giunta può benissimo trovare una formulazione di tipo diverso, che tenga conto sì della rappresentatività delle associazioni, ma che faccia posto anche alle altre. Perché oggi parlare di associazioni più rappresentative significa una cosa soltanto: i rappresentanti degli industriali li designeranno le associazioni degli industriali.

(Interruzione)

PANZA (P.C.I.): Non dice così la legge! Lei mi deve dire se con questa dizione di legge domani voi non sareste autorizzati ad escludere le associazioni imprenditoriali di minoranza. Questo è il discorso! Mentre chiedo che si possa dire, con una dizione diversa, che sono designati,

posto che ormai la scelta vostra è quella della designazione, anziché dell'elezione, dalle associazioni imprenditoriali, in rapporto anche alla consistenza che esse hanno. Quella sarebbe già una dizione diversa, che salva anche le minoranze.

PRESIDENTE: Wer meldet sich noch zu Wort? Niemand.

Chi chiede ancora la parola? Nessuno.

Wir stimmen über den Art. 7 ab.

Der Artikel ist mit 28 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen genehmigt.

Votiamo l'art. 7.

L'art. 7 è approvato con 28 voti favorevoli e 10 contrari.

Art. 8

Requisiti per la nomina a membro del Consiglio camerale

Possono essere nominati membri del Consiglio i cittadini italiani che abbiano raggiunto la maggiore età e che, esercitando la propria attività anche in sede locale, si trovino in una delle seguenti posizioni:

- a) esercenti per conto proprio o rappresentanti di un'attività economica o liberi professionisti;
- b) soci di società in nome collettivo; accomandatari di società in accomandita semplice o per azioni; presidenti o amministratori con rappresentanza di società a responsabilità limitata, di società per azioni o di società cooperative iscritte nel registro delle ditte;
- c) presidenti o amministratori di enti pubblici che esercitino una attività economica e siano iscritti nel registro delle ditte.

Hierzu ist ein Änderungsantrag eingebracht worden, unterzeichnet von Tomazzoni und Micheli, folgenden Wortlauts.

E' stato presentato un emendamento a firma Tomazzoni e Micheli del seguente tenore:

Dieser Änderungsantrag ist als überflüssig zu betrachten, weil der Änderungsantrag zum Artikel 6 nicht angenommen worden ist. Infolgedessen ist er hinfällig geworden.

Questo emendamento è da considerarsi superfluo, non essendo stato accettato l'emendamento all'art. 6. E' quindi ecaduto.

Wer meldet sich zum Artikel 8 zu Wort? Niemand.

Chi interviene in merito all'art. 8? Nessuno

Wir stimmen ab. Votiamo.

Der Artikel 8 ist mehrheitlich genehmigt.

L'art. 8 è approvato a maggioranza.

Art. 9

Cause di ineleggibilità e di incompatibilità con la carica
di membro del Consiglio camerale

Non sono eleggibili alla carica di membro del Consiglio:

- a) i pubblici dipendenti;
- b) coloro che hanno liti pendenti con la Camera o ne siano debitori;
- c) coloro che hanno parte in servizi retribuiti, in esazioni di tributi o di diritti o in appalti nell'interesse della Camera o di imprese sovvenzionate in qualsiasi modo dalla Camera stessa;
- d) coloro che, avendo riscosso somme di denaro per conto della Camera, non hanno ancora reso conto del loro operato e rimesso quanto dovuto;

e) coloro che, avendo debito liquido ed esigibile verso la Camera, sono stati da essa legalmente posti in mora.

Sono incompatibili con la carica di membro del Consiglio le cariche di parlamentare, consigliere regionale, sindaco o assessore di comuni con popolazione superiore a diecimila abitanti, presidente di comprensorio, presidente di comunità di valle, presidente di unità sanitaria locale.

Hierzu liegt ein Änderungsantrag vor, unterzeichnet von Pancheri, Dubis und Molignoni, folgenden Wortlauts:

C'è un emendamento della Giunta, a firma Pancheri, Dubis e Molignoni, del seguente tenore: al secondo comma, seconda riga, stralciare la parola "parlamentare".

Wer meldet sich zu Wort? Assessor Dubis.

Chi chiede la parola? Assessore Dubis.

DUBIS (Assessore per le Camere di Commercio - S.V.P.): Ganz kurz, um den Änderungsantrag zu begründen.

Wir haben den Gesetzentwurf auf seine Legitimität hin gemeinsam auch mit Vertreter des Staates überprüft und in diesem Zusammenhang wurde darauf aufmerksam gemacht, daß es einzig und allein in die Zuständigkeit des römischen Parlaments fällt, irgendwelche Unwählbarkeiten oder Unvereinbarkeiten der Parlamentarier mit Gesetz festzulegen und aus diesem Grunde ist uns nahegelegt worden, die Parlamentarier hier herauszustreichen.

(Brevemente per motivare l'emendamento.

Abbiamo esaminato il disegno di legge nella sua legittimità insieme a rappresentanti dello Stato e mi è stato fatto presente che è competenza esclusiva del Parlamento romano stabilire con legge l'ineleggibilità e l'incompatibilità dei parlamentari, per cui mi è stato raccomandato di depennare i parlamentari.)

PRESIDENTE: Wer meldet sich zu Wort zum Änderungsantrag? Niemand.

Chi interviene su questo emendamento? Nessuno.

Wir stimmen den Änderungsantrag ab.

Pongo in votazione l'emendamento.

Der Änderungsantrag ist mehrheitlich genehmigt.

L'emendamento è approvato a maggioranza.

Wer meldet sich zu Wort zum Artikel 9? Niemand.

Chi prende la parola sull'art. 9? Nessuno.

Wir stimmen ab.

Pongo in votazione l'articolo 9.

Der Artikel 9 ist genehmigt.

L'articolo 9 è approvato.

Art. 10

Compiti del Consiglio camerale

Il Consiglio approva i programmi di attività, il bilancio di previsione e le sue variazioni, il conto consuntivo, i regolamenti interni, l'istituzione e l'esercizio di aziende, gestioni o servizi speciali e la partecipazione ad essi e a società, nonché l'istituzione di uffici staccati in comuni della circoscrizione provinciale.

Il bilancio di previsione e il conto consuntivo sono compilati secondo modelli-tipo stabiliti dalla Giunta regionale con propria deliberazione.

Nell'ambito delle materie di competenza camerale, il Consiglio promuove iniziative ed esprime pareri e voti sulle questioni di carattere generale, le quali siano sottoposte alla Camera dalla Regione, dalle Province o da altri enti locali o dai singoli componenti il Consiglio; nomina la Giunta camerale e il Collegio dei revisori dei conti, nonché gli organi amministrativi delle aziende, gestioni o servizi speciali della Camera.

Il Consiglio, con mozione motivata e con la maggioranza dei due terzi dei componenti, esprime la sfiducia nei confronti della Giunta e del suo Presidente, il che determina la revoca dei rispettivi organi.

Il Consiglio si riunisce in due sessioni ordinarie da tenersi, una entro il mese di aprile per l'approvazione del conto consuntivo, l'altra entro il mese di ottobre per l'approvazione del bilancio preventivo, e in sessioni straordinarie da tenersi quando lo stabilisca il Presidente o lo richiedano la Giunta o almeno un quinto dei membri del Consiglio stesso. Si riunisce altresì in sessione straordinaria quando lo richieda il Presidente della Giunta regionale.

Per la trattazione di determinati argomenti, il Consiglio può costituire apposite commissioni, comitati o gruppi di studio e di lavoro, aperti anche alla partecipazione di esperti esterni, la cui composizione e il cui funzionamento sono disciplinati di volta in volta mediante appositi regolamenti camerali.

Wer meldet sich zum Artikel 10 das Wort? Niemand.

Chi chiede la parola sull'art. 10? Nessuno.

Wir stimmen ab.

Pongo in votazione l'art. 10.

Der Artikel 10 ist genehmigt.

L'art. 10 è approvato.

Art. 11

Composizione e compiti della Giunta camerale

La Giunta, composta da nove membri, ivi compreso il Presidente, è eletta dal Consiglio, tra i propri componenti, nella sua prima seduta, e rimane in carica cinque anni.

Il Consiglio procede preliminarmente, a scrutinio segreto e con la maggioranza di cui al successivo art. 16, all'elezione del Presidente della Giunta; successivamente, sempre a scrutinio segreto, all'elezione degli altri membri della Giunta.

Il Presidente nomina, con proprio provvedimento, fra i membri della Giunta il Vice Presidente.

Per la Camera di Bolzano il Vice Presidente deve appartenere a un gruppo linguistico diverso da quello cui appartiene il Presidente.

La Giunta predispone i programmi di attività, il bilancio di previsione e le sue variazioni, il conto consuntivo e i regolamenti interni; delibera su tutte le materie di competenza della Camera, che non rientrano nella specifica competenza di altri organi; autorizza il prelievo dai fondi di riserva del bilancio camerale; autorizza il Presidente a stare in giudizio per la tutela degli interessi camerali.

La Giunta delibera inoltre, nei casi di urgenza, sulle materie di

competenza del Consiglio. In tali casi la deliberazione deve essere presentata al Consiglio per la ratifica nella sua prima seduta successiva.

Wer meldet sich zu Wort zum Art. 11? Abgeordneter D'Ambrosio.

Chi chiede la parola sull'art. 11? Cons. D'Ambrosio.

D'AMBROSIO (P.C.I.): Signor Presidente, una osservazione solo di tipo tecnico, per quanto concerne la durata in carica della Giunta. Laddove, al primo comma, si dice che rimane in carica 5 anni, noi dovremmo intendere che ha una durata parallela alla durata del Consiglio? E' così?

Senonché, più sotto, diciamo che, per motivi che il Consiglio riterrà, può addirittura revocare la Presidenza e conseguentemente anche la stessa Giunta. Allora cosa potrebbe avvenire? Che questo fatto si verifica nel corso del tempo e la dizione, che noi leggiamo al primo comma, potrebbe portare a dire che da una parte decade il Consiglio, mentre la durata si perpetua per coloro che farebbero parte della Giunta.

Allora l'osservazione che io faccio è quella di rendere più esplicita la coincidenza, comunque che alla revoca del Consiglio si intende automaticamente revocato anche il mandato di coloro che fanno parte della Giunta, cioè che non vi sia una sovrapposizione.

Credo che questa coincidenza debba essere fatta, perché sarebbe un po' come dire tra di noi: la Giunta resta in carica, in quanto resta in carica il Consiglio. Questo intendo dire! Ecco qual è lo scopo di questa osservazione, che non ha nulla di politico, ma solo di tecnico e di

chiarimento.

PRESIDENTE: Wer meldet sich zu Wort? Regionalassessor Dubis.

Chi prende la parola? Assessore Dubis.

DUBIS (Assessore per le Camere di Commercio - S.V.P.): Die Bemerkungen des Kollegen D'Ambrosio haben sicherlich eine gewisse Logik und sind auch richtig, ich glaube aber, sagen zu können, daß in allen parlamentarischen Gremien, auch wenn es nicht ausdrücklich vorgesehen ist, der Ausschuß so lange in Amt bleibt, so lange der Rat in Amt ist, der den Ausschuß wählt bzw. wenn dieser Rat verfällt, dann bleibt der Ausschuß weiterhin in Amt, so lange bis der neue Rat gewählt ist und einen neuen Ausschuß ernennt für die Ausübung der ordentlichen Tätigkeit.

Das ist ein Grundprinzip der italienischen Rechtsordnung und ich glaube nicht, daß es hier einer eigenen Präzisierung bedarf, weil es in der Logik der Dinge selbst liegt, daß ein Ausschuß verfällt in dem Augenblick, wo er nicht mehr vom Rat getragen wird, der ihn gewählt hat.

Sollte man trotzdem zu einer solchen Auslegung morgen kommen, dann könnte der Rat ja zwischenzeitlich den Ausschuß einfach absetzen, wenn er von selbst nicht gehen würde.

Ich glaube also nicht, so logisch die Argumente sind, die Sie gebracht haben, Kollege D'Ambrosio, daß es hier einer technischen Änderung bedarf.

(Le osservazioni del collega D'Ambrosio hanno una certa logica e sono giuste, ma credo di poter affermare che in ogni consesso

parlamentare, se anche non espressamente previsto, la Giunta rimane in carica per il periodo amministrativo del Consiglio, di cui l'esecutivo è espressione e finché il nuovo Consiglio non provvederà a nominare la nuova Giunta per l'esercizio dell'attività ordinaria.

Questo è un principio fondamentale dell'ordinamento giuridico italiano e non credo che a tal proposito sia necessaria un'apposita precisazione, essendo nella logica delle cose la decadenza di una Giunta priva di sostegno del Consiglio, che l'ha eletta.

Se ciononostante un domani si dovesse comunque giungere a questa interpretazione, il Consiglio potrà sempre destituire temporaneamente la Giunta, qualora non si dimettesse spontaneamente.

Non credo che sia necessario un emendamento tecnico, per quanto logici possano essere i suoi argomenti, collega D'Ambrosio.)

PRESIDENTE: Wer meldet sich noch zu Wort? Niemand.

Wir stimmen ab.

Der Artikel 11 ist genehmigt.

Chi chiede ancora la parola? Nessuno.

Procediamo alla votazione dell'art. 11.

E' approvato a maggioranza.

Art. 12

Compiti del Presidente e del Vice Presidente della Giunta

Il Presidente della Giunta ha la rappresentanza legale della Camera; convoca e presiede il Consiglio e la Giunta e ne stabilisce l'ordine del giorno; impartisce, sulla base delle deliberazioni del

Consiglio e della Giunta, le disposizioni occorrenti per il regolare funzionamento degli organi della Camera.

Il Vice Presidente coadiuva il Presidente e lo sostituisce in caso di assenza o di impedimento.

Il Presidente adotta inoltre, con proprio provvedimento, nei casi di urgenza, provvedimenti di competenza della Giunta. In tali casi il provvedimento deve essere presentato alla Giunta per la ratifica nella sua prima seduta successiva.

Wer meldet sich zu Wort? Niemand.

Wir stimmen ab.

Der Artikel 12 ist genehmigt.

Chi chiede la parola? Nessuno.

Procediamo alla votazione dell'art. 12.

L'art. 12 è approvato a maggioranza.

Art. 13

Nomina e compiti del Collegio dei revisori dei conti

Il Collegio dei revisori dei conti è nominato con deliberazione del Consiglio camerale, dura in carica cinque anni ed è composto da tre membri effettivi, di cui uno con funzioni di presidente, e da due supplenti. Il presidente del Collegio è scelto tra gli iscritti nel ruolo dei revisori ufficiali dei conti. Il Collegio dei revisori dei conti esercita le funzioni atte ad assicurare lo svolgimento della corretta gestione contabile e di cassa.

Wer meldet sich zu Wort? Niemand.

Wir stimmen ab.

Der Artikel 13 ist mehrheitlich genehmigt.

Chi chiede la parola? Nessuno

Pongo in votazione l'art. 13.

E' approvato a maggioranza.

Art. 14

Trattamento economico dei membri degli organi camerali

Ai membri degli organi di cui all'art. 5 compete il gettone di presenza per la partecipazione alle riunioni, nella misura fissata dal Consiglio con propria deliberazione. Spetta inoltre il rimborso delle spese effettivamente sostenute per compiti inerenti alla carica, secondo le disposizioni stabilite con regolamento camerale.

Al Presidente è corrisposta, con determinazione del Consiglio camerale, un'indennità di carica nel limite del settanta per cento del trattamento iniziale del segretario generale.

Al presidente e ai membri del Collegio dei revisori dei conti spetta un compenso annuo nella misura stabilita dal Consiglio camerale.

La camera stipula apposite polizze per l'assicurazione contro gli infortuni dei membri degli organi camerali nell'esercizio delle loro funzioni.

Ai componenti gli organi camerali compete, anche dopo la cessazione dalla carica, su specifica richiesta degli interessati e su presentazione delle parcelle determinate ai sensi delle vigenti tariffe forensi, il rimborso delle spese legali sostenute per la difesa in

giudizi civili o penali nei quali siano stati coinvolti per fatti o cause connessi all'esercizio delle loro funzioni, e nei quali siano stati prosciolti in istruttoria o siano stati assolti con sentenza passata in giudicato.

Wer meldet sich zu Wort? Niemand.

Wir stimmen ab.

Der Artikel 14 ist mehrheitlich genehmigt.

Chi chiede la parola? Nessuno.

Pongo in votazione l'art. 14.

E' approvato a maggioranza.

Art. 15

Cause di decadenza dagli organi camerali

I componenti degli organi camerali decadono dalla carica quando perdono i requisiti richiesti per la nomina o quando, senza giustificato motivo, non prendano parte a tre sedute consecutive o, nel periodo di un anno, a un terzo almeno del numero delle sedute alle quali sono tenuti ad intervenire.

La decadenza è pronunciata dal Consiglio camerale, con deliberazione motivata, sentito l'interessato.

Wer meldet sich zu Wort? Niemand.

Wir stimmen ab.

Der Artikel 15 ist mehrheitlich genehmigt.

Chi chiede la parola? Nessuno.

E' in votazione l'art. 15.

E' approvato a maggioranza.

Art. 16

Modalità di adozione delle deliberazioni camerale

Le deliberazioni degli organi camerale sono adottate in presenza della maggioranza assoluta dei componenti e con il voto favorevole della maggioranza dei presenti.

Le sottoindicate deliberazioni consiliari sono invece adottate con il voto favorevole della:

- a) maggioranza di due terzi dei componenti, per la istituzione di aziende, gestioni o servizi speciali e per le deliberazioni di cui al quarto comma dell'art. 10;
- b) maggioranza assoluta dei componenti, per le nomine previste dall'art. 11.

Le deliberazioni aventi per oggetto persone fisiche sono adottate a scrutinio segreto, qualora richiesto.

In caso di parità di voti prevale quello del Presidente.

Le deliberazioni degli organi camerale, entro quindici giorni dalla data della loro adozione, devono essere esposte all'albo camerale per la durata di otto giorni consecutivi.

Hierzu ist ein Änderungsantrag eingebracht worden, unterzeichnet von Binelli und Fedel:

E' stato presentato un emendamento a firma Binelli e Fedel:

Ich lese noch einmal vor, um was es sich handelt:

Rileggo per rendere tutti edotti di che si tratta:

"In caso di parità di voti prevale quello del Presidente..."

Das soll gestrichen werden.

Da depennare.

Meldet sich jemand zu Wort zu diesem Änderungsantrag? Niemand..

Qualcuno chiede la parola sull'emendamento? Nessuno.

Wir stimmen ab.

Lo pongo in votazione.

Dieser Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

L'emendamento è respinto a maggioranza.

Wer meldet sich zu Wort zum Artikel 16? Niemand.

Chi chiede la parola sull'art. 16? Nessuno.

Wir stimmen ab.

Lo pongo in votazione.

Artikel 16 ist mehrheitlich genehmigt.

L'art. 16 è approvato a maggioranza.

Art. 17

Publicità delle sedute degli organi camerali

Le sedute del Consiglio sono pubbliche.

Il Presidente ha però facoltà di non ammettere il pubblico alle sedute nelle quali, a suo giudizio, gli argomenti da trattare abbiano carattere di riservatezza.

Le sedute degli altri organi non sono pubbliche, salvo loro diversa deliberazione.

Wer meldet sich zu Wort zum Art. 17? Niemand.

Chi chiede la parola sull'art. 17? Nessuno.

Wir stimmen ab.

Lo pongo in votazione.

Der Artikel 17 ist mehrheitlich genehmigt.

L'art. 17 è approvato a maggioranza.

Art. 18

Adeguamento della composizione degli organi della Camera di Bolzano alla consistenza dei gruppi linguistici

La composizione degli organi della Camera di Bolzano, nonché degli organi delle aziende, gestioni o servizi speciali da essa istituiti, deve adeguarsi alla consistenza dei gruppi linguistici come rappresentati nel Consiglio provinciale.

Hierzu ist ein Änderungsantrag eingereicht worden, unterzeichnet von Boato, Costalbano, Tonelli, Erschbaumer, und zwar:

E' stato presentato un emendamento a firma Boato, Costalbano, Tonelli, Erschbaumer, che recita:

sostituire alle parole successive a "deve adeguarsi" le seguenti:

"proporzionalmente alla consistenza dei gruppi linguistici, come risulta dai dati ufficiali dell'ultimo censimento della popolazione".

Wer meldet sich zu Wort? Abgeordneter Boato.

Chi chiede la parola? Consigliere Boato.

BOATO (NS-NL): Questo tipo di emendamento, che è diventato quasi, è

brutto dirlo per noi della sinistra, un rituale per tutto un periodo precedente al censimento per motivi prevalentemente politici, adesso diventa, viceversa, uno scandalo il fatto di doverlo presentare.

Perché, se prima c'erano delle motivazioni per non riferirsi sia ad un censimento lontano che ad una situazione che aveva una sua prassi consolidata, nel momento in cui è avvenuto un censimento, su cui io non riapro nessuna polemica e di cui non siamo, credo in molti, felici e convinti a posteriori, in particolare non per l'essere il censimento in sé dei gruppi linguistici, quanto per essere stato fatto in una determinata maniera, a posteriori, il non utilizzarlo diventa uno scandalo anche del buon senso e anche di un minimo rispetto della stessa istituzione che lo ha promosso e quindi anche delle stesse forze che li hanno promossi.

Questo equivarrebbe a svalutare lo strumento in sé, che per noi è stato svalutato a priori, per le modalità con cui è avvenuto, ma è un censimento che vige, che vale, che avete fatto valere, che avete imposto a maggioranza.

D'altra parte è un rinvigorimento della spinta all'utilizzo politico, in senso deterioro, della ripartizione dei gruppi all'interno degli organi elettivi, come il Consiglio provinciale; cioè una spinta ancora alle forze politiche, in particolare a quelle che non ritengono di essere interetniche, che non lo vogliono essere, una spinta al richiamo, alla opzione linguistica, riferita a un determinato partito, al di là ancora della effettiva differenziazione linguistica che possa esservi fra la popolazione.

Io non mi dilungo, dico solo che è scandaloso che si debba

presentare e che si debba anche dire che si prescinde, nel modo più assoluto, in questa richiesta di applicazione del censimento, dall'interesse di qualsiasi parte e politica e linguistica.

Visto che parla uno del gruppo linguistico italiano non si dovrebbe dire, perché sono trentino, di appartenenza provinciale, ma si sa che non c'è certamente un interesse da parte del gruppo linguistico italiano in questa richiesta, ma c'è una sottolineatura, che va fatta sul piano giuridico-formale, prima ancora che sul piano politico.

PRESIDENTE: Es hat das Wort der Abgeordnete D'Ambrosio.

La parola al cons. D'Ambrosio.

D'AMBROSIO (P.C.I.): Signor Presidente, noi naturalmente votiamo l'emendamento proposto, indipendentemente da chi lo propone, per motivi che in quest'aula abbiamo avuto più occasioni di spiegare e che credo non sia il caso di richiamare, se non per sommissimi capi, perché non crediamo che sia questa la ragione del contendere, essendo semmai la questione delle Camere di Commercio, attinente alla proporzionale, proprio una cosa estremamente marginale.

Dunque votiamo l'emendamento, come abbiamo assunto iniziative, anche dopo il censimento e dopo anche la discussione e le polemiche attorno a quella scadenza, senza attendere evidentemente sollecitazioni, perché i colleghi sapranno che, in particolare in Provincia di Bolzano, abbiamo per primi e ripetutamente presentato una legge, tendente al

ragguaglio della proporzionale rispetto al censimento, anziché agli eletti, per ragioni che tutti voi certamente sapete.

Ciò che invece non comprendo è l'attinenza di questo dato, indipendentemente se riferito al censimento o alla consistenza dei gruppi, così come sono rappresentati in Consiglio provinciale, con organismi dove, in questo caso, non credo siano diretta emanazione della Regione o della Provincia Autonoma, non credo che siano organi della Regione o delle Province Autonome o non dovremmo intenderli tali, e dove invece pesa questo condizionamento, anche dal punto di vista della proporzionale e del suo riferimento, e chiedo, dal punto di vista tranquillamente dialettico, che cosa accade o che cosa potrebbe accadere, all'interno degli organismi, che, per loro autonoma scelta, cercano di conciliare la proporzionale etnica?

Ma vorrei capire che cosa accadrebbe qualora i 45, se abbiamo capito bene, che dovrebbero far parte di questo consiglio, non fossero "equilibrati" dal punto di vista della rappresentanza categoriale?

Perché è certo che vi è la componente dell'industria, dell'artigianato, del commercio e di chi altri ancora riterranno di farvi parte, ma, nel caso in cui vi fossero degli eccessivi squilibri, io credo che sarebbe giusto lasciare alla discrezione, al buon gusto e alla funzionalità di chi deve fare questa attività e portarla avanti, la scelta equilibrata di una adeguata rappresentanza proporzionale.

Personalmente riterrei che una cosa di questo genere non debba essere oggetto di una definizione legislativa.

Certo che in dubordine, evidentemente, siamo per un adeguamento, rispetto a quella del censimento, però faccio un'esasperazione: ma,

signori cari, qualora ci fosse ad esempio una rappresentanza proporzionale per il ramo dell'agricoltura, io sfido chiunque ad avere una adeguata rappresentanza proporzionale, perché è notorio che gli addetti all'agricoltura sono prevalentemente i cittadini di lingua tedesca.

Ovvero in altri comparti economici, probabilmente quello industriale, può darsi che la componente maggiore sia di lingua diversa. Allora, senza andare a mettere "lacci e laccioli", come in altre circostanze si dice, io lascierei alla discrezionalità di questi organismi dotarsi di una loro proporzione, ma che si concili anche con la rappresentanza delle categorie, che a loro volta sono chiamate a far parte di questi organismi, ritenendo appunto questi non certo una emanazione diretta, quale simile al Consiglio provinciale, rispettivamente il Consiglio regionale, ma, visto che il riferimento è per la Camera di Commercio di Bolzano, in riferimento al Consiglio provinciale. In sostanza, non è un organo del Consiglio provinciale e non vedo come mai debba avere questo vincolo legislativo.

PRESIDENTE: Es hat das Wort der Abgeornete Mitolo.

La parola al cons. Mitolo.

MITOLO (MSI-DN): Signor Presidente, egregi colleghi, unicamente perché risulti a verbale che io non partecipo alla votazione, per non confondere il mio "no" con quello di altri e di altre forze politiche,

che hanno tutt'altro intendimento. Nel merito, voglio dire che se c'era un'occasione, proprio per prescindere dalla applicazione della proporzionalità etnica, era questa, dove si debba badare non tanto alla rappresentanza etnica, ma alla rappresentanza delle competenze in tutti i sensi.

E' un'altra ottima occasione per dimostrare che la proporzionale etnica proprio non ha senso, se applicata, come la si vuole, ad ogni costo e in ogni occasione. In modo particolare credo poi che ormai questo rito, che si presenta ogni volta che votiamo delle leggi e con la normale proposta di adeguamento alla consistenza dei gruppi etnici, è diventato, lasciatemelo dire, soltanto una farsa.

Anche per questo non intendo associarmi e quindi abbandono l'aula e non voglio confondere il mio voto, ripeto, con quello di altre forze politiche.

PRESIDENTE: Wer meldet sich noch zu Wort? Regionalassessor Dubis.

La parola all'assessore Dubis.

DUBIS (Assessor für die Handelskammern - S.V.P.): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich wende mich jetzt mit dieser meiner Intervention ...

PRÄSIDENT: Ich bitte um mehr Ruhe im Saal, sonst versteht man das eigene Wort nicht.

DUBIS (Assessor für die Handelskammern - S.V.P.): ... in erster Linie an die Mehrheitskollegen der italienischen Parteien hier in diesem Raum und möchte eine Feststellung machen: Wir brauchen uns nichts gegenseitig vorzumachen und nichts zu verstecken; wir wissen alle, daß dieses Problem, das wir nun zum x-ten Male hier besprechen, ein politisches Problem ist, daß dieses Problem früher oder später eine einvernehmliche politische Lösung finden wird. Ich möchte in diesem Zusammenhang aufmerksam machen auf die Äußerungen des Landeshauptmannes Magnago in diesem Zusammenhang, der seine Bereitschaft erklärt hat, dieses Thema neuerdings in dem Augenblick anzugehen, wo gewisse Fortschritte auf anderen Ebenen erzielt worden sind. Was nun diese Gesetzesbestimmung anbelangt, möchte ich folgendes zu bedenken und zu überlegen geben. Alle Regionalgesetze und alle Landesgesetz der Provinz Bozen, die einen Proporz vorsehen, sehen diesen Proporz vor unter Berufung auf die Zusammensetzung im Landtag. Wir haben kein Regionalgesetz und kein Landesgesetz, das die Berufung auf die Volkszählung vorsieht bisher.

Ich glaube, wir sollten hier nicht jetzt in einem Gesetz die Berufung auf einen bestimmten Proporz laut Volkszählung und in anderen Gesetzen die Berufung Proporz laut Zusammensetzung des Landtages unterschiedlich festlegen. Ich möchte deshalb ersuchen, daß wir vorerst bei dieser Diktion bleiben. Wenn wir dann auf politischer Ebene endlich - und ich hoffe bald - eine Einigung über dieses heikle, viel diskutierte Problem gefunden haben werden, dann können wir mit einem einzigen Gesetz in der Region, mit einem einzigen Gesetz im Land ein neues einheitliches Kriterium für die Zusammensetzung aller Kommissionen, Organe usw. festlegen. Es wäre aber meines Erachtens nicht angebracht, wenn wir jetzt ausgerechnet bei den Handelskammern von den bisherigen, in allen anderen Gesetzen vorgesehenen Bestimmungen abweichen würden. Ich ersuche deshalb um Verständnis in diesem Sinne und ersuche die Kollegen auch der Democrazia Cristiana und der Sozialdemokratischen Partei, nach Möglichkeit dem Artikel 18 in der jetzigen Fassung zuzustimmen und nicht für den Abänderungsantrag Boato zu stimmen.

(Signor Presidente! Colleghe e colleghi! Con questo mio intervento mi rivolgo...

PRESIDENTE: Prego un po' di silenzio in aula, altrimenti non si riesce a sentire la propria parola.

DUBIS (Assessore per le Camere di Commercio - S.V.P.): ... innanzitutto ai colleghi dei partiti di maggioranza di lingua italiana, presenti in aula, per fare la seguente constatazione: è il caso di parlarci chiaro e non occultarci nulla; noi tutti sappiamo che questo problema viene qui discusso per l'ennesima volta, che si tratta di un problema politico, che prima o poi troverà una soluzione concordata. A tal proposito desidero ricordare le dichiarazioni del Presidente della Giunta provinciale di Bolzano, Magnago, che ha esternato la sua disponibilità ad affrontare questa problematica, non appena si saranno effettuati progressi in altri settori.

Per quanto concerne la norma di legge desidero fare presente la seguente considerazione: le leggi regionali e provinciali, che prevedono la proporzionale, si richiamano esplicitamente alla consistenza etnica della costituzione del Consiglio provinciale, mentre nessun provvedimento si richiama al censimento. Credo che non sia possibile il richiamo al censimento in questa legge, mentre altre si basano sulla composizione etnica del Consiglio provinciale. Vorrei pertanto invitare il Consiglio di lasciare intoccata questa dizione. Non appena a livello politico avremo trovato - spero presto - un accordo su questo delicato e discusso problema, potremo con due uniche leggi regionale e provinciale regolamentare con un nuovo criterio unitario la composizione di tutte le commissioni, organi ecc.

A mio avviso non sarebbe opportuno derogare con questa legge, concernente le Camere di Commercio, dalla norma finora prevista in tutti gli altri provvedimenti legislativi. Chiedo pertanto comprensione in tal senso, pregando i colleghi anche della D.C. e del P.S.D.I. di approvare possibilmente l'articolo 18 nell'attuale formulazione e non

l'emendamento presentato dal collega Boato.)

PRESIDENTE: Der Abgeordnete Costalbano hat das Wort.

La parola al cons. Costalbano.

COSTALBANO (NS-NL): Signor Presidente, signori colleghi, siamo di fronte a una violazione dello Statuto di autonomia, il quale espressamente si richiama alla proporzionale, legata al censimento. Una violazione non può assolutamente essere presa a motivo per un "mercato delle vacche". Questa posizione di Magnago è assolutamente inaccettabile! Se ci sono delle carenze di carattere legislativo a livello provinciale, perché manca una legge, questa è una precisa volontà e responsabilità politica della S.V.P.! Su questo devo rispondere all'assessore Dubis.

Per quanto riguarda poi l'emendamento in sè, io l'ho firmato tecnicamente, perché di fatto, a mio avviso, il censimento, nel modo come si è svolto è stato un censimento coercitivo e fundamentalmente falso, per cui non sono accettabili, per quanto mi riguarda, i risultati del censimento come dei risultati reali, come dei risultati che rispecchiano l'effettiva volontà della popolazione. Per cui anche la richiesta di raccordare la proporzionale ai dati del censimento, a mio avviso, non è una richiesta corretta, proprio perché non è stato corretto il modo con cui si è svolto e si è voluto il censimento. D'altra parte, voglio sottolineare in questa sede che sono contrario fundamentalmente alla proporzionale e quindi contesto, in questo senso, tutto l'articolo e anche lo stesso emendamento, per cui io mi asterrò sulla votazione dell'emendamento e voterò contro l'articolo.

PRESIDENTE: Wer meldet sich noch zu Wort? Abgeordneter Benedikter.

Chi chiede la parola? La parola al cons. Benedikter.

BENEDIKTER (S.V.P.): Da sind die Worte gefallen, daß diese Volkszählung durch Ausübung von Zwang durchgeführt worden sei und daß sie grundlegend falsch sei, sie hätte ein gefälschtes Ergebnis gebracht. Ich kann mir keine Behauptung vorstellen, die mehr der Wirklichkeit widerspricht als diese Behauptung hier. Das ist wirklich eine irrsinnige Behauptung! Wir wissen genau, wir wissen alle, wie wir hier sitzen, daß hier jedermann vollkommen frei sich erklären konnte, welcher Sprachgruppe er angehört. Wir wissen, daß da kein Zwang ausgeübt werden konnte und auch kein Zwang ausgeübt worden ist, daß es also eine echte Willenserklärung war und insofern diese Volkszählung, diese Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung bei dieser Volkszählung ihre volle Gültigkeit und auch ihre volle Bedeutung hat und haben soll. Wir werden dazu stehen, daß diese Volkszählung in aller Form regelrecht, nicht nur dem Gesetze gemäß, sondern in jeder Hinsicht regelrecht durchgeführt worden ist und daß das kein vernünftiger Mensch auf der ganzen Welt bezweifeln oder bestreiten kann. Hier geht es darum, ob der Bezug auf die Volkszählung hergestellt werden soll im Zusammenhang mit der Zusammensetzung der Organe der Provinz Bozen und wir wissen - ich wiederhole nicht, was Regionalassessor Dubis soeben gesagt hat -, daß wenschon eine Entscheidung gefällt werden muß, dies eine politische Entscheidung ist grundsätzlicher Natur für alle Organe dieser Art, auf welche eben der oder jener Grundsatz, der Grundsatz der Zusammensetzung gemäß Volkszählung oder der Grundsatz der Zusammensetzung gemäß Landtag anwendbar

sein soll und daß diese Entscheidung dann ein für allemal gefällt werden muß für alle einschlägigen Organe.

Unterbrechung

BENEDIKTER (S.V.P.): Solange ihr behauptet, daß diese Volkszählung unter Zwang durchgeführt worden ist, solange ihr mit solchen Behauptungen hausieren geht, seid ihr jedenfalls mit euern Argumenten nicht glaubhaft.

Unterbrechung

BENEDIKTER (S.V.P.): Bald, ich rechne, daß innerhalb Juli die offiziellen Daten herauskommen. Selbstverständlich sind sie dann, sobald sie auch im Gesetzesanzeiger der Republik veröffentlicht werden, offiziell; erst dann sind sie offiziell. Auch das kommt dazu.

Es stimmt, wie Regionalassessor Dubis gesagt hat, daß wir bisher in allen diesen einschlägigen Gesetzen auf die Zusammensetzung des Landtages Bezug genommen haben und die Entscheidung, ob eine andere Grundlage, ob die Volkszählung als solche dafür hergenommen werden soll, die soll wenschon, wie gesagt, für alle Organe, für welche diese Frage gemäß Autonomiestatut sich ergibt, einheitlich und ein für allemal gefällt werden. Ich schließe mich damit seinen Ausführungen an.

(Si è udita l'affermazione che questo censimento sarebbe stato effettuato con coercizione, sarebbe fundamentalmente errato e che le risultanze sarebbero pertanto non veritiere. Non posso immaginarmi altra affermazione più confutata dalla realtà di questa. E' un'affermazione insensata!

Sappiamo tutti, quanto è vero che sediamo qui, che ognuno ha potuto dichiarare liberamente il gruppo di appartenenza. Sappiamo che era impossibile esercitare qualsiasi pressione o coercizione e che nessuno vi è stato costretto, che si trattava di dichiarare la propria volontà e che pertanto il censimento, questa dichiarazione di appartenenza linguistica, ha e deve avere pieno valore e importanza.

Noi affermiamo senza recedere che questo censimento è stato formalmente attuato e non soltanto nel pieno rispetto della legge, ma in ogni senso in modo corretto e che nessuna persona ragionevole al mondo può dubitare e confutarne i risultati. Nel caso specifico si tratta di decidere se riferirsi al censimento o alla composizione etnica degli organi delle Province.

Non intendo ripetere quanto già espresso dall'assessore Dubis, ma sappiamo che una eventuale decisione è di ordine politico e dovrà valere fundamentalmente per tutti gli organi di questo genere, ma la decisione su quale principio adottare, se quello basato sulle risultanze del censimento o sulla composizione etnica del Consigli provinciale, dovrà essere presa una volta per tutte per tutti gli organi relativi.

(Interruzione)

BENEDIKTER (S.V.P.): Finché affermerete che questo censimento è stato

coercitivo, finché continuerete con simili affermazioni, i vostri argomenti non saranno credibili.

(Interruzione)

BENEDIKTER (S.V.P.): Presto, faccio conto che entro luglio si conoscano i dati ufficiali, naturalmente tali saranno non appena pubblicati sulla Gazzetta Ufficiale; soltanto allora saranno ufficiali.

Di questo si tenga conto.

E' vero, come ha affermato l'assessore Dubis, che fino ad ora in tutte le leggi abbiamo fatto riferimento alla composizione etnica del Consiglio provinciale e la decisione, se adottare un altro criterio, cioè i risultati del censimento, dovrà essere presa semmai unitariamente, una volta per tutte, per ogni organo soggetto a norma di Statuto alla proporzionale. Mi associo pertanto alle esposizioni dell'assessore.)

PRESIDENTE: Der Abgeordnete Boato hat sich zu Wort gemeldet.

Il cons. Boato ha chiesto di parlare. Ne ha facoltà.

BOATO (NS-NL): Per una proposta all'assessore Dubis.

Io sono d'accordo sull'emendamento, nonostante ritenga legittime le osservazioni di Costalbano, ma comunque ho firmato e continuo a sostenere l'emendamento. Ritengo però che, se vale quello che ha detto Dubis, dovrebbe accettare un emendamento di mediazione, che è quello di sopprimere le parole "come rappresentati nel Consiglio provinciale", cioè il riferimento va fatto solo alla consistenza dei gruppi

linguistici.

E' ovvio che poi le cose vanno nel senso di chi ha la forza di farle andare, cioè la determinante è politica ugualmente, però almeno non avrà leggi in contraddizione.

Finché avrete preso la vostra decisione, a livello politico, in Provincia di Bolzano, sopprimere il riferimento al Consiglio provinciale formalmente non cambia nulla, ma comunque non c'è questa espressione. Non c'è quella del censimento, ma non c'è neppure quella che si fa in riferimento alla consistenza dei gruppi linguistici.

Siccome il contesto giuridico c'è per fare quello che si deve fare e anche per fare quello che si vuole, mi rivolgo a Dubis, per provocazione, dicendo che io sostengo lo stesso emendamento più esplicito, però penso che se non ha parlato vanamente ha detto che non ci dovrebbero essere leggi in contraddizione.

In ipotesi, se passasse il nostro emendamento, ci sarebbero alcune leggi che propongono, per questo tipo di organismi, la consistenza dei gruppi linguistici in rapporto al Consiglio provinciale, ed una sola in rapporto al censimento.

Allora io le contropropongo - non so cosa pensano gli altri, lo diranno eventualmente - di togliere il riferimento al Consiglio provinciale. Non mettiamo quello, però che non ci sia questa contraddizione almeno; non c'è niente di positivo, ma c'è una cosa in negativo in meno.

PRESIDENTE: Regionalassessor Dubis hat das Wort.

La parola all'assessore Dubis.

DUBIS (Assessor für die Handelskammern - S.V.P.): Im Zusammenhang mit den Äußerungen des Kollegen D'Ambrosio, der vorgeschlagen hat, hier überhaupt nichts vorzusehen, darf ich erinnern an ...

(Unterbrechung)

DUBIS (Assessor für die Handelskammern - S.V.P.): Ich wollte nur den Art. 61 in Erinnerung rufen unseres Autonomiestatutes, der im ersten Absatz festlegt: "In die Ordnung der örtlichen öffentlichen Körperschaften werden Bestimmungen aufgenommen, um die verhältnismäßige Vertretung der Sprachgruppen bei der Erstellung ihrer Organe zu gewährleisten". Nun, wir haben im Art. 1 dieses Gesetzes die Kammern als "enti locali" di diritto pubblico" definiert, es sind also örtliche Körperschaften zu deutsch, und diese Kammern fallen somit notwendigerweise unter die Bestimmung des ersten Absatzes des Artikels 61 des Autonomiestatutes, so daß wir hier, wenn es auch opportun sein könnte, wie D'Ambrosio meint, inhaltlich gesehen, zweckmäßig sein könnte, hier etwas elastischer vorzugehen, glaube ich, würde ein Gesetz wahrscheinlich rückverwiesen, wenn wir den zur Diskussion stehenden Artikel über den ethnischen Proporz einfach streichen sollten.

Ich fürchte auch, daß der Vorschlag des Kollegen Boato, den ich in diesem Fall keineswegs als Provokation empfinde, die Bezugnahme einfach wegzulassen, zu rechtlichen Schwierigkeiten in der Interpretation führen könnte, weil man dann morgen nicht

weiß, ob man sich an die Zusammensetzung im Landtag oder an die Ergebnisse der Volkszählung zu halten hat und somit der Rechtsunsicherheit Tür und Tor öffnet.

Ich könnte mich also mit einem solchen Vorschlag nur aus Gründen der Rechtssicherheit nicht einverstanden erklären.

§

(Collegandomi alle espressioni del collega D'Ambrosio, che propone di nulla prevedere nel caso specifico, mi permetto di ricordare...

(Interruzione)

DUBIS (Assessore per le Camere di Commercio - S.V.P.): Desideravo soltanto richiamare l'art. 61 del nostro Statuto di autonomia che al primo capoverso recita: "Nell'ordinamento degli enti pubblici locali sono stabilite le norme atte ad assicurare la rappresentanza proporzionale dei gruppi linguistici nei riguardi della costituzione degli organi degli enti stessi". Con l'art. 1 di questa legge abbiamo definito le Camere "enti locali di diritto pubblico", sono pertanto enti locali e cadono nella sfera del primo capoverso dell'art.61 dello Statuto di autonomia, per cui, se potesse essere opportuno, come afferma D'Ambrosio, di procedere nel contenuto con maggiore elasticità, la legge sarebbe probabilmente rinviata, depennando semplicemente l'articolo concernente la proporzionale.

Temo che anche la risposta del collega Boato, che nel caso specifico non interpreto come provocazione, di tralasciare qualsiasi riferimento, potrebbe condurre a difficoltà giuridico-interpretative, non sapendo oggi, se un domani si prenderà come parametro la

costituzione del Consiglio provinciale o le risultanze del censimento, per cui si aprirebbero porte e finestre all'incertezza giuridica. Non potrei pertanto accettare una simile proposta per il solo motivo che creerebbe una incertezza giuridica.)

PRESIDENTE: Abgeordneter Sfondrini, das ist die Letzte Wortmeldung, weil wir haben ja ausgemacht, bis etwa 16.30 Uhr zu gehen. Ich gebe noch dem Abgeordneten Sfondrini das Wort.

Consigliere Sfondrini, è l'ultimo intervento, avendo noi concordato di chiudere alle ore 16.30. Concedo ancora la parola al cons. Sfondrini.

SFONDRINI (P.S.I.): Mi dispiace di non avere avuto il tempo di esaminare una norma di attuazione, che prevede, proprio per la nomina degli organismi di questo tipo, un preciso riferimento al censimento.

Siccome la discussione penso che non si concluda oggi, avremo tempo di approfondire questa questione, anche se oggi come oggi il riferimento al censimento o il riferimento alla composizione del Consiglio provinciale di Bolzano, tranne che per il gruppo linguistico ladino, che è più rappresentato nel censimento che in questo Consiglio, coincide.

Allora, per quanto riguarda il gruppo linguistico italiano, il 29,4 è qui dentro, il 29,4 è di fuori. Ma non è questo il discorso! Il discorso è di principio: cioè esaminare se questo organismo è un organismo non di emanazione del Consiglio provinciale; se per gli organi provinciali si fa riferimento alla proporzionale etnica del Consiglio e per altri organi si fa riferimento al censimento.

Mi dispiace di non essere in grado di sviluppare compiutamente e citare la norma di attuazione, che regola questa materia nei sensi che noi diciamo.

Quindi io credo che una norma di questo genere, per quanto riguarda chi approva questa legge, è più pericolosa dal punto di vista del rinvio da parte del Governo perché non è aderente alla norma di attuazione, secondo i criteri che ho sommariamente, e certamente non in modo approfondito, sviluppato.

Comunque, credo che non si arrivi al voto, perché ormai il tempo è scaduto e quindi ci sarà modo di esaminare in modo più approfondito la questione.

PRESIDENTE: Nachdem noch Wortmeldungen sind, möchte ich die Sitzung jetzt beschließen und sie für den nächsten Donnerstag, um 9.30 Uhr, einberufen.

Essendovi ancora richieste di intervento, desidero chiudere ora la seduta, rinviandola a giovedì prossimo, alle ore 9.30.

Die Fraktionssprecher sind jetzt zu einer Sitzung einberufen.

E' convocato il collegio dei Capigruppo.

Die Sitzung ist geschlossen.

La seduta è tolta.

(Ore 16.30)

